

Bericht 2014
zur laufenden Bewertung des
Zukunftsprogramms ländlicher Raum
(ZPLR) in Schleswig-Holstein
2007 bis 2013

im Rahmen der 7-Länder-Bewertung

von

Thünen-Institut für Ländliche Räume

Thünen-Institut für Betriebswirtschaft

**entera - Ingenieurgesellschaft für Planung
und Informationstechnologie**



Braunschweig, Mai 2014

Impressum:

Dipl.-Ing. agr. Regina Grajewski
Thünen-Institut für Ländliche Räume
Bundesallee 50, 38116 Braunschweig

regina.grajewski@ti.bund.de

Dipl.-Ing. agr. Bernhard Forstner
Thünen-Institut für Betriebswirtschaft
Bundesallee 50, 38116 Braunschweig

bernhard.forstner@ti.bund.de

Dr. Thomas Horlitz
entera
Ingenieurgesellschaft für Planung und Informationstechnologie
Fischerstraße 3, 30167 Hannover

horlitz@entera.de

Redaktionelle Bearbeitung:

Dr. Kim Pollermann
Kim.pollermann@ti.bund.de

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	I
Abbildungsverzeichnis	II
Tabellenverzeichnis	III
0 Zusammenfassung	1
1 Einleitung	4
2 Bewertungsaktivitäten	4
2.1 Übergeordnete Aktivitäten	4
2.2 Schwerpunkt 1	5
2.3 Schwerpunkt 2	6
2.4 Schwerpunkt 3	6
2.5 Leader/ Lokale Aktionsgruppen: AktivRegionen	7
2.6 Programmbewertung	7
2.7 Netzwerkaktivitäten & Veröffentlichungen	10
3 Ausgewählte Ergebnisse	14
3.1 Schwerpunkt 1	14
3.2 Schwerpunkt 2	24
3.3 Schwerpunkt 3	31
3.4 Leader/ Lokale Aktionsgruppen: AktivRegionen	36
3.5 Programmbewertung	48
4 Ausblick	65
5 Literatur	66
Anhang 1: Modulbericht Vertiefungsthema Biodiversität	
Anhang 2: Übersicht regionale Entwicklungsprozesse	

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Nutzen der Kurse in Bezug auf betriebliche Aspekte (Panel 2)	15
Abbildung 2:	Nutzen des Kurses in Bezug auf persönliche Aspekte, alle 4 Bundesländer (N=187) SH = 43	17
Abbildung 3:	Sektorale Verteilung der bewilligten Förderfälle 2007 - 2013	19
Abbildung 4:	Querschnitt neuer und alter Deich im nördlichen Bereich von Dahme	20
Abbildung 5:	Querschnitt neuer und alter Deich im südlichen Bereich von Dahme	21
Abbildung 6:	Hochwasserschutzwand auf der Deichkrone im Bereich des Schöpfwerkes Dahme mit seeseitigem Deichverteidigungsweg	22
Abbildung 7:	Bei Hochwassergefahr verschließbarer Deichdurchlass für Fahr- und Fußgängerverkehr in Ortslage Dahme mit Umkehrmauer auf der Deichkrone	23
Abbildung 8:	Deichkrone mit Umkehrmauer, Versorgungsweg am Deichfuß, anschließendem Sandstrand und Dahmer Seebrücke im Hintergrund	23
Abbildung 9:	Bewilligungsdaten der Maßnahme 311/1 im Überblick	32
Abbildung 10:	Gesamt-Investitionssummen im Verlauf der Jahre	34
Abbildung 11:	Wortwolke – Angaben der Regionalmanagements zu anderen regionalen Entwicklungsprozessen in „Ihrer“ Leader-Region	52
Abbildung 12:	ELER-geförderte und andere regionale Entwicklungsprozesse in Schleswig-Holstein 2007 - 2012 (ohne Anspruch auf Vollständigkeit)	56
Abbildung 13:	Welche anderen Regionalentwicklungsprozesse gibt es in Ihrer Region?	57
Abbildung 14:	Einschätzung der Regionalmanagements zur Aussage „In der Region gibt es zu viele parallele Regionalentwicklungsprozesse.“	59
Abbildung 15:	Gegenüberstellung der Einschätzung der Regionalmanagements zu anderen Regionalentwicklungsprozessen in ihrer Region	60
Abbildung 16:	Absolute und relative IK in vier Bundesländern sowie die öffentlichen Ausgaben im Durchschnitt der Jahre 2010 bis 2012*	63
Abbildung 17:	Faktorenkomplexe Implementationskosten und Umsetzungseffizienz	63

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Austausch mit Evaluatoren	10
Tabelle 2:	Austausch mit der Wissenschaftsgemeinschaft	10
Tabelle 3:	Mitwirkung bei der Weiterentwicklung des CMEF	12
Tabelle 4:	Am Kursende erwartete und später tatsächlich eingetretene Folgeaktivitäten in den Betrieben infolge der Kursteilnahme	18
Tabelle 5:	Aufteilung der Küstenschutzmaßnahme nach Bauabschnitten	21
Tabelle 6:	Vergleich geförderter ökologisch wirtschaftender und nicht geförderte Betriebe nach Betriebsgrößenklassen	25
Tabelle 7:	Ökologische wirtschaftende Betriebe geschichtet nach Hauptfutterfläche	26
Tabelle 8:	Förderperiode 2007bis 2013 - Neu- und Altantragsteller des Ökologischen Landbaus	27
Tabelle 9:	Ökologischer Landbau - Beibehalter und „Einführer“ im Jahr 2012	28
Tabelle 10:	Aussteiger aus der Öko-Förderung	30
Tabelle 11:	Inanspruchnahme weiterer flächengebundener Fördermaßnahmen durch geförderte Öko-Betriebe	31
Tabelle 12:	Verteilung der Finanzmittel auf Schwerpunktbereiche	35
Tabelle 13:	Art der umgesetzten Projekte in den Jahren 2011 bis 2013	36
Tabelle 14:	Charakterisierung von Klimaschutzleistungen und –kosten aus dem Beispiel Kommunales Klimakonzept Heideregion	41
Tabelle 15:	Handlungsfelder und Beispielprojekte aus Grundbudget und Health-Check-Mitteln	44
Tabelle 16:	Beispiele für einen Leader-Mehrwert bei Energie/-Klimaschutzprojekten	47
Tabelle 17:	Kriterien für die Erfassung regionaler Entwicklungsprozesse	53

0 Zusammenfassung

Der vorliegende Bericht umfasst den Zeitraum vom 01. Mai 2013 bis zum 30. April 2014. Dieser Zeitraum war in erster Linie von der Fortsetzung der laufenden Evaluierungstätigkeiten geprägt.

Zur Evaluierung der einzelnen **Maßnahmen(gruppen)** lassen sich folgende Aktivitäten/Ergebnisse zusammenfassen:

- **Berufsbildung:** Die Berufsbildungsmaßnahme findet aufgrund ihrer breiten thematischen Ausrichtung eine positive Resonanz. Eine zweite Befragungsrunde fand über ein Jahr nach Kursende statt. Die verbesserte Datenbasis liefert wichtige Informationen für die Untersuchung der Wirkungen der Weiterbildungsveranstaltungen. Der Rückblick zeigt, dass die Einflüsse auf der persönlichen Ebene durch die Kursteilnahme etwas höher und besser zu identifizieren sind als auf der betrieblichen Ebene.
- **Küstenschutz:** Im Rahmen der Fördermaßnahme Küstenschutz wird anhand einer Fallstudie die Verbesserung des Küstenschutzes an der Ostseeküste durch die Deichverstärkung Dahme-Rosenfelde aufgezeigt. Die Durchführung dieser Baumaßnahme mit ihren unterschiedlichen technischen Schutzeinrichtungen erfolgte von 2010 bis 2013 in mehreren Bauabschnitten, die Baukosten betragen insgesamt rund 24 Mio. Euro.
- **Agrarumweltmaßnahmen:** Schwerpunkt der Bewertung von Agrarumweltmaßnahmen im Berichtszeitraum war die Analyse der Akzeptanz des Ökologischen Landbaus. Im Jahr 2012 erhielten 402 Betriebe oder 2,8 % aller im InVeKoS erfassten landwirtschaftlichen Betriebe eine Flächenförderung für die ökologische Produktionsweise. Ihre landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) beträgt knapp 33.000 ha. In der laufenden Förderphase haben 86 Betriebe von konventioneller Produktion auf ökologische Produktionsweise umgestellt. Diese Betriebe bewirtschaften knapp 5.000 ha LF. Ihre durchschnittliche Flächenausstattung ist mit 52 ha rund 30 ha geringer als die von den langjährigen Öko-Produzenten. 256 der in 2012 geförderten Betriebe haben bereits 2006 an der Förderung teilgenommen. Da sie mehr als einen 5-jährigen Verpflichtungszyklus durchlaufen haben, werden sie als „nachhaltige“ Öko-Betriebe eingestuft. Als Aussteiger aus der Förderung und damit auch z. T. als Rückumsteller von ökologischer auf konventionelle Produktionsweise lassen sich 54 Betriebe ausmachen, ihre LF betrug in 2006 3.311 ha, ihre durchschnittliche Betriebsgröße 61 ha. Der Anteil der wahrscheinlichen Rückumsteller mit einer LF von unter 10-30 ha ist überproportional hoch. Dass knapp 10 % der konventionell wirtschaftenden Betriebe an Vertragsnaturschutzmaßnahmen teilnehmen, aber 15 % der Ökobetriebe, kann als höhere Affinität zum Erbringen von Biodiversitätsleistungen interpretiert werden.
- **Leader/AktivRegionen:** Für den Klimaschutz sind ganz unterschiedliche Handlungsfelder relevant, die auch über die AktivRegionen-Förderung angegangen werden können. Zur Analyse der Wirkungen von Projekten werden unterschiedliche Wirkungspfade differenziert betrachtet (direkte Wirkungen, Multiplikatoreffekte). Die bisherige Umsetzung ist in ihrer großen Vielfalt positiv zu werten. So gab es u.a. Projekte zu: energetische Gebäude-

sanierungen, energieeffiziente Straßenbeleuchtung, Konzepte- und Machbarkeitsstudien, Nah- und Fernwärme/ Kreisläufe, Elektromobilität sowie Sensibilisierungs- und Beratungsmaßnahmen. Eher negativ wirkten sich die engen Förderbedingungen für die Health-Check-Projekte aus. Für die Zukunft ist wichtig, dass die Projektauswahlkriterien eine Bevorzugung von solchen Projekten gewährleisten, die die idealtypischen Vorteile des Leader-Ansatzes nutzen. Mit dem Indikator „CO₂ Äquivalente“ ist zudem eine Abschätzung der Effizienz relativ gut möglich. Die Generierung von Wissen über die Wirkung neuer Interventionslogiken und die Kommunikation dieses Wissens in andere Regionen ist ein wichtiger Mehrwert der AktivRegionen.

Im Bereich der **Programmbewertung** wurden sowohl Aspekte der Durchführung als auch Wirkungen untersucht.

- **Vertiefungsthema Wirtschaft und Arbeit:** Die Beschäftigungs- und Wertschöpfungswirkungen einzelner Maßnahmen werden durch die Auswertung von Informationen der Zuwendungsempfänger (z. B. Befragungen, Betriebsabschlüsse) erfasst. Der Effekt des ELER-Programms auf die regionale Bruttowertschöpfung und Beschäftigung wird derzeit mittels statistischer Analysen ermittelt.
- **Vertiefungsthema Biodiversität:** Die wichtigsten Datengrundlagen zur Beantwortung der Bewertungsfragen zu den Auswirkungen auf die biologische Vielfalt sind neben den Monitoringdaten, Förderdaten und Ergebnisse maßnahmenspezifischer Wirkungskontrollen sowie die fortlaufende Erfassung der Feldvogel- und HNV-Basisindikatoren. Positive Biodiversitätswirkungen wurden insbesondere bei Maßnahmen aus dem Schwerpunkt 2 sowie zwei Maßnahmen aus dem Schwerpunkt 3 festgestellt. Die flächenhafte Wirkung des Programms auf die Biodiversität, ist sowohl in der Normallandschaft (auf 8,5 % der landwirtschaftlichen genutzten Fläche) als auch in den Schutzgebieten des Natura-2000-Netzes gering einzustufen (auf 11,7 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche). Bis Ende 2011 wurden 25,9 % der verausgabten öffentlichen Mittel, für Maßnahmen mit positiver Biodiversitätswirkung eingesetzt. Davon fließt der größere Teil mit 18,2 % an den Gesamtkosten oder 98,1 Mio. Euro in Maßnahmen mit anspruchsvolleren Regelungen (*dark-green*-Maßnahmen).
- **Vertiefungsthema Mainstreaming Leader:** Durch das Mainstreaming von Leader ist die Anzahl von ländlichen Regionen mit integrierten ländlichen Entwicklungsstrategien und entsprechenden Umsetzungsstrukturen deutlich angestiegen. Daher stellt sich die Frage, welchen Platz Leader in der Vielfalt raumbezogener Regionalentwicklungsprozesse einnimmt und inwieweit Synergien oder aber hindernde Überschneidungen überlagernder Prozesse auftreten. Als Bestandsaufnahme wird zunächst eine Übersichtskarte mit den unterschiedlichen Prozessen (z.B. AktivRegionen, Modellvorhaben von BMELV/ BMVBS, Großschutzgebiete, Interreg IVa) präsentiert. Vor dem Hintergrund der in manchen Gebieten relativ hohen „Prozessdichte“ stellt sich die Frage, wie sich die Koexistenz in den Regionen konkret gestaltet. Diesbezügliche Einschätzungen der befragten Regionalmanagements weisen für Schleswig-Holstein auf eine eher unproblematische Situation hin. „Zu viele parallele Regionalentwicklungsprozesse“ war eine eher seltene Einschätzung. Zu-

dem findet mit der überwiegenden Zahl anderer Prozesse eine Zusammenarbeit oder zumindest ein Informationsaustausch statt.

- **Implementationskosten (IK):** hier werden wesentliche quantitative Ergebnisse auf Programmebene sowie verschiedener Maßnahmengruppen im Ländervergleich von vier Bundesländern dargestellt. Es erfolgt eine Identifizierung von Erklärungsgründen für die Höhe der IK und von Stärken, Schwächen und Optimierungsmöglichkeiten der Implementationsstrukturen. Dazu erfolgt ein Überblick über die Faktorenkomplexe, die die Umsetzung des ZPLR in Bezug auf die Kosten und die Umsetzungseffizienz beeinflussen. Die Organisation der Umsetzung des ZPLR (Institutionen des Programmoverheads und Bewilligungsstellen) ist überwiegend gut aufgestellt, Reibungsverluste treten nur an wenigen Stellen auf, für drei Aspekte werden Optimierungspotenziale erläutert. Die personelle Situation zeichnet sich in SH als der zentrale Engpassfaktor ab. Dabei sind Überalterung und zukünftiges Wegbrechen von Erfahrungswissen ein drohendes Problem. Der zunehmenden personellen Knappheit steht ein zunehmender Aufwand durch den hohen Formalisierungsgrad der Förderabwicklung entgegen. Die Erledigung der Verwaltungsarbeit erfolgt aus Sicht der Befragten dabei zu Lasten der inhaltlichen Arbeit vor Ort.

Zur Sicherung der fachlichen Qualität und zum Austausch mit der Wissenschaftsgemeinschaft erfolgten zahlreiche **Netzwerkaktivitäten**. Zudem wurden von den EvaluatorInnen Artikel in Fachzeitschriften sowie Tagungsbeiträge veröffentlicht.

Für die Koordinierung der weiteren Arbeit der Evaluierung fand wieder ein gemeinsamer **Lenkungsausschuss** statt und in Schleswig-Holstein wurden die Ergebnisse auf dem Begleitausschuss präsentiert.

Nach einigen ergänzenden Erhebungen in den nächsten Monaten, wird sich die weitere Arbeit des Evaluierungsteams nun auf die **Erstellung des Ex-post-Berichtes** ausrichten.

1 Einleitung

Dieser Bewertungsbericht umfasst die Aktivitäten im Zeitraum vom 01. Mai 2013 bis zum 30. April 2014.

Der Berichtszeitraum war in erster Linie von der Fortsetzung der laufenden Evaluierungstätigkeiten geprägt (Auswertung von Förderdaten, Befragungen, Durchführung von Fallstudien). Dabei werden die Aktivitäten nun auf die Erstellung des Ex-post-Berichtes fokussiert.

In Abstimmung mit dem Auftraggeber werden in dem vorliegenden Bewertungsbericht aktuelle Ergebnisse der bisherigen Evaluation in knapper Form dargestellt.

In Kapitel 2 werden die Bewertungsaktivitäten kurz beschrieben. Dies umfasst sowohl die übergeordnete Organisation der Evaluierung als auch die Aktivitäten zu denjenigen Maßnahmen und Vertiefungsthemen, die in diesem Bericht näher betrachtet werden.

Kapitel 3 liefert eine kurze Darstellung von Ergebnissen zu den verschiedenen Fördermaßnahmen. Dabei erfolgt eine enge Beschränkung auf solche Inhalte, die zum aktuellen Zeitpunkt dem Begleitausschuss als Diskussionsgrundlage dienen können. Auch im Sinne einer schnellen Erfassbarkeit werden die Darlegungen quantitativ sehr kurz gehalten. Ausführlichere Auswertungen wurden und werden den Fachreferaten direkt zur Verfügung gestellt.

In Kapitel 4 erfolgt ein Ausblick zur weiteren Evaluierung.

2 Bewertungsaktivitäten

Zunächst werden hier übergeordnete Tätigkeiten zur Organisation der Evaluierung erläutert, dann folgt in den Kapiteln 2.2 bis 2.5. die Darstellung der Bewertungsaktivitäten in den einzelnen Maßnahmen und in den Kapiteln 2.6 die Tätigkeiten auf Programmebene. In Kapitel 2.7. werden die Netzwerkaktivitäten und Veröffentlichungen des Evaluationsteams dargestellt.

2.1 Übergeordnete Aktivitäten

Ein wichtiges Steuerungsinstrument für die Bewertungsaktivitäten ist der **Lenkungsausschuss** der 7-Länder-Evaluation, der im Berichtszeitraum am 24./25. September 2013 zu seiner 8. Sitzung in Hamburg zusammenkam. Die Diskussion in den Bundesländern ist seit der Vorlage der Verord-

nungsentwürfe 2011 stark auf die kommende Förderperiode ausgerichtet, was sich auch in der Themensetzung des Lenkungsausschusses widerspiegelt hat.

Die Diskussionen waren unter anderem geprägt von den Anforderungen der Kommission an das Monitoring und die Evaluation in der kommenden Förderperiode. Frau Grajewski gab hierzu einige Informationen zur Sitzung des Expertenausschusses Evaluierung und zum RDC am 19.9./20.9.2013 in Brüssel.

Vertiefende Beiträge seitens des Evaluationsteams erfolgten zu folgenden Themen:

- Implementationskostenanalyse,
- Was leisten Maßnahmen der Regionalentwicklung/Leader für die Beschäftigung in ländlichen Räumen?
- Evaluierung von Tierschutzwirkungen der ELER-Maßnahmen,
- Leader.

Auf der Sitzung des **Begleitausschusses** am 28.05.2013 in Kiel wurden ausgewählte Aspekte aus dem Bericht zur laufenden Bewertung 2013 für Schleswig-Holstein vorgestellt und diskutiert.

Seit 2012 ist die **Homepage** der 7-Länder-Evaluierung (www.eler-evaluierung.de) online, auf der das Evaluierungsteam und die Evaluierungsthemen präsentiert sowie Publikationen zum Download bereitgestellt werden. Dort finden sich nicht nur Berichte und Vorträge aus dem laufenden Evaluierungsprojekt, sondern auch die Berichte aus den zurückliegenden Förderperioden sowie aktuelle Dokumente zur kommenden Förderperiode.

2.2 Schwerpunkt 1

Berufsbildungs- und Informationsmaßnahmen (ELER-Code 111): Im Jahr 2013 lag das Hauptgewicht der Arbeiten auf dem Abschluss der zweiten Befragungsrunde in längeren Kursen - sie beinhaltete die Eingabe und Auswertung der Fragebögen - sowie der weiteren Auswertung der Förderdaten und der Literaturrecherche.

Verarbeitung und Vermarktung (ELER-Code 123): Der Schwerpunkt der Arbeiten für diese Maßnahme lag in der fortlaufenden Aufbereitung und Auswertung der Förderdaten sowie in der Vorbereitung einer ergänzenden Befragung von etwa 50 % der in Schleswig-Holstein geförderten Unternehmen, die in Form von telefonischen Interviews durchgeführt wird.¹ Hierzu wurde ein

¹ Die Erhebung findet zeitgleich in den Bundesländern Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Hessen und Nordrhein-Westfalen statt. Insgesamt werden mehr als 100 Unternehmen im Rahmen dieser Untersuchung befragt. Aus inhaltlichen und arbeitsorganisatorischen Gründen wurde als Methode die persönliche Befragung durch ein Telefoninterview gewählt.

Interviewleitfaden/-Fragebogen entwickelt, den die Interviewteilnehmer vorab dem 30 bis 45 minütigen Gespräch erhalten.² Bei der Auswahl der untersuchungsrelevanten Zuwendungsempfänger war hauptsächlich die sektorale Verteilung der Förderfälle unter Berücksichtigung des Zuwendungsvolumens entscheidend. Das Ziel der Primärerhebung ist u.a. die Schaffung einer aktuellen, breiten und präzisen Bewertungsgrundlage der Fördermaßnahme, wobei insbesondere die Wirkungen der geförderten Investitionen im Vordergrund stehen. Derzeit befindet sich die Erhebung in der Durchführungsphase, so dass Ergebnisse erst im Ex-post Bericht berücksichtigt werden können.

Küstenschutz (ELER-Code 126): Im Jahr 2013 lag das Hauptgewicht der Arbeiten neben der Auswertung der jährlichen Förderdaten und der Literaturrecherche auf der Vor-Ort-Besichtigung und Erkundung einer Küstenschutzmaßnahme. Diese Fallstudie fand im Oktober 2013 statt.

2.3 Schwerpunkt 2

Agrarumweltmaßnahmen (ELER-Code 214): Im Berichtszeitraum wurden Daten des InVeKoS aus dem Antragsjahr 2012 bei den zuständigen Verwaltungsstellen in Schleswig-Holstein abgerufen und aufbereitet. Die Daten dienen der Evaluierung der flächengebundenen Maßnahmen. Erste Auswertungen wurden vor allem für Akzeptanzanalysen von Agrarumweltmaßnahmen (AUM) vorgenommen, bei denen die Teilnehmerstruktur des Ökologischen Landbaus im Verlauf der Förderperiode betrachtet und mit der konventioneller Betrieben verglichen wird (s. Kapitel 3.2).

Für Agrarumweltmaßnahmen mit Wasserschutzziel wurden zum Nachweis der Wirkungen von Seiten des Landes durch das Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume (LLUR) Wirkungskontrollen etabliert. Zu diesem Zweck werden mit Hilfe von Wasserschutzberatern seit 2008 auf Betrieben, die Agrarumweltmaßnahmen umsetzen, und auf vergleichbaren Betrieben ohne AUM Daten zu verschiedenen Wirkungsindikatoren wie Nährstoffbilanzen und N_{\min} -Gehalte der Böden erhoben. Die vorliegenden mehrjährigen Messreihen bis 2012 konnten nun den Evaluatoren für Wirkungsanalysen in anonymisierter Form zur Verfügung gestellt werden. Die Auswertungen dauern noch an. Ein zusätzliches Erhebungsjahr soll folgen.

2.4 Schwerpunkt 3

Investitionen zur Diversifizierung (ELER-Code 311/1): Die bisherigen Bewertungsaktivitäten beruhen auf der Auswertung der vorliegenden Bewilligungsdaten im Zeitraum 2007-2013. Das Bewilligungsverfahren für die Maßnahme 311/1 ist abgeschlossen.

² Der Fragebogen kann bei Interesse bei den Evaluatoren angefragt werden.

Natürliches Erbe (ELER-Code 323): Im Bereich der Fördermaßnahme 323/2,3 erfolgte eine weitere Auswertung der Förderdaten. Im Kapitel 3.3 sind erste Ergebnisse für den Bereich der Teilmaßnahme 323/3 (Naturnahe Gestaltung von Fließgewässern) dargestellt. Eine zusammenfassende Darstellung der bisher durchgeführten Fallstudien für die Teilmaßnahme 323/2 (Naturschutz und Landschaftspflege) ist für den Bewertungsbericht 2015 vorgesehen.

2.5 Leader/ Lokale Aktionsgruppen: AktivRegionen

Die Bewertungsaktivitäten richteten sich auf die Erstellung des Ex-Post-Berichtes. Im Berichtszeitraum stand dementsprechend die Auswertung der bereits durchgeführten Befragungen im Vordergrund:

- schriftliche Befragung der Zuwendungsempfänger (2012, 207 beantwortete Fragebögen),
- schriftliche Befragung der LAG-Mitglieder (2013, 342 beantwortete Fragebögen).

Zudem wurden im Frühjahr durch die RegionalmanagerInnen die Aktivitäten (2012) der einzelnen LAGn in der jährlichen Regionsabfrage (in Excel-Tabellen) eingetragen sowie die Förderdaten aller Projekte abgerufen.

Ein weiterer Arbeitsschritt war die Verknüpfung vorhandener Daten unterschiedlicher Befragungen, um für die weitere Bewertung auch komplexere, multivariate Analysen durchführen zu können.

Für den Bewertungsbericht wurden die Wirkungen der AktivRegionen-Förderung zum Klimaschutz und die Beurteilung des Förderverfahrens ausgewertet.

2.6 Programmbewertung

Zentraler Baustein der wirkungsbezogenen Programmbewertung ist die Quantifizierung bzw. Qualifizierung der Wirkungsindikatoren des CMEF. Dies erfolgt im Rahmen von Vertiefungsthemen.

Vertiefungsthema 1: Wirtschaft und Arbeit

Die Beschäftigungs- und Wertschöpfungswirkungen einzelner Maßnahmen werden durch die Auswertung von Informationen der Zuwendungsempfänger (z. B. Befragungen, Betriebsabschlüsse) erfasst. Die Beschäftigungswirkungen der bis Ende 2012 abgeschlossenen Projekte im Schwerpunkt 3 und 4 liegen vor und werden im laufenden Jahr um die bis Ende 2013 abgeschlos-

senen Projekte ergänzt. Für die Maßnahmen 121 und 123 werden die einzelbetrieblichen Wirkungen auf die Wertschöpfung und die Beschäftigung im laufenden Jahr berechnet. Der Effekt des ELER-Programms auf die regionale Bruttowertschöpfung und Beschäftigung wird derzeit mittels statistischer Analysen ermittelt. Der verwendete Datensatz deckt den Zeitraum 2000 bis 2011 ab und enthält u. a. Informationen zur Bruttowertschöpfung und Beschäftigung nach Wirtschaftszweigen, zu den Ausgaben der Gemeinsamen Agrarpolitik im Rahmen der 1. und 2. Säule sowie zu den EFRE-Ausgaben. Diese Datengrundlage ermöglicht eine langfristige Betrachtung der Wirkungen des ELER auf die regionale Wertschöpfung und Beschäftigung.

Vertiefungsthema 2: Dynamik im Agrarsektor

In der aktuellen Bearbeitungsphase wurden die ökonometrischen Analysen zur Entwicklung der Arbeitsproduktivität und weiterer Wettbewerbsfähigkeitsindikatoren regionaler Agrarsektoren durch die neu verfügbaren revidierten Kreisergebnisse der VGR bis 2011 aktualisiert und erweitert. Aufbauend auf den Ergebnissen der Datenanalyse wurden das Konzept und Untersuchungsfragen für die Fallstudien definiert. Ziel der Fallstudien ist es, Erklärungsansätze für die regionalspezifischen Wirkungszusammenhänge zwischen wesentlichen Determinanten der sektoralen Wettbewerbsfähigkeit und dem EPLR zu liefern. Es wird dabei untersucht, wie verschiedene regionale Faktoren und Hemmnisse unter Berücksichtigung der bestehenden Maßnahmenkombinationen die sektorale Wirkung der EPLR beeinflussen und, unter Berücksichtigung der vertiefende quantitativen Wirkungsschätzungen in Zusammenarbeit mit VT1, weiterführende Erklärungsansätze für regionalspezifische Wirkungszusammenhänge entwickelt. Im Rahmen dieses Vertiefungsthemas wurden insgesamt 10 regionale Fallstudien (jeweils 2 Wirtschaftsregionen in den 5 Flächenbundesländern) ausgewählt. Dafür wurde ein Set von Auswahlkriterien definiert, die die Ergebnisse der explorativen Datenanalyse und der Literaturrecherche zu theoretischen Einflussfaktoren der sektoralen Wettbewerbsfähigkeit berücksichtigen. In Schleswig-Holstein werden bis zum Herbst 2014 Fallstudien in den Regionen Geest und Hügelland durchgeführt.

Vertiefungsthema 3: Biodiversität

Zur Bewertung des Vertiefungsthemas Biodiversität wurde abschließend ein Modulbericht fertiggestellt. Dieser ist diesem Bericht als Anhang 1 beigelegt. Die wichtigsten Datengrundlagen zur Beantwortung der Bewertungsfragen sind neben den Monitoringdaten aus dem Jahresbericht (Stand 12/2011), Förderdaten und Ergebnisse maßnahmenspezifischer Wirkungskontrollen, die fortlaufende Erfassung der Feldvogel- (Stand 2011) und HNV-Basisindikatoren (Stand 2012) sowie die Programmdokumente zu verschiedenen Zeitpunkten.

Vertiefungsthema 6: Lebensqualität

Als eine wichtige Aufgabe des Vertiefungsthemas „Lebensqualität“ war die Frage zu klären, wie sich Lebensqualität definiert und wie sie für das Maßnahmenspektrum des ELER operationalisiert werden kann. Dazu wurde ein analytischer Rahmen auf Basis der methodischen Schlussfolgerun-

gen der Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission entwickelt (Stiglitz, Sen und Fitoussi, 2009). Dieser Bericht formuliert Empfehlungen für die Weiterentwicklung der amtlichen Statistik, um Lebensqualität und sozialen Fortschritt besser und zielgerichteter abbilden zu können. Lebensqualität wird dabei als mehrdimensionales Konzept gesehen, das unterschiedliche Aspekte wie Gesundheit, Bildung, wirtschaftliche Rahmenbedingungen, die Umweltsituation oder auch soziale Beziehungen mit einschließt. Im Rahmen einer an einer Inzidenzanalyse orientierten quantitativen Analyse wurde aufbauend auf dem abgeleiteten Indikatorenset die Frage untersucht, inwieweit die finanziellen Mittel im Rahmen der Förderung räumlich so zugewiesen werden, dass in den Regionen Nachteile in den für die Lebensqualität relevanten Dimensionen ausgeglichen werden können. Weiterhin wurden die im ELER verausgabten Mittel den verschiedenen Dimensionen der Lebensqualität zugeordnet. Dabei wird u.a. deutlich, dass in allen Bundesländern dem Bereich Umwelt eine besonders hohe Bedeutung beigemessen wird.

Die Maßnahmen aus den Schwerpunkten 3 und 4, zu deren Zielkatalog die Verbesserung der Lebensqualität explizit gehört, werden darüber hinaus aufbauend auf den verfügbaren Evaluierungsergebnissen im Hinblick auf ihre Wirksamkeit zur Verbesserung der objektiven Lebensverhältnisse diskutiert. Die Fertigstellung des Modulberichtes erfolgt bis zum Herbst 2014.

Vertiefungsthema 7: Mainstreaming Leader

Zur Betrachtung der Wirkung des Mainstreaming von Leader auf die Programm- und Maßnahmenumsetzung wurden Einzelaspekte der o. g. quantitativen Erhebung sowie relevante Maßnahmenbewertungen ausgewertet. Zur Einordnung von Leader in den Kontext der Förderung regionaler Entwicklung insgesamt erfolgte die Analyse von Befragungsergebnissen und weiteren Angaben der Regionalmanagements sowie die Datenaufbereitung und räumliche Darstellung von Schnittstellen und Überlagerungen.

Implementations(kosten)analyse (IKA)

Im Rahmen der begleitenden Evaluierung wurde in Schleswig-Holstein aufbauend auf den Erfahrungen aus dem Jahr 2005 (Fährmann und Grajewski, 2008) erneut eine Implementations(kosten)analyse (IKA) durchgeführt. Die quantitative Erhebung wurde für das Referenzjahr 2010 von der Zahlstelle (ZS) im MELUR selbst durchgeführt (nähere Informationen zum Vorgehen siehe Bewertungsbericht 2013).

Nach der Auswertung der quantitativen Daten sowie der Interviews mit den Bewilligungsstellen und der Präsentation länderübergreifender Ergebnisse auf dem Lenkungsausschuss im September wird derzeit der Modulbericht erstellt. Kapitel 3 des vorliegenden Bewertungsberichtes enthält Auszüge wesentlicher länderübergreifender Ergebnisse der IKA.

2.7 Netzwerktivitäten & Veröffentlichungen

Tabelle 1: Austausch mit Evaluatoren

Was?	Wer mit wem?
Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Evaluation (DeGEval), 11.-13.09.2013 in München. Vortrag: Welche Anforderungen an die Evaluierung ergeben sich aus der Komplexität regionaler Entwicklungsprozesse? (Schnaut, Grajewski)	Evaluatoren, Auftraggeber, Wissenschaftler
Mitarbeit als Expertin im DVS-Projekt: Leitfaden zur Selbstbewertung regionaler Entwicklungsprozesse (Schnaut)	Evaluatoren, Wissenschaftler, Regionalmanagements, Planungsbüros
Sprecherin des Arbeitskreises Strukturpolitik der DeGEval (Grajewski)	Evaluatoren, Wissenschaftler
Frühjahrsworkshop des AK Strukturpolitik der DeGEval: Der Evaluationsplan – Formalität oder Chance für bessere Evaluierung?, 20.-21.03.2014. Salzburg (Grajewski, Planung, Organisation und Vortrag)	Evaluatoren, Auftraggeber, Wissenschaftler
Arbeitstreffen der Ex-ante Evaluatoren der EPLR 2014-2020, Austausch über zentrale Inhalte und Methoden der Bewertung, 13.01.2014, Frankfurt (Grajewski, Tietz, Sander)	Evaluatoren
Frühjahrstagung des AK Methoden der DeGEval: Zwischen wissenschaftlichen Gütekriterien und den Erfordernissen der Evaluationspraxis, 25.-26.04.2014, Bonn (Bergschmidt)	Evaluatoren, Auftraggeber, Wissenschaftler
Schriftlicher Beitrag an das Network for Rural Development: Good-practice- Beispiel zur Ermittlung von Beschäftigungseffekten bei Schwerpunkt 3 und LEADER (Peter)	Evaluatoren, Wissenschaftler

Tabelle 2: Austausch mit der Wissenschaftsgemeinschaft

Was?	Wer mit wem?
Senatsarbeitsgruppe Nachhaltigkeitsbewertung, Methoden der Nachhaltigkeitsbewertung landwirtschaftlicher Systeme, 07.11.2013, Berlin (Sander)	WissenschaftlerInnen der Senatsarbeitsgruppe „Nachhaltigkeitsbewertung“ sowie Externe
Drittes Vernetzungstreffen des NABU-Projektes „EU-Naturschutzfinanzierung 2014-2020“, 10./11.02.2014. Hannover (Sander)	Verwaltung, Verbände und Praxis zu Möglichkeiten der neuen EU-Förderperiode
Neue Kooperationen für das Land - Planerische Impulse für Bauten, Orte und Regionen im Ländlichen Raum, 01. bis 02.10 in Eberbach. Vortrag: Überkommunale Zusammenarbeit durch Vernetzung in den Lokalen Aktionsgruppen (Schnaut)	WissenschaftlerInnen + Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg + Akademie Ländlicher Raum Baden-Württemberg + KIT Karlsruhe

Vortrag: "Contributions for the quality of life through a participative approach for rural development – Experiences from Mecklenburg-Vorpommern" (IAMO-Forum), Halle, 20.06.2013 (Pollermann)	WissenschaftlerInnen (internationale Tagung)
Vortrag: "Rural futures: the added value through the LEADER-approach" Regional Studies Jahres-Konferenz, Tampere, 07.05.2013 (Pollermann)	WissenschaftlerInnen (internationale Tagung)
Vortrag: "Place-making and Governance in LEADER". XXVth Congress of the European Society for Rural Sociology, Florenz 29 July – 1 August 2013 (Raue)	WissenschaftlerInnen (internationale Tagung)
Vortrag: Between innovation and error prevention: How regional administrations deal with conflicting requirements deriving from the EU-level 53rd ERSA Congress Session Institutions and multilevel governance, Palermo 28.08.2013 (Fährmann, Grajewski)	WissenschaftlerInnen (internationale Tagung)
Vortrag: Was kostet Förderung in Zeiten der Vereinfachung? Ergebnisse der Implementationskostenanalysen zum 10jährigen Geburtstag einer guten Idee, Braunschweig (Fährmann, Grajewski, Reiter)	VerwaltungsvertreterInnen aus Bund und Ländern
Vortrag und Artikel: Die „Zweite Säule“: Was hat sie gebracht? Was kann verbessert werden?, Loccum 12. bis 14.06.2013 (Grajewski)	Politik, Verwaltung, Verbände und Praxis
Poster: Effizienzbewertung von Wasserschutzmaßnahmen der Entwicklungsprogramme für Ländliche Räume - Ergebnisse der 7-Länder-Bewertung, GAP nach 2013, Braunschweig 09+10.12.2013 (Roggendorf, Reiter)	Wissenschaftliche Tagung
Vortrag: Impact of second Pillar funding in Germany – Validation from a modeling and an evaluation perspective, CAPRI-RD Final Project Meeting, Leuven 20.09.2013 (Schröder, Gocht, Reiter)	WissenschaftlerInnen (internationale Tagung)
Vortrag: Agrarumweltmaßnahmen ab 2014. Weiter so, jetzt nur mit Greening und neuen CC-Standards?, Schneverdingen 19.02.2013 (Reiter, Röder)	Nationaler Workshop, VertreterInnen aus Verwaltung, NGO, Wissenschaft
Vortrag: „Umweltaspekte in der GAP nach 2013“, Kassel 22.03.2013 (Röder, Reiter)	Nationaler Workshop, VertreterInnen aus Verwaltung, NGO, Wissenschaft
Vortrag: Wasserschutzmaßnahmen im Rahmen von PROFIL – Stand und Ausblick der ELER-Förderung, Cloppenburg 12.06.2013 (Reiter, Roggendorf)	Nationale Tagung, VertreterInnen aus Verwaltung, Wissenschaft, Wasserschutz
Vortrag: Agri-environment schemes of RDP- Setting and evaluation results, Braunschweig 20.09.2013 (Grajewski, Reiter)	Chinesische Delegation aus Verwaltung, Regierung, Wissenschaft
Betreuung der Arbeit zum Thema: „Politikmaßnahmen und marktwirtschaftliche Instrumente zur Förderung tiergerechter Haltungsverfahren: Stand der Umsetzung und Bewertung“ im Rahmen des themenzentrierten Seminars der Universität Göttingen (Bergschmidt)	Studenten der Agrarwissenschaften, Wissenschaftler
Vortrag bei der SGA-ÖGA-Jahrestagung 2013 in Zürich (12. – 14.9): Ergebnisorientierte Förderung von Tierschutzmaßnahmen: Welche Erkenntnisse aus dem Umweltbereich sind übertragbar? (Bergschmidt, Renziehausen)	Wissenschaft

6. Sommerkonferenz der Gesellschaft der Regionalforschung zum Thema „Neuere Ansätze zur regionalen Wirkungsforschung“, Dortmund, 18.6.2013 (Pufahl)	Wissenschaft
Stakeholder-Workshop des EU-Forschungsprojekts ENVIEVAL - Entwicklung und Anwendung neuer Methodengerüste für die Evaluation der Umweltwirkungen von Entwicklungsprogrammen für den ländlichen Raum, 03.07. bis 05.07.2013 beim INEA in Rom (Roggendorf)	Wissenschaft, ELER-Administration, Evaluatoren
Vortrag auf dem 58. Deutschen Geographentag 2013, Arbeitskreis Dorferneuerung: Überörtliche Zusammenarbeit und die Rolle der Förderung zur ländlichen Entwicklung, Passau 02.10.2013 (Peter)	Wissenschaft

Tabelle 3: Mitwirkung bei der Weiterentwicklung des CMEF

Was?	Wer mit wem?
Planned Handbook on different approaches and methods used by the evaluation of the RDPs in preparation for the ex-post evaluation . Collect best practices in implementing the CMEF methodology: Programme contribution in halting biodiversity loss - DE, Lower Saxony and Bremen. Draft (Sander)	Evaluation Expert Committee (EEC)
Unterarbeitsgruppe der Bund-Länder AG Monitoring/Indikatoren – Monitoring Handbuch (Grajewski)	Für Monitoring Zuständige aus Bund und Ländern, MEND, BLE, Thünen-Institut
EU-Experten Ausschuss für Evaluation “Evaluation Expert Committee” (EEC), diverse Treffen (Grajewski)	Austausch der Mitgliedstaaten mit der EU-KOM über Evaluierungsfragen
Technical Meeting des Rural Development Committee (RDC), Brüssel (Grajewski)	Austausch der Mitgliedstaaten mit der EU-KOM über Monitoringfragen

Veröffentlichungen des Evaluierungsteams im Kontext der 7-Länder-Evaluierung:

- Grajewski, Regina; Tietz, Andreas; Weingarten, Peter (2013): **Perspektiven der EU-Förderung ländlicher Räume ab 2014: zwischen Kontinuität und Wandel.** In: Eberstein H H, Karl Helmut (Herausgeber). Handbuch der regionalen Wirtschaftsförderung: 62. Lieferung. Köln: Schmidt.
- Pollermann, Kim; Raue, Petra & Schnaut, Gitta (2013): **Rural futures: the added value through the LEADER-approach.** In: Regional Studies Associations (Hrsg.): Shape and be Shaped: The Future Dynamics of Regional Development. European annual conference (ISBN 978-1-897721-44-5), Tampere: 118-119.
- Raue, Petra, Pollermann, Kim & Schnaut, Gitta (2013): **Place-making and Governance in LEADER.** In: Rural resilience and vulnerability: The rural as locus of solidarity and conflict in times of crisis, XXVth Congress of the European Society for Rural Sociology 29 July – 1 August 2013 (e-proceedings, ISBN 978 8 8908 9600 2): 141-142.
- Pollermann, Kim (2013): **Destination Governance aus empirischer Sicht. Analyse von tourismusbezogenen Governance-Arrangements und Schlussfolgerungen für die Praxis.** In: Wöhler, K. & Saretzki, A. (Hrsg.): Governance für Destinationen. Erich Schmidt Verlag, Berlin: 131-157.
- Pollermann, Kim; Raue, Petra & Schnaut, Gitta (2013): **Contributions for the quality of life through a participative approach for rural development – Experiences from Mecklenburg-Vorpommern (Eastern Germany).** Paper prepared for: IAMO-Forum, June 19-21, Halle/ Saale, 8 S. [<http://hdl.handle.net/10419/88597>].
- Pufahl, Andrea, Raue, Petra & Grajewski, Regina (2013): **Fördermittelakquise will gelernt sein: die regionale Ungleichverteilung und deren Gründe.** AKP 34(6):44-45
- Fährmann, Barbara, Grajewski, Regina & Reiter, Karin (2014): **ELER-Maßnahmen ab 2014: Günstig oder wirksam.** LandInForm(3): 44-45
- Bergschmidt, A.; Renziehausen C. (2013): **Ergebnisorientierte Förderung von Tierschutzmaßnahmen: Welche Erkenntnisse aus dem Umweltbereich sind übertragbar?** In: Tagungsband der 41. Jahrestagung der Schweizer Gesellschaft für Agrarwirtschaft und Agrarsoziologie & 23. Jahrestagung der Österreichischen Gesellschaft für Agrarökonomie: 101-102.

3 Ausgewählte Ergebnisse

Im Folgenden werden ausgewählte Ergebnisse der Evaluierung dargestellt. Zunächst zu den einzelnen Maßnahmen (Kap. 3.1 bis 3.4) dann zur Programmbewertung (Kap. 3.5). Dabei erfolgt eine enge Beschränkung auf Inhalte, die aktuell für den Begleitausschuss relevant sind. Dazu werden die Erörterungen sehr knapp gehalten. Ausführlichere Auswertungen wurden und werden den Fachreferaten direkt zur Verfügung gestellt.

3.1 Schwerpunkt 1

Berufsbildung- und Informationsmaßnahmen (ELER-Code 111)

Im Rahmen der Maßnahme sind wie in den Vorjahren in 2013 in Schleswig-Holstein überwiegend ein- bis fünftägige Veranstaltungen durchgeführt worden. Basis der folgenden Aussagen sind Ergebnisse aus der abschließenden zweiten Befragungsrunde der 2-stufigen schriftlichen Teilnehmerbefragung in längeren Kursen zur Berufsbildung (Kursdauer mindestens fünf Tage bzw. 40 Stunden). Sie hat von 2009 bis 2013 in vier Bundesländern zu insgesamt 15 Kursen mit insgesamt rund 240 Teilnehmenden stattgefunden (Panel 1). Darunter befinden sich in Abhängigkeit vom Angebotsspektrum vier in Schleswig-Holstein durchgeführte Kurse mit insgesamt rund 60 Teilnehmenden: Bauernhofpädagogik, Sachkunde Pflanzenschutz für Anwender, Aufbaukurs für Agrarbürofachfrauen (BAFF II) und Lehrgang Reitpädagogische Betreuung. Die Rücklaufquote in der zweiten Panelrunde betrug in Schleswig-Holstein über 75 %, in den vier Bundesländern lag der Durchschnitt bei rund 78 % (insgesamt 187 Personen in Panel 2).

Im Rahmen der ersten Panelbefragungsrunde war z. B. eine Kursnachbetrachtung vorgenommen und erfragt worden, welchen Nutzen die Teilnehmenden infolge des Kursbesuches im Anschluss erwarten.

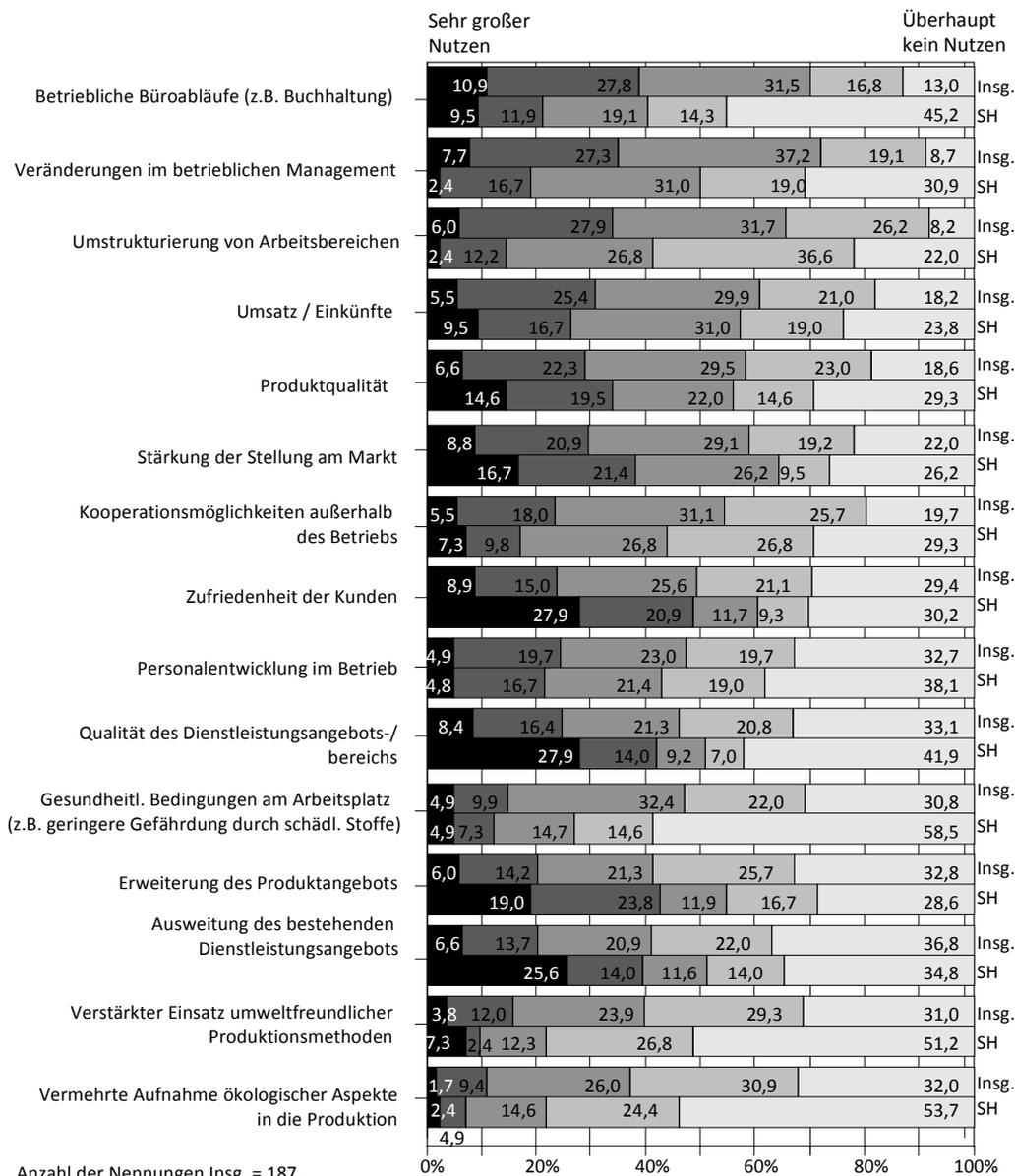
In der abschließenden zweiten Befragungsrunde sind die Teilnehmenden nach über einem Jahr nach Abschluss ihres Kurses zum eingetretenen Nutzen befragt worden. **Abbildung 1** zeigt die Ergebnisse zu den **betrieblichen Aspekten** zum Nutzen der Kurse. Bei dieser Darstellung wird das länderübergreifende Gesamtergebnis zum Vergleich einbezogen. Ein sehr großer bzw. großer Nutzen ist länderübergreifend zu den drei oberen Aspekten betriebliche Büroabläufe, Veränderungen im betrieblichen Management und Umstrukturierung von Arbeitsbereichen angegeben worden. Von den Teilnehmenden in Schleswig-Holstein sind diese Aspekte schwächer gewichtet worden. Mit deutlich größerem Nutzen haben die Befragten aus Schleswig-Holstein dagegen insbesondere die folgenden vier betrieblichen Aspekte bewertet:

- Zufriedenheit der Kunden,
- Qualität des Dienstleistungsangebotes,
- Ausweitung des Dienstleistungsangebotes,

-Stärkung der Stellung am Markt.

Diese Ergebnisse bestätigen die Angaben aus der ersten Befragungsrunde in Schleswig-Holstein: Direkt am Kursende erwarteten rund ein Drittel der Befragten insbesondere zu drei dieser vier Aspekte einen „großen“ bzw. „sehr großen Nutzen“ für ihren Betrieb infolge des Kursbesuches.

Abbildung 1: Nutzen der Kurse in Bezug auf betriebliche Aspekte (Panel 2)



Anzahl der Nennungen Insg. = 187.
 Anzahl der Nennungen Schleswig-Holstein (SH) = 43.
 Quelle: Eigene Erhebungen.

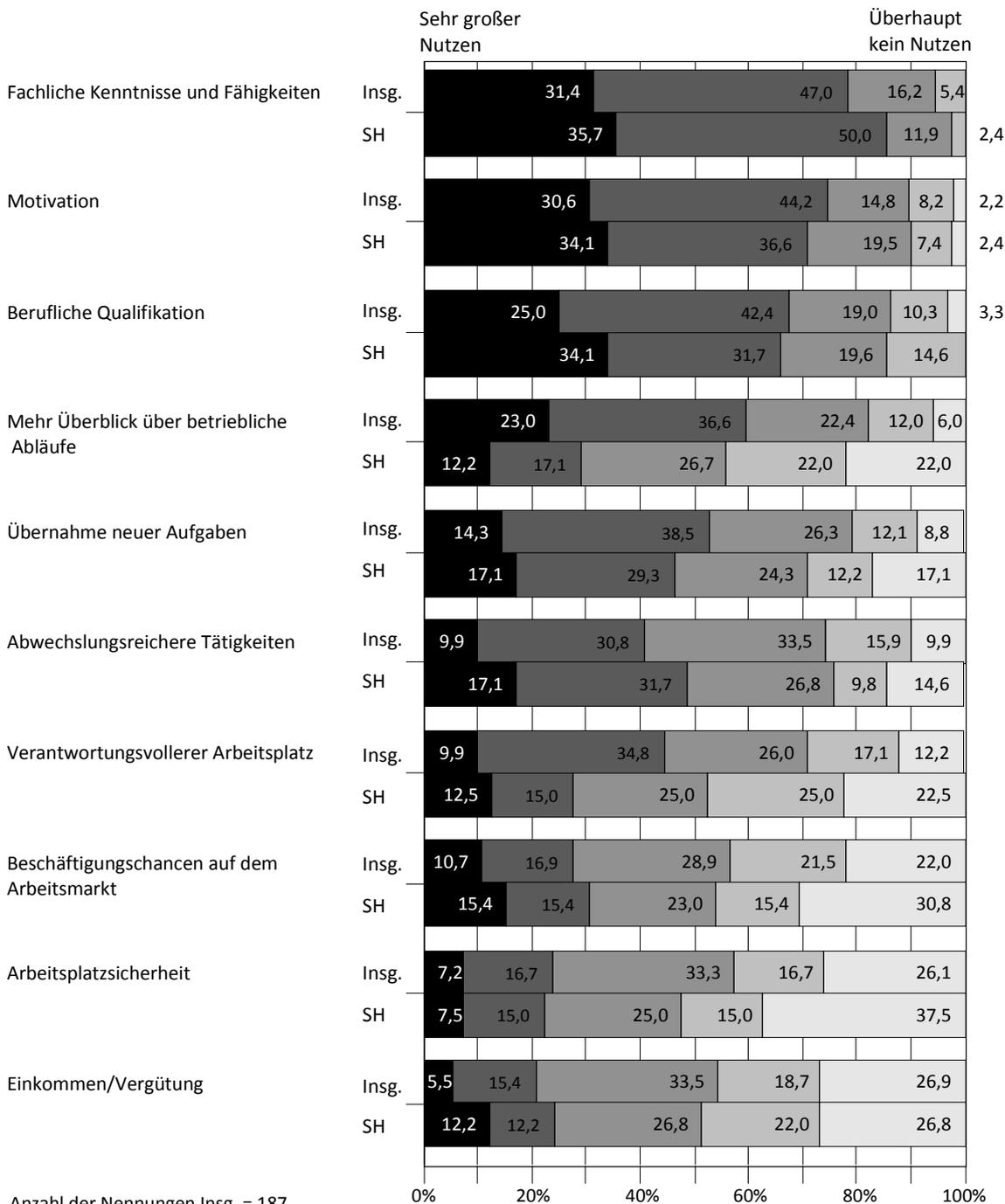
Die Befragung zu den **persönlichen beruflichen Aspekten** der Teilnehmenden in den vier Bundesländern und in Schleswig-Holstein erbringt, (**Abbildung 2**) dass die Veranstaltungsteilnahme insbesondere bei den drei folgenden Aspekten zu einem „Sehr großen“ bzw. „großen“ persönlichen beruflichen Nutzen und Verbesserungen führte (teilweise bei über 75 bzw. 80 % der Befragten):

-Fachliche Kenntnisse und Fähigkeiten,

- Motivation und
- Berufliche Qualifikation.

In der ersten Befragungsrunde direkt am Kursende hatten dazu in Schleswig-Holstein jeweils „nur“ rund zwei Drittel der Befragten „Sehr großen“ bzw. „großen“ Nutzen infolge der Kursteilnahme erwartet.

Abbildung 2: Nutzen des Kurses in Bezug auf persönliche Aspekte, alle 4 Bundesländer (N=187) SH = 43



Anzahl der Nennungen Insg. = 187.

Anzahl der Nennungen Schleswig-Holstein (SH) = 43.

Quelle: Eigene Erhebungen.

Im Vergleich mit den anderen persönlichen beruflichen und betrieblichen Aspekten spielt der Einkommensaspekt in diesen Kursen eine untergeordnete Rolle. Für sich persönlich erwarteten in Panel 1 rund ein Viertel der Befragten ein höheres Einkommen (siehe Halbzeitbewertung, Eberhardt, 2010). In Panel 2 haben knapp ein Viertel der Befragten aus Schleswig-Holstein diese erste

Einschätzung bestätigt, sie gaben zum Einkommensaspekt an, einen „Sehr großen“ bzw. „großen“ Nutzen zu haben (s. Abbildung 2). Bei den betrieblichen Aspekten haben zu Umsatz/Einkünfte über 26 % der Befragten einen „Sehr großen“ bzw. „großen“ Nutzen infolge des Kursbesuches angegeben (s. Abbildung 1). Der Vergleich mit den Anteilen aller vier Bundesländer zeigt, dass diese annähernd gleich hoch liegen.

Die Befragungswerte der Teilnehmenden in Schleswig-Holstein rund ein Jahr nach Kursende ergeben (Panel 2), dass der absolvierte Kurs aus *persönlicher* Sicht für rund 93 % „Sehr wichtig“ bzw. „wichtig“ aus *beruflicher* Sicht für über 88 % „Sehr wichtig“ bzw. „wichtig“ war.

In beiden Befragungen ist in Schleswig-Holstein außerdem allgemein nach möglichen **Folgeaktivitäten** der Kursteilnehmer gefragt worden, zunächst am Kursende im Hinblick auf die nächsten 12 Monate und abschließend im Rückblick auf die vergangenen rund 12 bis 15 Monate nach Kursteilnahme (siehe Tabelle 1). Fast 60 % der Teilnehmenden erwarteten Folgeaktivitäten infolge der Teilnahme (Panel 1). Tatsächlich kam es aber nur in rund 40 % der Betriebe zu Folgeaktivitäten mit bzw. ohne Investitionen. Die investiven Aktivitäten bezogen sich insbesondere auf den Kurs „Bauernhofpädagogik“, hauptsächlich ging es dabei um die Erstellung von Werbematerialien, bauliche Anlagen oder vertiefte Spezialberatung.

Tabelle 4: Am Kursende erwartete und später tatsächlich eingetretene Folgeaktivitäten in den Betrieben infolge der Kursteilnahme

<u>Panel 1: Erwarteten Sie für die nächsten 12 Monate durch die Kursteilnahme angestoßene Folgeaktivitäten in ihrem Betrieb?</u>	Panel 1 (gerundet in %)	Panel 2 (gerundet in %)
<u>Panel 2: Gab es nach Kursabschluss in den vergangenen rund 12 bis 15 Monaten durch die Kursteilnahme angestoßene Folgeaktivitäten in ihrem Betrieb?</u>		
• Ja, Folgeaktivitäten <u>mit</u> Investitionen.	38	30
• Ja, Folgeaktivitäten <u>ohne</u> Investitionen.	20	12
• Nein, keine Folgeaktivitäten.	14	37
• Weiß nicht bzw. keine Angabe.	28	21

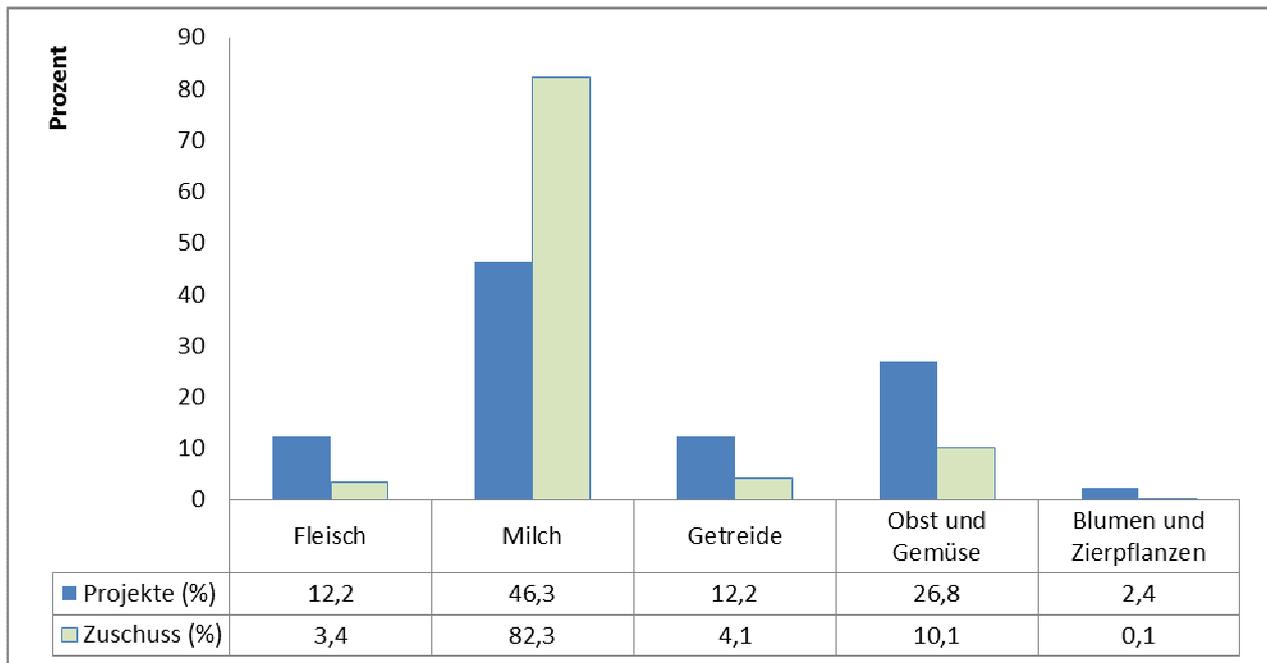
Quelle: Eigene Darstellung nach den Angaben in den Teilnehmerbefragungen (Panel 1: n=57; Panel 2: n= 43).

Verarbeitung und Vermarktung (ELER-Code 123)

Seit Beginn der Förderperiode im Jahr 2007 wurden in Schleswig-Holstein insgesamt 41 Projekte bewilligt. Das förderfähige Investitionsvolumen beträgt rund 116,2 Mio. Euro (im Mittel 2.834 Tsd. Euro je Förderfall), und die Förderung, die in Form eines Zuschusses gewährt wird, beläuft sich auf rund 19,7 Mio. Euro (im Mittel 480 Tsd. Euro je Förderfall). Knapp die Hälfte aller Projek-

te entfällt auf den in Schleswig-Holstein priorisierten Milchsektor, in den auch mit Abstand der Großteil (82,3 %) der Zuschüsse geflossen ist. Der Milchsektor weist auch die im Durchschnitt umfangreichsten Investitionen auf (Abbildung 3). Der im Jahr 2011 verhängte Antragsstopp wurde 2013 vom Land wieder aufgehoben, was eine Bewilligung von zwei neuen Projekten nach sich zog.

Abbildung 3: Sektorale Verteilung der bewilligten Förderfälle 2007 - 2013



Quelle: MELUR (2014), eigene Darstellung

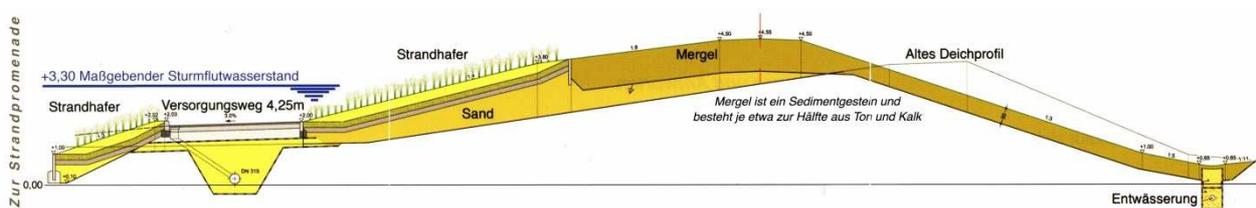
Küstenschutz (ELER-Code 126): Fallbeispiel „Deichverstärkung vor der Oldenburger Grabenniederung“ an der Ostseeküste

Zu den nach dem geltenden „Generalplan Küstenschutz“ wichtigen Maßnahmen in Schleswig-Holstein gehörte in den Jahren von 2010 bis 2013 die Deichverstärkung zwischen Dahme und Rosenfelde an der Ostseeküste („Deichverstärkung vor der Oldenburger-Graben-Niederung“). Diese Küstenschutzmaßnahme liegt in einer touristisch stark frequentierten Region am Nordweststrand der Lübecker Bucht und grenzt in einem Teilabschnitt, im Ostseeheilbad Dahme, direkt an die Wohnbebauung. Der Bau der alten Deichabschnitte erfolgte vor fast 140 Jahren von 1875 bis 1878 und hätte gegen eine Rekordsturmflut wie die von 1872 keine Chance. Ein neuer Deich war somit überfällig. Die alten Deichböschungen waren zu steil, die Deichkronenhöhe zu niedrig, zum Teil fehlten die Deichfußsicherung und der erforderliche Deichverteidigungsweg. Projektträger ist der Landesbetrieb für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz Schleswig-Holstein (LKN), Zuwendungsempfänger das Land Schleswig-Holstein.

Die Baumaßnahme umfasst die Verstärkung des Landesschutzdeiches zwischen Dahme und Rosenfelde auf einer Länge von rd. 5,5 km (davon rund 1,8 km in bebauter Ortslage) und im Bereich Vogelsang den Abtrag des bestehenden Altdeiches inklusive Neuprofilierung eines Landesschutzdeiches auf einer Länge von rund 0,6 km. Durch den Deich werden ein Niederungsgebiet mit einer Größe von 6.500 ha sowie rund 6.000 Einwohner mit Sachwerten in Höhe von rund 360 Mio. Euro geschützt (Groskreutz, 2013). Dafür mussten 255.000 m³ Boden bewegt und 700 t Spundwand eingebaut werden. Im Rahmen der Deichbaumaßnahme waren außerdem 45.000 m² Wege- und Fahrbahnen sowie 48.000 m² Deckwerksflächen vorgesehen (LKN (Landesbetrieb für Küstenschutz, 2014).

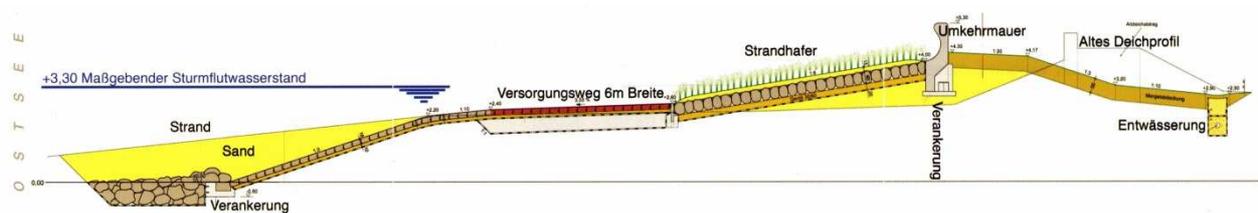
Die Bauarbeiten erstreckten sich über vier Jahre bis Ende 2013. Der neue Deich ist fast 1,20 Meter höher als der alte Deich und steigt zugleich weniger steil an. An der flacheren Böschung sollen sich die Flutwellen totlaufen. Nicht sichtbar ist die Kombination unterschiedlicher Materialien, die unter der Oberfläche aus Sand und Strandhafer eingebaut wurde: Betonformsteine, Steinasphalt und große Mengen Mergel (s. Abbildung 4: Deichprofil nördlicher Bereich). Der besonders feste Mergelboden wird benötigt, weil es an der Ostseeküste kaum Ebbe und Flut gibt. Dadurch kann ein Hochwasser mehrere Tage andauern. Der Mergel verhindert, dass der Deich aufweicht und bricht.

Abbildung 4: Querschnitt neuer und alter Deich im nördlichen Bereich von Dahme



Quelle: (Gemeinde Dahme, 2012), (Infoblatt mit Planungsstand Februar 2012).

Aufgrund des Bauumfanges wurde die gesamte Maßnahme in fünf Baulose gegliedert (s. Tabelle 5). Die Deichverstärkung zwischen Dahme und Rosenfelde beinhaltete neben den herkömmlichen Deichbauarbeiten auch konstruktive Arbeiten, wie die Umgestaltung eines Schöpfwerkes, den Umbau von zwei Stöpen (Deichdurchlässe für Fahrzeuge, Radfahrer und Fußgänger, s. Abbildung 7) und sowie den Neubau einer Stöpe für Fußgänger. Des Weiteren wurden eine Umkehrmauer und eine Hochwasserschutzwand hergestellt (s. Deichprofil in Abbildung 5 und Abbildung 8). Im Bereich Vogelsang ersetzte eine Stahlspundwand auf einer Länge von rund 110 m den grünen Deichbau.

Abbildung 5: Querschnitt neuer und alter Deich im südlichen Bereich von Dahme

Quelle: (Gemeinde Dahme, 2012), (Infofaltblatt mit Planungsstand Februar 2012).

Tabelle 5: Aufteilung der Küstenschutzmaßnahme nach Bauabschnitten

Los	Kurzbeschreibung	Bauzeitraum
1	Deichverstärkung Vogelsang (Komplettabtrag des Altdeiches, neuer Landesschutzdeich auf ca. 600 m Länge, davon ca. 100 m Hochwasserschutzwand als Stahlspundwand)	2010-2011
2	Deichverstärkung Dahme-Rosenfelde Station 0,000 bis 3,750 (neuer Erddamm mit einer Neigung der seeseitigen Böschung von 1:8)	2010-2012
3	Ingenieurbauwerke, Schöpfwerk und drei Stöpen (Deichdurchlässe)	2010-2011
4	Deichverstärkung Dahme-Rosenfelde Station 3,750 bis 5,537	2011-2013
5	Hochwasserschutzwände Station 4,700 bis 5,397 (Schutzwand auf der Deichkrone wegen beengter Platzverhältnisse zur Erreichung der notwendigen Deichhöhe)	2012-2013

Quelle: Eigene Darstellung.

Baukosten

Die Gesamtbaumaßnahme wurde in 2013 bis auf geringfügige Restarbeiten (Durchführung 2014) abgeschlossen, die Finanzierung erfolgte aus der „Gemeinschaftsausgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) sowie mit ELER-Mitteln. Insgesamt werden sich die Baukosten auf rund 23,5 Mio. Euro belaufen. Davon entfallen auf die GAK rund 15,5 Mio. Euro und auf EU-Mittel rund 8 Mio. Euro (Groskreutz, 2013).

Abbildung 6: Hochwasserschutzwand auf der Deichkrone im Bereich des Schöpfwerkes Dahme mit seeseitigem Deichverteidigungsweg



Quelle: W. Eberhardt (2013)

Landschaftspflegerische Maßnahmen

Die infolge der Deichbaumaßnahme vorgenommenen Eingriffe in Natur und Landschaft erforderten die Umsetzung mehrerer **landschaftspflegerischer Ausgleichsmaßnahmen**.

- Rund 1.000 m² des seltenen Lebensraumtyps „Feuchte Dünentälchen“ sind aus dem Baubereich (Standort: Außenberme Landesschutzdeich) geborgen und auf vorbereitete Vordünenflächen umgebettet worden.
- Ökologisch wertvolle Bestände an Grau- und Weißdünenvegetation im Deichbereich (Standort: Außenberme Landesschutzdeich) mussten ebenso umgesiedelt werden.
- Die seeseitige Strandwall- und Dünenlandschaft des Landesschutzdeiches (Vorlandflächen) wird nach einem Pflege- und Entwicklungskonzept künftig extensiv beweidet.
- Die neu angepflanzten rund 370 Bäume im Ortsbereich Dahme ersetzen rund 180 Bäume, die dem neuen Deich weichen mussten.

Öffentlichkeitsarbeit für Ortsansässige und Gäste

Vor und während der Bauphase fanden in Dahmen mehrere Infoveranstaltungen zur Deichverstärkung und öffentliche Führungen zur Baustelle statt. Letztere sollten dazu dienen, insbesondere den Urlaubern den Deichbau als „touristisches“ Erlebnis zu präsentieren und bei diesen eine hohe Akzeptanz zu erreichen. Im Rahmen von Bürgerinformationsveranstaltungen vermittelte der Landesbetrieb Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz Schleswig-Holstein (LKN) den Einwohnern aus Dahme und interessierten Gästen Details zu ihrem „Jahrhundert-Projekt“. Außerdem hielt der LKN ab Frühjahr 2011 eine wöchentliche Sprechstunde für interessierte Bürgerinnen und Bürger in Dahme ab.

Fazit zur Maßnahme

Die Deichverstärkungsmaßnahme mit ihren unterschiedlichen Schutzeinrichtungen konnte trotz der schwierigen Rahmenbedingungen in einem touristisch stark geprägten Gebiet und trotz des teilweisen Deichverlaufs am Ortskern in Dahme im vorgesehenen Zeitraum fertig gestellt werden. Neben der deutlich höheren Sicherheit vor Hochwasser für diesen Küstenabschnitt wurde das Erscheinungsbild des Deiches entlang der touristisch wichtigen Strandpromenade verbessert. Seit der Fertigstellung der drei neuen Deichdurchgänge (Stöpen) im ersten Halbjahr 2011 können die Einwohner und Gäste aus dem Ortskern ohne Umweg direkt zum Strand gelangen. Wo zuvor nur Treppenaufgänge waren, können seither auch Rollstuhlfahrer oder Personen mit Boller- oder Kinderwagen ohne Umwege zum Strand gelangen. Radfahrer und Fußgänger können darüber hinaus den neuen Deichunterhaltungsweg nutzen, der seeseitig von Rosenfelde im Norden bis zum Leuchtturm Dahmeshöved im Süden führt.

Abbildung 7: Bei Hochwassergefahr verschließbarer Deichdurchlass für Fahr- und Fußgängerverkehr in Ortslage Dahme mit Umkehrmauer auf der Deichkrone



Quelle: W. Eberhardt (2013)

Abbildung 8: Deichkrone mit Umkehrmauer, Versorgungsweg am Deichfuß, anschließendem Sandstrand und Dahmer Seebrücke im Hintergrund



Quelle: W. Eberhardt (2013)

3.2 Schwerpunkt 2

Flächengebundene Förderung für ökologisch wirtschaftende Betriebe

Förderumfang

Das Schleswig-Holsteiner Agrarumweltprogramm umfasst die Flächenförderung für ökologisch wirtschaftende Betriebe. Die Prämienhöhe differenziert nach Zahlungen für die Einführung³ und Beibehaltung des Ökologischen Landbaus sowie nach den Hauptnutzungsarten Acker, Dauergrünland, Gemüse und Dauerkulturen, wobei die Differenzierung nach Ackerland und Grünland formaler Natur ist, da die Förderhöhe identisch ist.

Im Jahr 2012⁴ weisen 402 schleswig-holsteinische Betriebe oder 2,8 % aller im InVeKoS⁵ erfassten landwirtschaftlichen Betriebe Flächenbindungen für ökologische Produktionsweise auf. Ihre landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) beträgt knapp 33.000 ha (vgl. Tabelle 6). Dies entspricht rd. 3,4 % der im InVeKoS erfassten Fläche. Der Anteil der von den geförderten Öko-Betrieben bewirtschaftete LF in Schleswig Holstein liegt damit deutlich unterhalb des bundesdeutschen Durchschnittswertes von 6,1 %. Kalkulatorisch erhält jeder Beibehalter unter der Prämisse, dass keine Sonderkulturen angebaut werden, rd. 11.200⁶ Euro Öko-Förderung im Jahr.

An dieser Stelle sei explizit darauf hinzuweisen, dass die Auswertung nur ökologisch wirtschaftende Betriebe erfasst, die auch Öko-Förderung im Rahmen der AUM erhalten. Ökologisch wirtschaftende Betriebe, die keine flächengebundene Ökoförderung erhalten, sind nicht Gegenstand der ELER-Evaluierung. Laut der Angaben des MLUR wirtschafteten in 2012 insgesamt 503 Betriebe auf einer Fläche von 35.200 ha ökologisch. Damit werden über die ELER Flächenförderung für Ökologische Produktionsverfahren 94 % der Öko-Fläche und 80 % der Betriebe abgedeckt.

Mit rd. 18.400 ha entfallen rd. 55 % der von den geförderten Betrieben bewirtschafteten Fläche auf Acker und rd. 15.500 ha auf Grünland. Damit werden 4,6 % des Dauergrünlandes und 2,7 % der Ackerfläche in Schleswig-Holstein für die ökologische Bewirtschaftung gefördert. Der hohe Ackeranteil an der Gesamtförderfläche stellt im Vergleich zu anderen Bundesländern eine Ausnahme dar.

Der Anteil der ökologisch bewirtschafteten LF an der jeweiligen LF der Betriebsgrößenklasse ist mit Ausnahme der Betriebsgrößenklasse „<10 ha LF“ über alle Größenklassen vergleichbar und liegt zwischen 3 und 4 % (vgl. Tabelle 6). Damit besteht bezogen auf die Betriebsgrößenklasse keine besondere Affinität für bzw. gegen den Ökologischen Landbau, auf die die Förderung lenkend eingreifen sollte.

³ Neuantragsteller, die bisher noch keine Förderung erhielten, wird in den ersten beiden Umstellungsjahren eine höhere Prämie/ha gewährt.

⁴ aktuellster InVeKoS-Datenstand, der den Evaluatoren vorliegt.

⁵ InVeKoS = Integriertes Verwaltungs- und Kontrollsystem laut Verordnung (EG) Nr. 73/2009 des Rates mit gemeinsamen Regeln für Direktzahlungen für Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe und Verordnung (EG) Nr. 1122/2009 der EU-KOM.

⁶ Förderbetrag 137 Euro/ha Dauergrünland und Ackerfläche.

Tabelle 6: Vergleich geförderter ökologisch wirtschaftender und nicht geförderte Betriebe nach Betriebsgrößenklassen

		Betriebsgrößenklassen nach LF												Gesamt	
		< 10 ha		10-30 ha		30-50 ha		50-100 ha		100-200 ha		>= 200 ha		Öko	Konv.
		Öko	Konv.	Öko	Konv.	Öko	Konv.	Öko	Konv.	Öko	Konv.	Öko	Konv.		
Alle Betriebe															
LF	n	34	3.890	92	2.400	64	1.563	106	3.595	83	2.391	23	724	402	14.563
	[ha Ø	5,6	4,4	19,0	18,5	39,3	40,0	73,8	73,4	136,0	135,4	407,9	339,2	81,9	65,7
	[ha Σ	190	17.229	1.749	44.490	2.513	62.498	7.821	263.824	11.287	323.778	9.382	245.581	32.941	957.400
davon:															
Ackerfläche	n	17	888	56	1.477	46	1.351	90	3.408	72	2.346	18	717	299	10.187
	[ha Ø	5,2	3,6	11,0	12,1	24,3	26,3	47,8	46,7	91,1	97,4	315,6	293,5	61,4	64,3
	[ha Σ	88	3.193	615	17.930	1.116	35.580	4.301	159.104	6.559	228.595	5.681	210.455	18.361	654.858
Dauergrünland	n	27	3.517	84	2.085	56	1.325	102	3.271	80	2.167	22	639	371	13.004
	[ha Ø	3,5	3,9	12,9	12,3	24,1	19,7	34,4	31,8	59,0	43,8	168,1	54,6	39,0	23,0
	[ha Σ	95	13.846	1.084	25.721	1.352	26.081	3.512	103.950	4.721	94.845	3.699	34.897	14.462	299.340
Dauerkulturen	n	5	53	12	68	7	40	8	34	4	29	1	13	37	237
	[ha Ø	1,4	3,5	4,2	12,1	6,4	20,8	0,5	22,0	1,4	9,9	0,5	4,0	3,0	12,4
	[ha Σ	7	187	50	820	45	833	4	748	5	287	1	52	111	2.927
Dauergrünland an der LF	[%] Ø	57	83	61	60	54	42	45	40	42	30	40	16	50	52
Hauptfutter an der LF	[%] Ø	72	91	78	76	74	64	67	67	63	58	59	37	70	72

Öko = ökologisch wirtschaftender Betrieb

Konv. = konventionell wirtschaftender Betrieb

Qu

elle: Eigene Berechnungen nach InVeKoS 2012.

Der Tabelle 6 ist zu entnehmen, dass Grünland- und Hauptfutterflächenanteile der ökologisch wirtschaftenden Betriebe im Mittel mit 50 bzw. 70 % mit denen der konventionellen Betriebe (52 bzw. 72 %) vergleichbar sind. Zwischen den Betriebsgrößenklassen bestehen jedoch erhebliche Abweichungen zwischen Öko-Betrieben und konventionellen Betrieben. So liegen die Grünlandanteile der Öko-Betriebe der beiden obersten Betriebsgrößenklassen⁷ deutlich oberhalb der Grünlandanteile der konventionellen Betriebe. Während die Betriebsgrößenklasse „>=200 ha LF“ der konventionellen Betriebe stark von Ackerbaubetrieben geprägt ist, kann unter Berücksichtigung der vorangegangener Evaluationsergebnisse weiterhin davon ausgegangen werden, dass diese Betriebsgrößenklasse gleichermaßen durch flächenstarke Futterbaubetriebe als auch Ackerbaubetriebe geprägt ist. So befinden sich unter den Futterbaubetrieben, dieser Größenklasse extensive Rindviehhalter. Ergänzend sind in Tabelle 7 die geförderten Betriebe nach ihrem Hauptfutterflächenanteil gruppiert. Da die Erwerbsform nicht originärer Bestandteil der InVeKoS-Daten ist, wird alternativ der Hauptfutterflächenanteil zur Ableitung der Erwerbsform herangezogen. Unterstellt wird, dass Betriebe mit mehr als 75 % HFF als Futterbaubetriebe einzustufen sind. Dementsprechend handelt es sich bei gut der Hälfte der geförderten Öko-Betriebe um Futterbaubetriebe.

Tabelle 7: Ökologische wirtschaftende Betriebe geschichtet nach Hauptfutterfläche

		Anteil HFF an LF			Gesamt
		<50 %	50-75%	>=75%	
Anzahl	n	115	79	208	402
Betriebsgröße	[ha] Ø	101,9	92,2	67,0	81,9
Flächenumfang	[ha] Σ	11.716	7.287	13.939	32.941

Quelle: Eigene Berechnungen nach InVeKoS 2012.

Nachhaltigkeit der Förderung

Als Betriebe, die bereits in 2006, d. h. in der alten Förderperiode, ökologisch produzierten und die ökologische Produktionsweise in 2012 fortführen, können 256 Betriebe eindeutig identifiziert werden (vgl. Tabelle 8). Für diese Betriebe gilt, dass sie mehr als einen Verpflichtungszyklus von 5 Jahren durchlaufen und sich weiterhin für die ökologische Produktionsweise entschieden haben. Vor diesem Hintergrund wird im Folgenden von einer „Nachhaltigkeit der Förderung“ gesprochen. Die so identifizierten Öko-Betriebe bewirtschaften mit knapp 23.300 ha 70 % der Öko-Fläche des Jahres 2012.

⁷ Dies sind die Betriebe, die 62 % der Förderfläche einbringen.

Tabelle 8: Förderperiode 2007 bis 2013 - Neu- und Altantragsteller des Ökologischen Landbaus

2012 vs. 2006		Betriebsgrößenklassen nach LF						Gesamt
		<10 ha	10-30 ha	30-50 ha	50-100 ha	100 - 200 ha	>=200 ha	
"nachhaltiger" Öko-Betrieb (bereits in 2006 Teilnehmer an Öko-Förderung)								
Anzahl	n	15,0	57,0	41,0	68,0	58,0	17,0	256,0
Betriebsgröße [ha]	Ø	6,1	18,9	38,6	74,1	132,1	458,4	90,8
Flächenumfang [ha]	Σ	91,7	1.074,6	1.581,7	5.036,3	7.661,3	7.793,6	23.239,2
Neuantragsteller in laufender Förderperiode (mit konventioneller Produktion in 2006)								
Anzahl	n	16,0	24,0	10,0	22,0	11,0	3,0	86,0
Betriebsgröße [ha]	Ø	5,0	20,0	41,2	77,2	136,9	251,5	57,3
Flächenumfang [ha]	Σ	79,9	479,7	411,6	1.698,8	1.506,1	754,6	4.930,8
Neuantragsteller¹ , ohne gesicherte Angabe zur Produktionsform in 2006								
Anzahl	n	3,0	11,0	13,0	16,0	14,0	3,0	60,0
Betriebsgröße [ha]	Ø	6,0	17,7	39,9	67,9	151,4	277,8	79,5
Flächenumfang [ha]	Σ	18,1	194,9	519,2	1.086,2	2.119,1	833,5	4.771,0

1) Durch Vergabe von neuen Betriebsnummern

Quelle: Eigene Berechnung nach InVeKoS 2012 und 2006.

In der laufenden Förderphase, d. h. seit 2007, haben 86 Betriebe von konventioneller Produktion auf ökologische Produktionsweise umgestellt (vgl. Tabelle 8)⁸. Diese Betriebe⁹ bewirtschaften knapp 5.000 ha LF. Weniger eindeutig lassen sich die Betriebe der in der Tabelle 8 dargestellten, dritten Gruppe einordnen. Es handelt sich um Betriebe, die in 2012 ökologisch produzieren, deren Betriebsnummer jedoch nicht im Datensatz 2006 vergeben wurde. Ursachen für Neuvergabe von Betriebsnummern sind heterogener Natur, wie bspw. Neu- oder Ausgründungen, Erbfolge etc. Anzunehmen ist, dass sich die Ökobetriebe dieser Gruppe sowohl aus Neueinsteigern als auch Beibehaltern zusammensetzen.

In Tabelle 9 wird der Fokus auf die Einführungsförderung gelegt, die in den ersten zwei Umstellungsjahren gewährt wird. Da der uns vorliegende InVeKoS-Datensatz keine Kennziffer für die Einführungsförderung enthält, wurde wiederum mit einer Annäherung gearbeitet. Selektiert wurden Betriebe, die erstens im Jahr 2012 Öko-Förderung erhalten und zweitens im Datensatz 2010 zu finden sind, jedoch drittens keine Öko-Förderung in 2010 erhielten. Betriebe, die diese Bedingungen erfüllen, werden als Teilnehmer mit Anspruch auf die Öko-Einführungsprämie definiert (kurz Einführer). Hiernach erhalten im Jahr 2012 19 Betriebe die erhöhte Förderprämie, ihre LF beträgt knapp 1.000 ha. Die neu hinzu gewonnene Ökofläche hat einen Anteil von 3 % an der gesamten Öko-Förderfläche des Jahres 2012. Damit besteht nach wie vor Umstellungspotential, allerdings auf einem geringen Niveau. Die durchschnittli-

⁸ Selektiert wurden Betriebe, die ausgehend von den geförderten Öko-Betrieben 2012, in 2006 noch keine Öko-Förderung erhielten. Vereinfachend wird unterstellt, dass die so selektierten Betriebe, in 2006 konventionell wirtschafteten.

⁹ Zur Identifizierung wird die Betriebsnummer der Betriebe herangezogen.

che Flächenausstattung Betriebe fällt mit rd. 52 ha rund 30 kleiner aus als die durchschnittliche Betriebsgröße der geförderten Öko-Betriebe (vgl. Tabelle 6) und unterschreitet auch die der konventionellen wirtschaftenden Betriebe (65,7 ha).

Tabelle 9: Ökologischer Landbau - Beibehalter und „Einführer“ im Jahr 2012

2012 vs 2010		Betriebsgrößenklassen nach LF						Gesamt
		<10 ha	10-30 ha	30-50 ha	50-100 ha	100 - 200 ha	>=200 ha	
Beibehalter (in 2010 Öko-Teilnehmer)								
Anzahl	n	27,0	86,0	55,0	101,0	78,0	17,0	364,0
Betriebsgröße	[ha] Ø	6,2	19,3	39,5	74,3	135,6	433,0	80,9
Flächenumfang	[ha] Σ	166,5	1.656,3	2.170,9	7.502,0	10.574,9	7.360,9	29.431,5
Einführung der ökologischen Produktionsweise (kein Öko-Teilnehmer in 2010)								
Anzahl	n	7,0	4,0	4,0	1,0	1,0	2,0	19,0
Betriebsgröße	[ha] Ø	3,3	15,8	40,0	.	.	245,0	51,8
Flächenumfang	[ha] Σ	23,2	63,1	160,1	.	.	490,0	984,3
mit neuer Betriebsnummer (in 2010 nicht mit Betriebsnummer 2012 geführt)								
Anzahl	n	0,0	2,0	5,0	4,0	4,0	4,0	19,0
Betriebsgröße	[ha] Ø	.	14,9	36,3	59,0	136,7	382,7	132,9
Flächenumfang	[ha] Σ	.	29,8	181,6	236,2	546,9	1.530,8	2.525,2

Quelle: Eigene Berechnungen nach InVeKoS 2012 und 2010.

Ein weiterer Parameter für die Nachhaltigkeit von Förderung ist der Umfang der Betriebe, die die ökologische Produktionsweise langjährig fortsetzen oder aus der Förderung aussteigen und ggf. die ökologische Produktionsweise wieder aufgeben haben. Rückumsteller lassen sich auf der vorliegenden Datenbasis nur näherungsweise bestimmen, da unabhängig von der Flächenbindung für Ökologische Produktionsweise keine ID für Öko-Betriebe ohne Flächenförderung vorliegt. Im ersten Schritt werden „Aussteiger aus der Öko-Förderung“ identifiziert. Hierbei handelt es sich um Betriebe, die in der Vergangenheit – als Basis wird wieder das Jahr 2006 angesetzt - Förderung für Ökologischen Landbau erhielten und in 2012 keine Öko-Prämie mehr erhalten. In der Analyse sind Betriebe zu unterscheiden, die

- zur konventionellen Produktionsweise zurückgekehrt sind
- die die Bagatellgrenze für die Öko-Förderung nicht mehr erreichen, aber dennoch ökologisch weiter produzieren und solche, die
- die die Produktion z. B. aus Altersgründen aufgegeben haben oder durch Bildung von Kooperationen in einem anderen Unternehmen aufgegangen sind.

Die Betriebe der ersten beiden Tiert sind in der Tabelle 10 unter der Kategorie „Aussteiger“ zusammengefasst. Es handelt sich um Betriebe, die in 2006 AUM-Zahlungen für die ökologische Wirtschaftsweise erhielten und in 2012 keine Öko-Förderung erhalten, jedoch (weiterhin) im InVeKoS geführt werden. Dieser Gruppe gehören 54 Betriebe an, ihre LF betrug in 2006 3.311 ha, die durchschnittliche Betriebsgröße 61,3 ha. Das Verteilungsmuster der „Aus-

steiger“ über die Betriebsgrößenklassen entspricht mit Ausnahme der beiden unteren Betriebsgrößenklassen in etwa dem der in 2012 ökologisch wirtschaftenden Betrieben (vgl. Tabelle 10). Der Anteil der „Aussteiger“ der zwei unteren Betriebsgrößenklassen fällt mit 18,5 % und 31,5 % überdurchschnittlich hoch aus. Bei der Gruppe „>10 ha“ LF deutet die durchschnittliche Flächenausstattung von 3,3 ha LF darauf hin, dass die Betriebe die in mit der neuen Programmperiode von 500 auf 1.000¹⁰ Euro erhöhte Bagatellgrenze für Auszahlungen nicht erreicht haben und demzufolge keine Förderung mehr erhalten. Für die anderen Betriebsgrößenklassen kann davon ausgegangen werden, dass es sich bei den Aussteigern aus der Öko-Förderung im Wesentlichen um Rückumsteller handelt. Die hohe Rückumstellerquote der Betriebsgrößenklasse „10 – 30 ha“ ist auch für die anderen Bundesländer typisch.

Zu begrüßen ist die in Schleswig-Holstein in 2012 angewandte vergleichsweise hohe Bagatellgrenze von 1.000 Euro für die Öko-Flächenförderung. Empfohlen wird diese beizubehalten, um keine Anreizwirkung für die Teilnahme von Kleinstbetrieben zu schaffen. Die Auswertungen der anderen Bundesländer zeigen, dass insbesondere Klein- und Kleinstbetriebe ein hohes Rückumstellungspotential aufweisen. Inhaltlich lässt sich dies damit begründen, dass - insofern es sich nicht um Sonderkulturbetriebe handelt – diese Betriebe häufig im Nebenerwerb geführt werden und Tendenzen zur Hobbylandwirtschaft aufweisen. Das Gros hat keinen Zugang zur Öko-Vermarktung, da nur kleine Margen produziert werden. Es entsteht also kein oder nur ein sehr geringer einzelbetrieblicher Mehrwert aus der ökologischen Produktion. Der einzelbetriebliche Mehrwert beschränkt sich demzufolge auf die Prämienzahlung, deren Gesamtsumme jedoch aufgrund der geringen betrieblichen Flächenausstattung gering ist. Dem stehen Kosten für die vorgeschriebenen Öko-Kontrollen, ein vergleichsweise hoher Zeitaufwand für die Antragsstellung auf Öko-Förderung und ein relativ hohes Sanktionsrisiko gegenüber. Das dargestellte ungünstige Kosten-Nutzen-Verhältnis der Klein- und Kleinstbetriebe ist ursächlich für die relativ hohe Rückumstellungsquote. Der Tendenz nach ähnliche Aussagen gelten auch für die kleinen Betriebe der Betriebsgrößenklasse „10-30 ha“.

¹⁰ Zum Erreichen der Bagatellgrenze muss bei Erhalt der Umstellungsförderung eine Mindestfläche von 3,8 ha Acker- bzw. Dauergrünland in die Förderung eingebracht werden. Werden Gemüse oder Sonderkulturen angebaut, sinkt die Mindestfläche aufgrund der höheren Hektarprämien von 639 Euro/ha und 1107 Euro/ha auf 1,4 bzw. 0,9 ha.

Tabelle 10: Aussteiger aus der Öko-Förderung

2006 vs 2012		Betriebsgrößenklassen nach LF						Gesamt
		< 10 ha	10-30 ha	30-50 ha	50-100 ha	100 - 200 ha	>=200 ha	
Öko-Teilnehmer in 2006								
Anzahl	n	38	102	63	99	73	22	397
LF	[ha] \emptyset	6,4	19,0	39,3	70,4	132,2	423,8	77,1
LF	[ha] Σ	244	1.937	2.476	6.966	9.647	9.324	30.595
Grünlandanteil	%	44	54	47	42	34	38	44
davon								
Aussteiger (Öko-Förderung in 2006, keine AUM-Öko-Förderung in 2012)								
Anzahl	n	10	17	5	11	9	2	54
LF	[ha] \emptyset	5,7	17,7	41,3	68,6	136,3	383,4	61,3
LF	[ha] Σ	57	301	207	754	1.226	767	3.311
Grünlandanteil	%	35	67	57	76	40	50	57
keine identische Betriebsnummer in 2012 (in 2012 nicht mehr mit Betriebsnummer aus 2006 geführt)								
Anzahl	n	15	21	16	21	12	2	87
LF	[ha] \emptyset	6,2	19,1	39,3	67,9	149,8	226,5	55,2
LF	[ha] Σ	93	401	628	1.426	1.798	453	4.799

Quelle: Eigene Berechnungen nach InVeKoS 2012 und 2006.

Als letzte Gruppe in der Tabelle 5 werden Betriebe unterschieden, deren Betriebsnummer in 2012 nicht mehr im Datensatz geführt wird. Ursächlich für den Wegfall von Betriebsnummern können die bereits oben dargestellten Gründe sein.

Öko-Förderung in Kombination mit weiteren flächengebundenen Förderungen

Als weitere flächengebundene Fördermaßnahmen, für deren Beantragung Betriebe mit Öko-Förderung zugelassen sind, sind die Ausgleichszulage, die Winterbegrünung, das Anlegen von Schonstreifen, die Verbesserte N-Ausnutzung aus flüssigen Wirtschaftsdüngern (Gülle), die Vertragsnaturschutzmaßnahmen¹¹ sowie die Ausgleichszahlungen in Natura-2000 Gebieten zu nennen.

Seit 2010 ist die Gebietskulisse der Ausgleichszulage nochmals reduziert worden und beschränkt sich auf Inseln ohne feste Straßenanbindung. Die Förderfläche betrug in 2012 rd. 8.500 ha, gut 1.000 ha entfallen auf Betriebe, die auch Ökoförderung erhalten (vgl. Tabelle 11). 51 Öko-Betriebe erhalten neben der Öko-Förderung für gut 1.500 ha ihres Dauergrünlandes Natura-2000-Zahlungen¹². Damit werden 6 % des im Rahmen der Natura-2000-Förderung geschützten Grünlands von Öko-Betrieben bewirtschaftet. Die Betriebe haben sich im Rahmen der Natura-2000-Förderung verpflichtet, auf eine tiefwendende Grünlanderneuerung zu verzichten und die Grünlandflächen aktiv zu nutzen.

¹¹ Mit folgenden Teilmaßnahmen (Verträgen): Amphibienschutz, 20-jährige Flächenstilllegung (Acker, Grünland), Weide-Wirtschaft, Weide-Wirtschaft Marsch, Weide-Wirtschaft Moor, Weide-Landschaft, Weide-Landschaft-Marsch, Dauerweide, Nahrungsgebiete für Gänse und Schwäne, Rastplatz für wandernde Vogelarten, Ackerlebensräume.

¹² Berechnet über entsprechende Fördercodes für Flächenbindungen im Flächennutzungsnachweis des InVeKoS.

Von den 402 geförderten Öko-Betrieben haben 60 Betriebe zusätzliche Verträge mit einem Gesamtumfang von knapp rd. 1.500 ha für Vertragsnaturschutzmaßnahmen abgeschlossen¹³. Damit werden 6 % der in SH geförderten Vertragsnaturschutzflächen von Öko-Betrieben bewirtschaftet. Während knapp 10 % der konventionell wirtschaftenden Betriebe an Vertragsnaturschutzmaßnahmen teilnehmen, sind es 15 % der Ökobetriebe. Wird der Anteil der an Vertragsnaturschutzmaßnahmen Teilnehmenden als Affinität zum Erbringen von Biodiversitätsleistungen interpretiert, heben sich die Öko-Betriebe im Vergleich zu ihren konventionellen Berufskollegen positiv heraus.

Tabelle 11: Inanspruchnahme weiterer flächengebundener Fördermaßnahmen durch geförderte Öko-Betriebe

Öko-Betriebe mit ...		Ausgleichs- zulage	Vertrags- natur- schutz	Natura- 2000 Ausgleich-
Anzahl	n	12	60	51
Förderfläche Öko	[ha] Σ	1.029	1.569	1.302

Quelle: Eigene Berechnungen nach InVeKoS 2012.

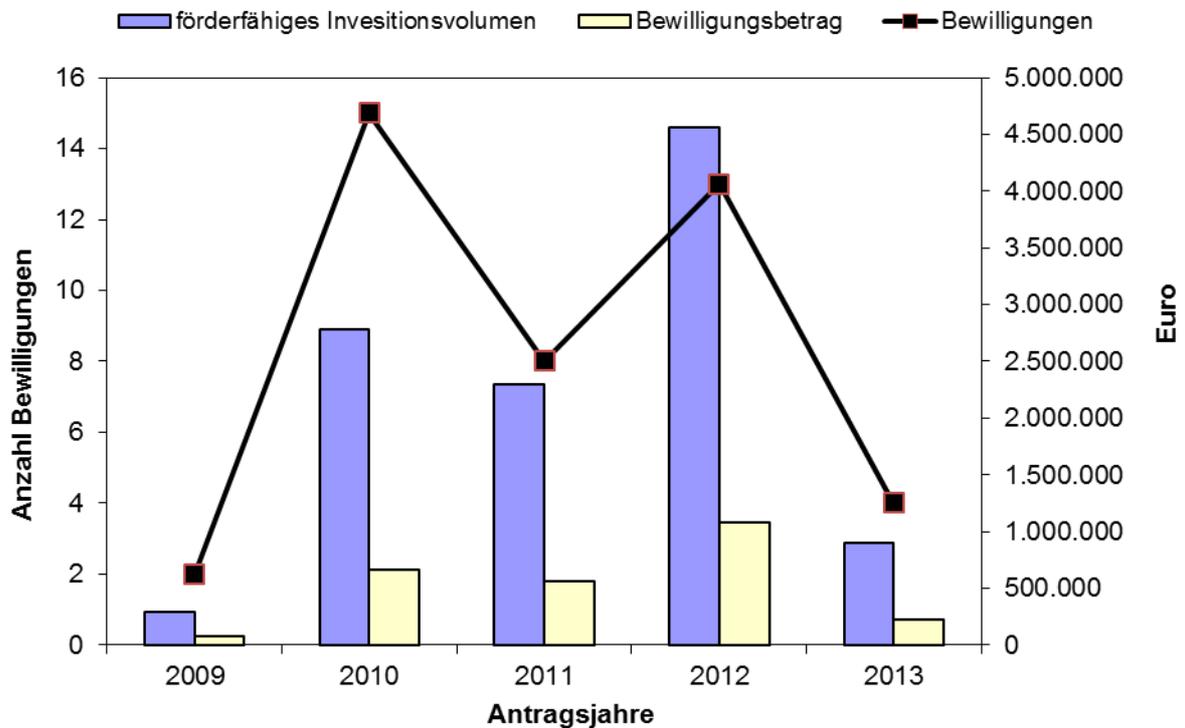
3.3 Schwerpunkt 3

Investitionen zur Diversifizierung (ELER-Code 311/1)

Im Förderzeitraum (Bewilligungsbeginn 2009) wurden 42 Förderfälle bewilligt und bisher 35 davon ausgezahlt (Stand 15.04.2014). Das unterstützte Investitionsvolumen der bewilligten Förderfälle beträgt insgesamt 14,60 Mio. Euro, davon sind 10,83 Mio. Euro förderfähig. Zuschüsse wurden in Höhe von 2,60 Mio. Euro bewilligt und in Höhe von 2,15 Mio. Euro ausgezahlt. Der Zuschusssatz beträgt im Durchschnitt der bewilligten Förderfälle 24 %.

Abbildung 9 gibt einen Überblick über die Diversifizierungsförderung seit 2009. In den Jahren 2007 und 2008 gab es keine und in 2009 lediglich zwei Bewilligungen. Erst ab 2010 kam es mit 15 Bewilligungen zu einer starken Nachfrage nach Förderung. Seit Beginn des Bewilligungsverfahrens waren Anzahl und Struktur der Bewilligungen von Jahr zu Jahr stark schwankend. Während in 2009/2010 eher kleinere Investitionen gefördert wurden, führten die Bewilligungen im Antragsjahr 2012 zur Förderung von einigen größeren Vorhaben. Im Jahr 2012 lag das mittlere förderfähige Investitionsvolumen mit rund 350.000 Euro deutlich über dem Gesamtmittel von 258.000 Euro.

¹³ Berechnet über entsprechende Fördercodes für Flächenbindungen im Flächennutzungsnachweis des InVeKoS.

Abbildung 9: Bewilligungsdaten der Maßnahme 311/1 im Überblick

Quelle: MELUR Finanzmonitor 311/1; eigene Berechnungen

Inhaltliche Schwerpunkte der Diversifizierungsförderung sind Investitionen in Direktvermarktung sowie Urlaub auf dem Bauernhof ab. 2012 und 2013 wurden vermehrt Reithallen und Pensionstierhaltungen unterstützt. Geförderte Vorhaben finden sich zwar in allen Landkreisen Schleswig-Holsteins (mit Ausnahme der kreisfreien Städte), aber der Landkreis Pinneberg bildet wohl aufgrund der Nähe zu Hamburg mit 16,7 % der Förderfälle und 19,1 % der bewilligten Mittel einen räumlichen Schwerpunkt der Maßnahme 311/1.

Expertengespräche lassen erste Einschätzungen zur Bewertung der Fördermaßnahme zu. Im laufenden Jahr 2014 werden für die Ex-post-Evaluation der Diversifizierungsförderung Wirkungsanalysen auf der Grundlage von Experteneinschätzungen (Beratung, Bewilligung, Verbände) und Primärerhebungen bei den geförderten Betrieben durchgeführt.

Erste Einschätzungen zur Maßnahmenbewertung resultieren aus der Auswertung der Bewilligungsdaten und aus Expertengesprächen.

- Gegenüber dem ZPLR (Stand: 7. Änderungsantrag), in dem 90 Förderfälle mit einem Investitionsvolumen von insg. 17,4 Mio. als Ziel formuliert wurden, liegt die Anzahl der Bewilligungen (=42, entspricht 47 % der Planzahlen) deutlich zurück. Das Investitionsvolumen erreicht dagegen annähernd die Planzahlen (84 %), so dass im

Ergebnis festgehalten werden kann, dass im Durchschnitt vor allem größere Investitionen als geplant gefördert wurden.

- Die Durchführung von Investitionen zur Einkommensdiversifizierung landwirtschaftlicher Unternehmen scheitert oftmals an Faktoren, die größtenteils außerhalb der Kapitalbeschaffung liegen und somit auch nicht durch die investive Förderung kompensiert werden können. Besonders zu erwähnen ist eine oftmals fehlende Baugenehmigung bei Vorhaben im Außenbereich.
- Weitere Hemmnisse resultieren aus tendenziell rückläufigen Kapazitäten zur Diversifizierungsberatung sowie aus einer mitunter unzureichenden Kenntnis der Spezifika der Fördermaßnahme bei potenziellen Antragstellern (in Verbindung mit Mängeln bei der Öffentlichkeitsarbeit). Die Einbindung in AktivRegionen führt bei einzelnen Antragstellern ebenfalls zu einer Zurückhaltung bei der Antragstellung, wengleich dies objektiv kein Investitionshemmnis darstellen sollte.
- Eine restriktive Kapitalbereitstellung seitens der Banken wird lediglich in wenigen Bereichen, wie in der Pferdehaltung (Marktsättigung!), beobachtet. Bei den Marktgegebenheiten sollte jedoch durch Förderung kein Verdrängungswettbewerb unterstützt werden.

Unabhängig von den Bewertungsergebnissen wird die Diversifizierungsförderung in der kommenden Förderperiode aufgrund vermuteter hoher Mitnahmeeffekte voraussichtlich nicht mehr angeboten.

Naturnahe Gestaltung von Fließgewässern, Wiedervernässung von Niedermooren (ELER-Code 323/3)

Die Teilmaßnahme „Naturnahe Gestaltung von Fließgewässern“ zielt auf eine Verbesserung des Zustandes der Gewässer gemäß den Anforderungen der WRRL. Sie umfasst Investitionen zur naturnahen Gewässerentwicklung durch:

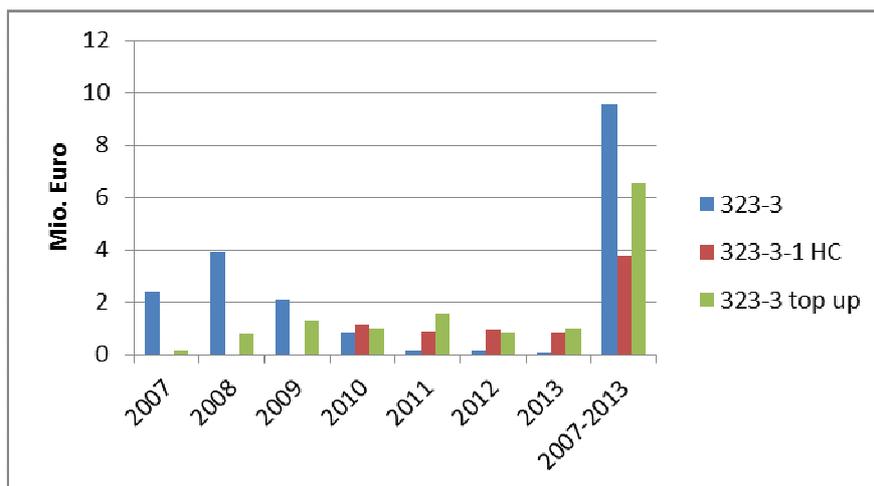
- Schaffung von Gewässerentwicklungsräumen,
- Verbesserung der Durchgängigkeit der Gewässer,
- Verbesserung des Wasserrückhalts in der Landschaft

einschließlich konzeptioneller Vorarbeiten und Erhebungen.

Die Abbildung 10 zeigt die Entwicklung der in diesem Bereich getätigten Investitionen (= förderfähige Kosten) über die Jahre in den verschiedenen Bereichen. Seit 2010 wird die Förderung in erster Linie über die Health-Check-Maßnahme (323-3-1 HC) umgesetzt. Die

sogenannten top-ups spielen in diesem Bereich eine große Rolle (Artikel 52-Maßnahmen). Knapp ein Drittel der umgesetzten Vorhaben wird allein über Mittel des Landes bzw. der GAK umgesetzt.

Abbildung 10: Gesamt-Investitionssummen im Verlauf der Jahre



Quelle: Eigene Darstellung nach Angaben des MELUR (2009-2014)

Die Förderung über die verschiedenen Haushaltslinien erfolgte auf der Grundlage der gleichen Richtlinie, die über die top-ups finanzierten Maßnahmen unterscheiden sich inhaltlich nicht von den ELER-finanzierten Maßnahmen. Die nachfolgend dargestellte Auswertung beruht daher auf sämtlichen Förderfällen inkl. der top-ups.

Die folgende Tabelle 12 zeigt die Verteilung der eingesetzten Finanzmittel auf die verschiedenen Schwerpunktbereiche für die Jahre 2011 bis 2013. Etwa 25% der eingesetzten Finanzmittel dienten schwerpunktmäßig der Wiederherstellung der Durchgängigkeit. Für die Gewässerentwicklung wurden 32 % der Finanzmittel eingesetzt, für die Nährstoffreduktion durch Ankauf von Flächen und die Einrichtung von Randstreifen etwa 43%. Reine Planungsarbeiten nahmen in den letzten Jahren nur noch einen geringen Prozentanteil ein. Die Zuordnung erfolgte hier nach den jeweiligen Schwerpunkten von Einzelvorhaben, die aber in der Regel zumeist mehrere Bereiche inhaltlich abdecken. Von daher ist die Abgrenzung etwas unscharf.

Es wird deutlich, dass sich gegenüber den Anfangsjahren 2007 bis 2009 deutliche Schwerpunktverschiebungen ergeben haben. Die Wiederherstellung der Durchgängigkeit hat an Bedeutung verloren und die Verbesserung der Gewässerstruktur und die Verringerung von Nährstoff- und Sedimenteinträgen in die Gewässer sind stärker in den Fokus gerückt. Dies ist generell zu begrüßen und als Hinweis darauf zu werten, dass durch um-

fangreiche bauliche Maßnahmen in den letzten Jahren an vielen Gewässern die Durchgängigkeit bereits hergestellt werden konnte.

Tabelle 12: Verteilung der Finanzmittel auf Schwerpunktbereiche

Schwerpunkt des Vorhabens	Anzahl Vorhaben	Investitionssumme (Mio. Euro) 2011-2013	Anteil an Gesamtsumme in % (2011-2013)	Anteil an Gesamtsumme in % (2007-2009)
Wiederherstellung der Durchgängigkeit	102	1,63	24,8	51,4
Gewässerentwicklung	55	2,11	32,1	18,0
Nährstoffreduktion (überwiegend Flächenkauf, Einrichtung von Randstreifen)	48	2,81	42,8	18,0
Vorplanung WRRL	35	0,02	0,3	12,5
Gesamt	240	6,56	100	100

Quelle: Eigene Darstellung nach Angaben des MELUR (2010-2014)

Die folgende Tabelle zeigt noch etwas differenzierter die Art der in den letzten drei Jahren umgesetzten Projekte und die damit erzielten Ergebnisse. Auch hier wird deutlich, dass Maßnahmen zur Reduzierung des Nährstoff- und Sedimenteintrags in die Gewässer eine hohe Bedeutung haben. Hierzu zählen insbesondere die Einrichtung von Sandfängen (n=125) und die Etablierung von Uferrandstreifen (40 km Fließgewässerstrecke). Der hierfür erforderliche Flächenkauf belief sich auf insgesamt etwa 198 ha.

Tabelle 13: Art der umgesetzten Projekte in den Jahren 2011 bis 2013

Anzahl Projekte gesamt	Einheit	365
-davon Projekte mit profilgestaltenden Maßnahmen am Gewässer		43
-davon Projekte mit Herstellung von Sandfängen		74
-davon Projekte mit Herstellung von Sohlgleiten		53
-davon Projekte mit Aufnahme von Entrohrungen		13
-davon Projekte mit Laufverlängerung von Gewässern		14
-davon Projekte mit Anlage von Uferrandstreifen		33
-davon Projekte mit Uferbepflanzungen		13
-davon Projekte mit Flächenkauf		83
-Gewässerabschnitte mit profilgestaltenden Maßnahmen	km	46,2
-Anzahl von Sandfängen	Anzahl	125
-Anzahl von Sohlgleiten	Anzahl	109
-entrohrte Bachabschnitte	km	5,9
-Gewässerabschnitte mit Laufverlängerung	km	1,8
-Einrichtung von Gewässerrandstreifen	km	40,2
-Gewässerabschnitte mit Uferbepflanzung	km	3,9
-erworbene Fläche	ha	198,6

Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage der Förderdaten des MELUR (2011-2013)

Bedauerlicherweise können aufgrund der landwirtschaftlichen Intensivierung und des Energiemaisanbaus derzeit kaum noch Flächen für den Gewässerschutz erworben werden. Die Maßnahmenumsetzung wird sich daher zukünftig wieder größtenteils auf punktuelle Baumaßnahmen zur Herstellung der Durchgängigkeit und Gewässerstrukturmaßnahmen beschränken müssen.

3.4 Leader/ Lokale Aktionsgruppen: AktivRegionen

Um Zwischenergebnisse zu präsentieren, werden hier zwei Bereiche näher dargestellt:

- **Anregungen zum Förderverfahren:** Hier werden die Auswertungen zu den offenen Fragen der Zuwendungsempfängerbefragung dargestellt (die über Skalen abgefragten Einschätzungen finden sich bereits im Bewertungsbericht 2013).
- **Energie/ Klimawandel:** Vor dem Hintergrund der hohen Bedeutung des Themas in der nächsten Förderperiode erfolgt hier eine Betrachtung der bisher erreichten Beiträge unter besonderer Berücksichtigung der Health-Check-Projekte.

Einschätzungen der Zuwendungsempfänger zum Förderverfahren

Zu der offen gestellten Frage „Wenn Sie das Förderverfahren insgesamt beurteilen, welche Gesichtspunkte würden Sie herausstellen?“ hatten die Befragten die Möglichkeit besonders positives oder negatives sowie Verbesserungsvorschläge zu nennen. Die Auswertung basiert auf 207 beantworteten Fragebögen von AktivRegionen-Projekten¹⁴.

Die Befragten nannten deutlich mehr positive als negative Aspekte. Die Nennungen zu positiven Aspekten (123 Aspekte wurden von 87 Befragten genannt) und negativen Aspekte (54 Aspekte von 48 Befragten) lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Positive Aspekte bezogen sich vor allem¹⁵ auf (Anzahl der Nennungen: *Beispiele*):

- Das **Regionalmanagement** (33): *Zusammenarbeit, Beratung, Unterstützung*
- Die **LLUR** (31): *Fachkompetenz und Hilfsbereitschaft, Zusammenarbeit, Unterstützung*
- Die **AktivRegion/ LAG** (13): *Zusammenarbeit, Beratung und Unterstützung*
- Schnelligkeit** (10) *schnelle Entscheidung, zügige Abwicklung*
- Zusammenarbeit** (7): allgemeine Nennungen (bei denen nicht konkret LAG, Regionalmanagement oder LLUR genannt wurden) wie *Zusammenarbeit aller Akteure, oder gute Zusammenarbeit,*
- Unterstützung** (7): allgemeine Nennungen wie: *Beratung, Unterstützung vor Ort*
- Einfachheit** (5): *die unkomplizierte Abwicklung des Projektes*
- Ergebnis/ Förderung** (5): *das Ergebnis, die Förderung überhaupt*

Negative Aspekte bezogen sich vor allem¹⁶ auf:

- Bürokratie/ Aufwand** (12): *zu viele Prüfungsinstanzen, der Verwaltungsaufwand steht in keinem Verhältnis zur Fördersumme, Abrechnungsbürokratie, hoher Abstimmungsbedarf*
- Papieraufwand** (11): *Umfang der Unterlagen, umständliche Formulare, zu viel Papier*
- Verfahrens(regeln)** (11): *zu viel Formalismus insbesondere bei der Abrechnung, Preisumfragen für jedes Element erforderlich*
- Zeitliche Aspekte** (11): *Dauer bis zur Bewilligung und Auszahlung, Verzögerungen*

¹⁴ Einbezogen wurden Projekte der beiden größten Maßnahmen: 313 (=Förderung des Fremdenverkehrs) und 322 (=Dorferneuerung und -entwicklung), nähere Angaben zur Methodik der Befragung finden sich im Bewertungsbericht 2013.

¹⁵ Weitere Nennungen entfielen auf: die das Verfahren insgesamt (3), Unterstützung durch Amt (2), Kundenorientierung ohne weitere Präzisierung (2), sowie Sonstiges (5): *Kooperation mehrerer LAGn, Alles in Allem befriedigend, Offenheit, Zahlung am genauen Datum, Arbeit aus einem Guss.*

¹⁶ Dazu 8 Nennungen zu sonstigen Aspekten: z.B. *"dass die Tätigkeit der Verwaltung und des Bauhofes nicht als Eigenanteil anerkannt werden konnte", "es wurden sehr hohe Erwartungen in der Bevölkerung geweckt", "die Nicht-Aufklärung über die Förderkriterien", "ehrenamtliche Arbeit wird nicht angerechnet bei Eigenmitteln".*

Die von 35 Befragten genannten 51 **Verbesserungsvorschläge** beziehen sich auf ganz unterschiedliche Bereiche. Der größte Anteil der Nennungen entfiel auf die Bereiche:

- **Verschlankeung des Verfahrens/ weniger Bürokratie** (13): *Verschlankeung, Vereinfachung der Richtlinien, klare Linie der Landesämter*
- **Einfacheres Vergabeverfahren** (7): *freie Vergabe bis zu einem Betrag von ca. 250€ oder 500€*
- **Einfachere Nachweispflichten** (7): *Verzicht auf Originalbelege*
- **Verständlichere Formulare/ Bescheide** (7): *einfache Sprache zur Verständlichkeit der Formulare, bessere Verständlichkeit des Zuwendungsbescheides*
- **Zeitliche Abläufe** (5): *Reduzierung der Bearbeitungszeiten von LLUR durch ausreichende Personalbemessung, die lange Bearbeitungsdauer bremst die Vorhaben*
- **Flexibilisierungen** (5): *Besonderheiten des Projektes erkennen und Ausnahmen zulassen, kleinere Projekte einfacher bewilligen, Bagatellgrenzen und Vereinfachung.*

Drei Befragten thematisierten die Rolle der LLUR: nur ein Befragter forderte *Direkte Antragstellung an LLUR*¹⁷, zwei Wünsche gingen in Richtung „*eine Vorprüfung von Projekten durch das LLUR würde das Verfahren verbessern*“. Vier Einzelnennungen entfielen auf: *stärkere Förderung einer Zusammenarbeit mehrerer AktivRegionen, Ermöglichung alternativer Formen der Kofinanzierung, Anerkennung von ehrenamtlichen Einsatz als unbare Eigenleistungen sowie Konzentration auf Förderschwerpunkte.*

Da dies Antworten der geförderten Projekte sind, spiegeln sich Probleme, die eine Förderung ganz verhindern (z.B. privater Projektträger bekommt keine Kofinanzierung durch Kommune), nur wenig wider. Daher sei ergänzend an die in der Halbzeitbewertung dargestellten Ergebnisse der LAG-Befragung erinnert (Fengler/ Pollermann, 2010, 17, 111, 118).

Insgesamt wird das Förderverfahren positiv bewertet. Um Optimierungen für die Zukunft auszuloten, sollten die Vereinfachungs-Wünsche zu Formularen, Zeitabläufen und Flexibilisierungen mit den Spielräumen der Durchführungsverordnung abgeglichen werden (beispielsweise könnten verbesserte Möglichkeiten zu Pauschalierungen genutzt werden).

¹⁷ Was allerdings der LAG, die Entscheidungskompetenz nehmen und somit dem Leader-Prinzip zuwiderlaufen würde.

Bewertung und Ausblick im Bereich Energie/ Klimaschutz

Kontext im Zukunftsprogramm für den Ländlichen Raum (ZPLR)

Für den Bereich Energie/ Klimaschutz¹⁸ sind ganz unterschiedliche Handlungsfelder relevant (z.B. Energieerzeugung; Verkehr; Energieverbrauch in Haushalten, Kommunen, Gewerbe; Konsum/ Ernährung und Landwirtschaft), die auch über die AktivRegionen-Förderung angegangen werden können.

Hieran anknüpfend setzt das ZPLR verschiedene Vorgaben:

- Für die über Leader/ AktivRegionen umgesetzten Mittel des **Health-Check**¹⁹ ist der Klimaschutz bzw. Abschwächung des Klimawandels und Erleichterung einer angemessenen Anpassung an dessen Folgen das wesentliche Ziel
- Für **AktivRegionen insgesamt** enthält das ZPLR die Anforderung: „Die regionsspezifischen Themenkomplexe sind grundsätzlich auch unter Berücksichtigung des Klimaschutzes auszuarbeiten“ (MLUR, 2009, 601). Zudem wird der Klimaschutz als ein Handlungsfeld gesehen, wo die Stärken des Leader-Ansatzes zum Zuge kommen können: „Projekte in den ländlichen Regionen können eine Vorreiterrolle für kreative Entwicklungen und Lösungen, insbesondere auf der Basis neuer Kooperationen übernehmen, z.B. in den Bereichen demografische Entwicklung, Grundversorgung, Klimaschutz“ (MLUR, 2009, 603).
- Eines der Projektauswahlkriterien für die **Leuchtturmprojekte** ist: „Schutz der natürlichen Ressourcen / Schutz des Klimas“. Wobei positive Beiträge zu „a) Erneuerbaren Energien“ und „b) Klimaschutz“ jeweils ein Punkt geben (von insgesamt 30 möglichen Punkten).

¹⁸ Klimaschutz beinhaltet sowohl die Bekämpfung von Ursachen des Klimawandels als auch Anpassungen an die Folgen des Klimawandels. Im Bereich ländliche Entwicklung wird bisher ganz überwiegend der erste Aspekt behandelt.

¹⁹ Es waren im Bereich AktivRegionen 18,1 Mio. Euro zusätzliche Mittel zur Bewältigung der neuen Herausforderungen (=Health Check) vorgesehen, die vor allem für Projekte im Bereich „Klimawandel und Erneuerbare Energien“ sowie für Innovationen mit Bezug zu Klimawandel, Erneuerbaren Energien und biologischer Vielfalt eingesetzt werden sollen. Diese hatte den Hintergrund, dass die EU als Vertragspartei des Protokolls von Kyoto (Entscheidung des Rates 2002/358/EG) aufgefordert, die nationalen Programme anzupassen (dies wird als Health-Check bezeichnet), im Hinblick auf Maßnahmen zur Abschwächung des Klimawandels und zur Erleichterung einer angemessenen Anpassung an dessen Folgen. In diesem Zusammenhang soll die Rolle der Förderung der ländlichen Entwicklung weiter gestärkt werden (MLUR, 2009, 602).

Vorgehen der Untersuchung

In diesem Berichtsteil werden über die Health-Check-Projekte hinaus alle klimarelevanten Maßnahmen der AktivRegionen betrachtet. Neben den Literaturrecherchen, basieren die Darstellungen auf folgenden Informationsquellen:

- Schriftliche Befragung von Projektträgern (Grundbudgetprojekte der AktivRegionen in 2012; Rücklauf ca. 80%, 207 Fragebögen),
- Auswertung der Förderdaten der Projekte (Stand: abgeschlossene und bewilligte Projekte 2013),
- Einzelprojektbetrachtungen: durch Interviews (persönlich/ telefonisch) mit Projektträgern sowie Sichtung von Konzepten und Projektskizzen/ Abschlussberichten weiterer klimarelevanter Projekte.

Es erfolgte noch keine schriftliche Befragung der Health-Check--Projekte, da aktuell (= inkl. 2013) noch zu wenige Projekte ausreichend lange abgeschlossen waren, und somit eine Wirkungserfassung nur sehr eingeschränkt möglich gewesen wäre (eine solche Befragung ist aber zu einem späteren Zeitpunkt geplant).

Effektivität und Interventionslogik unterschiedlicher Handlungsoptionen

Um die Effektivität von Maßnahmen zu bewerten, kann die Einsparung in CO₂-Äquivalenten²⁰ betrachtet werden. Für die Effizienz sind die CO₂-Vermeidungskosten (Euro/ Tonne CO₂) eine wichtige Kenngröße.

Um die Effizienz unterschiedlicher Handlungsansätze zu illustrieren, erfolgt in Tabelle 14 eine Übersicht zu einem Beispiel aus Niedersachsen. Hierzu ist jedoch anzumerken, dass aufgrund der komplexen Wirkungszusammenhänge und Berechnungswege, die Frage „Wieviel Euro rettet wieviel Klima“ von unterschiedlichen Autoren unterschiedlich beantwortet wird (z.B. je nach dem wie viele Jahre einbezogen werden, inwieweit Zinsen bei den Kosten mitgerechnet werden etc). Außerdem sind bei vielen Projekten mit eher indirekten Wirkungen die Zahlen sehr unsicher. Diese Übersicht soll verdeutlichen, welche Aspekte einzubeziehen wären, ohne die Effizienz hier schon vergleichen zu wollen. Wichtiger Aspekt für mögliche Fördersätze ist, ob sich die Maßnahme für den Projektträger (teilweise) finanziell amortisiert oder Klimaschutz als Gemeinschaftsgut bereitgestellt wird, ohne einen eigenen finanziellen Nutzen zu haben.

²⁰ Neben CO₂ können z.B. auch Methan, Lachgas oder Flurkohlenwasserstoffe reduziert werden. Um die Klimaschutzwirkung vergleichbar zu machen, werden Emissionsmengen mit Hilfe der CO₂-Äquivalente der einzelnen Gase bewertet und so gewichtet. Beispielsweise ist Methan klimaschädlicher als (dieselbe Menge) CO₂. Somit gilt eine Methan-Emissionsreduktion um eine Tonne gleichwertig zu einer CO₂-Reduktion um 21 Tonnen, so dass beide Fällen als 21 Tonnen CO₂-Äquivalent beschrieben werden.

Zudem gibt es unterschiedliche Nebeneffekte: z.B. haben Wärmedämmungen konjunkturelle Effekte der Baumaßnahmen, langfristig wird Kaufkraft in der Region frei, die vorher für Ausgaben für (oft importierte) Energie gebunden war. Maßnahmen zu regionalen Produkten oder Telemedizin haben vorrangig andere Ziele, sparen aber verkehrsbedingte Emissionen ein. Machbarkeitsstudien bringen keine direkten Effekt und bei negativem Ergebnis gibt es gar keinen Klima-Effekt. Gerade bei innovativen Ansätzen können die Informationen aber klimaeffektive Investitionen ermöglichen bzw. beugen ineffektiven Mittelverwendungen vor.

Tabelle 14: Charakterisierung von Klimaschutzleistungen und –kosten aus dem Beispiel Kommunales Klimakzept Heideregion

Projekt	Kosten	CO ₂ -Einsparung	Vermeidungskosten / t CO ₂ ²¹	Geldeinsparung	Bewertbarkeit
LED-Straßenbeleuchtung (189 Leuchtkörper)	225.000 €	68t/a [bei 20 Jahre Lebensdauer: 1.360 t]	165 €	Ja (Einsparung von ca. 115.000 kWh/a)	Sicher/sehr einfach erfassbar & prognostizierbar
Regionale Energiespar-kampagne für Haushalte	80.000 € Personal (Konzept, Marketing)	244t/a [bei 10 Jahre Wirkdauer: 2.440 t]	33 €	Keine für Projekt-träger	Sehr Unsicher/ höherer Aufwand zur Messung (Annahme war 600 Haushalte sparen 5% Heizenergie & Strom)
Nahwärmee-nutzung für Wärmeinseln	150.00 bis 250.000 €	43t/a [bei 20 Jahre Wirkdauer: 860 t]	ca. 203 €	ja	sicher

Quelle: basierend auf Angaben zur Heideregion in Niedersachsen (B.A.U.M., 2011, 89, 91, Anhang S. 13)

Zur Analyse der Wirkungen sind die folgenden Wirkungspfade zu unterscheiden:

- **Direkte Wirkungen im Projekt:** z.B. energetische Gebäudesanierungen,
- **Indirekte Wirkungen durch das Projekt:** z.B. Beratung zu Möglichkeiten von Gebäudesanierungen,
- **Indirekte Wirkung durch Nachahmer (**Multiplikatoreffekte**):** z.B. nach Projektabschluss, hört jemand vom Spareffekt der Gebäudesanierung und führt ebenfalls eine Maßnahme aus.

²¹ Diese Zahl ist als grober Näherungswert zu verstehen, die hier aus dem Quotient von „Kosten“ und „Gesamteinsparung“ über die angenommene Wirkdauer errechnet wurde. Hierzu gibt es in der Literatur detailliertere Berechnungswege bei denen die Kosten (inkl. Zinsberechnungen) mit den finanziellen Einsparungen verrechnet werden (z.B. Ghahremani 2011, 27), die Angaben für €/tCO₂ werden dort z.B. für energetische Sanierung von Gebäudehülle mit 249, die Sanierung der Haustechnik unter Beibehaltung fossile Brennstoffe mit 511, die Umstellung der Haustechnik auf Biomasse mit 349 angegeben. Ein Umweltmanagement spart in diesem Beispiel hingegen deutlich mehr Geld als es kostet (Ghahremani 2011, 38).

Gerade Multiplikatoreffekte sind schwer zu erfassen und zu bewerten: wenn z.B. ein Projekt zwei „Nachmacher“ hat, die jeweils wieder zwei „Nachmacher“ haben, wäre der Effekt theoretisch vervierfacht. Inwieweit dies die induzierte Wirkung pro Euro Fördergeld erhöht, hängt dann wiederum davon ab, ob die „Nachahmer“ eine Projektförderung erhalten.

Bei der Wirkung von Förderpolitiken ist zu berücksichtigen, dass nicht alle beobachteten Wirkungen zwingend auf die Förderung zurückzuführen sind: d.h. bestimmte Wirkungen wären auch ohne die Projekt-Förderung entstanden (Unterschied zwischen Brutto- und Netto-Effekten).

Generell ist Förderpolitik im Klimaschutz nur eine Möglichkeit neben anderen Politikoptionen (z.B. Steuerpolitik, Ver- & Gebote). Hinsichtlich der Förderpolitiken ist zu beachten, dass es neben dem ELER andere Instrumente gibt, die mit einem vielfachen des Finanzvolumens arbeiten. Beispiele sind die Einspeise-Vergütung nach EEG oder der „Energie und Klimafond“ mit jährlich 1,4 Mrd. Euro²²) oder die die KfW-Förderprogramme. Auf Breitenwirkung zielende Maßnahmen auf Bundesebene, benötigen aber unterstützende Akteure und Akteursbündnisse vor Ort, sonst ist ein Informationsfluss zu den Zielgruppen nicht gewährleistet (IM, 2011, 100).

AktivRegionen können also in unterschiedlichen Handlungsfeldern mit ganz unterschiedlichen Interventionslogiken wirken. Dabei sind die Spezifika im ländlichen Raum zu beachten, beispielsweise lässt sich das Handlungsfeld Verkehr in die Bereich „Verkehrsvermeidung“ sowie „Verkehrsverlagerung (z.B. Auto zu ÖPNV, Fahrrad)“ unterteilen. Dabei wird auf dem Land aufgrund weiter Strecken, der Umstieg auf's Fahrrad oft weniger attraktiv sein als in Städten. Dafür würde die Etablierung von Mitfahrgelegenheitsvermittlungen zugleich dem auf dem Land relevanten Problem der eingeschränkten Mobilität von Personen ohne Zugang zu einem Auto Rechnung tragen.

Umsetzungspraxis von Projekten in den AktivRegionen 2007-2013

Den vorliegenden Förderdaten²³ zufolge haben knapp 10% der **Grundbudgetprojekte** (Bewilligungsstand aller Projekte 2013: 25 Mio. €) einen explizit im Projekttitel erkennbaren Fokus auf Klimaschutz. Dazu kommen weitere Projekte mit (potenziellen) Klimaschutzwirkungen, die aber einen anderen Fokus haben (z.B. insbesondere Gebäudesanierungen, die aufgrund der Förderbedingungen nach Klima-Standards erfolgen sowie Radwege, Ernährung, Nahver-

²²

http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Oeffentliche_Finanzen/Bundeshalt/2013-04-25-ekf.html (Stand 16.1.2014)

²³ Die Auswertung erfolgte auf Basis der Datenlage mit Stand 2013 (= 580 Grundbudget Projekte), da die Korrektur in Profil CS noch nicht abgeschlossen ist (z.B. sind nicht alle Datensätze mit einem aussagekräftigen Projekttitel versehen), sind hier sowohl Änderungen aufgrund von Aktualisierungen der Datenbanken als auch durch die nach diesem Zeitpunkt bewilligten Projekte zu erwarten.

sorgung, Telemedizin). Nach Angaben der Zuwendungsempfänger haben insgesamt knapp 20% der Projekte eine Klimaschutzwirkung durch Energieeinsparung (z.B. Wärmedämmung, Abwärmenutzung) und/oder Erzeugung und Nutzung regenerativer Energien.

Die **Health-Check-Projekte** haben gemäß der Fördervoraussetzungen fast alle eine Klimaschutzwirkung (= 99% der gesamten-HC-Mittel, bis 2013 werden knapp 13 Mio. Euro ELER-Gelder verausgabt), lediglich ein Projekt zielte auf Biodiversität (eine Habitatbaumerfassung).

Bei den Grundbudget-Projekten ist der **Anteil klimarelevanter Projekte in Schleswig-Holstein höher als in anderen Bundesländern** der 7-Länder-Evaluierung. Eine Ursache könnte die explizite Anforderung sein, die Themen „grundsätzlich auch unter Berücksichtigung des Klimaschutzes auszuarbeiten“ (siehe oben). Anhand der Förderdaten ist aber keine genaue Finanzvolumen-Zuordnung möglich, da beispielsweise bei Gebäudesanierungen, der „klimarelevante“ Anteil der Maßnahmen weder aus den Förder- noch den bisherigen Befragungsdaten ableitbar ist.

Zur Frage inwieweit das Thema Klimaschutz bei der **Umsetzung der Entwicklungsstrategien** geglückt ist, lassen sich weitere Hinweise aus den Einschätzungen der Regionalmanager ableiten (RM-Befragung 2010, vgl. Fengler & Pollermann 2010: 108).

- Zu besonders **erfolgreichen Bereichen** wurde 2010 (bei 31 Nennungen insgesamt) zweimal auf Energie/ Klimaschutz verwiesen (mit Abstand am häufigsten wurde der Tourismus benannt, auf den alleine 14 der insgesamt 31 Nennungen entfielen). Als Ursachen für Erfolge wurden genannt: *sehr engagierte Akteure/ modernes Thema sowie viel Vorarbeit zu Beginn des Prozesses/ Aushängeschild der Region.*
- Als besonders **schlecht laufende Bereiche** wurde (bei 27 Nennungen insgesamt) dreimal der Bereich Energie benannt. Begründungen waren: *zentrale Energieberatungsstelle hat sich im Laufe des Prozesses als nicht umsetzungsfähig erwiesen; Förderkriterien waren unzureichend (jedoch starke Projektumsetzungen über andere Förderprogramme), Arbeitskreis hat nicht getagt, warten auf Aussagen zum Health-Check.*

Diese relativ seltenen Hervorhebungen, weisen darauf hin, dass das Thema (Einschätzungsstand 2010) erwartungsgemäß angelaufen war. Der Bereich Health-Check war damals noch nicht bewertbar. Die spätere Entwicklung zeigte jedoch **gravierende Schwachpunkte im Bereich Health-Check**, die letztlich dazu führten, dass nicht alle vorgesehenen Health-Check-Mittel verausgabt werden konnten. Ursachen waren eine wenig günstige Kommunikation und (zu enge) Ausgestaltung der Förderbedingungen. Die Befragten der Health-Check-Projekte selbst zeigten sich zwar durchaus zufrieden mit dem Förderablauf, die Befragten von Nicht-Health-Check-Projekten machten aber die Probleme deutlich, Stichworte waren: „kompliziert“, „enge Kriterien über Energieagentur“, „äußerst umständlich“ oder „im Bereich

Health-Check erschlagen uns die Richtlinien, die Idee ist eigentlich sehr gut, aber die Kommunen sind überfordert“.

Insgesamt konnten aber **Handlungsansätze in ganz unterschiedlichen Bereichen** verwirklicht werden. Die Tabelle 15 zeigt in welchen Handlungsfeldern Projekte bewilligt wurden und illustriert dies über Beispiele. Bei den Health-Check-Projekten entfällt der größte Anteil auf Maßnahmen zu Gebäudesanierungen/Heizungsanlagen (gut die Hälfte) sowie Konzepte/Machbarkeitsstudien und Fern-/Nahwärmenetze. Bei den Grundbudget-Projekten entfällt knapp die Hälfte der Projekte auf energieeffizienten Straßenbeleuchtung (alle in der Aktiv-Region Sachsenwald-Elbe), daneben gibt es eine breite Streuung (inkl. Gebäudesanierungen und Konzepte) und die Nicht-Standard-Projekte wie die zu Mobilität, Schwimmbädern, Sensibilisierung oder Energieberatung finden sich eher dort.

Tabelle 15: Handlungsfelder und Beispielprojekte aus Grundbudget und Health-Check-Mitteln

Handlungsfeld (Anzahl der Projekte)	Projektbeispiele (in AktivRegion ²⁴)
Energetische Gebäudesanierungen (inkl. Heizungsanlagen) (21)	Energetische Optimierung des MarktTreffs in Witzwort (SNF) Energetische Sanierung und Erneuerung der Heizungsanlage im Amtsgebäude in Tarp (ETS) Umstellung der Heizungsanlage incl. energetischer Optimierung der Sporthalle (HOA) Energetische Optimierung des Dorfgemeinschaftshauses (MHO)
Energieeffiziente Straßenbeleuchtung (18)	Energieeffiziente Straßenbeleuchtung (SWE) Modernisierung von ca. 120 Lichtpunkten in der Gemeinde Aumühle (SWE)
Konzepte/Machbarkeitsstudien (13)	Fortschreiben des Energiekonzepts Pellworm (UTH) Studie zum Aufbau eines Windenergie-Institutes in Osterrönfeld (EKR) Machbarkeitsuntersuchung Geothermie (OSK) Machbarkeitsstudie Nahwärmenetz Lebrade (SHS) Machbarkeitsstudie nachhaltige Energieversorgung -Gut Schäferhof (PMG) Biomassenahwärmekonzept in der Gemeinde Högel (NFN)
Nahwärme/ Fernwärme/ Kreislaufsysteme (6)	Nahwärmeversorgung in der Grundschule Kieholm (SLO) Errichtung eines Nahwärmenetzes auf Basis erneuerbarer Energien (SHS) Fernwärmeversorgung durch Biogasanlage (STB) Installation eines innovativen energetischen Kreislaufsystems (DTH)

²⁴ ETS=Eider-Treene-Sorge, SNF=Südliches Nordfriesland, HOA=Holsteiner Auenland, MHO=Mittelholstein, SWE=Sachsenwald-Elbe, OSK=Ostseeküste, SHS=Schwentine-Holsteinische Schweiz, SLO=Schlei-Ostsee, STB=Steinburg, DTH=Dithmarschen, HLN=Herzogtum Lauenburg-Nord, UTH=Uthlande, EKR= Eider- und Kanal-Region Rendsburg, PMG= Pinneberger Marsch & Geest, NFN=Nordfriesland Nord, WFE=Wagrien-Fehmarn

Mobilität (5)	Elektromobilität für Best Ager (HOA) Aktion Klima – Grund- und Regionalschule Mildstedt (SNF) Etablierung von Elektrorädern in der Flusslandschaft Eider-Treene-Sorge (ETS)
Schwimmbäder (2)	Innovative Wärmeversorgung für das Schwimmbad Helgoland (UTH) Solarthermie Freibad Steinhorst (HLN)
Sensibilisierung (1)	Klimapavillon Schöneberger Strand (OSK)
Beratung (v.a. zu energetischer Sanierung) (1)	Klimaschutzinitiative Wilstermarsch (STB)
Solarbeleuchtung (1)	Solarbeleuchtung von Bushaltestellen(WFE)

Eine genauere **Quantifizierung der erreichten Wirkungen** soll insbesondere über eine Befragung der Health-Check-Projekte und weitere Einzelprojekte-Betrachtung erfolgen.

Im Folgenden erfolgt eine erste Betrachtung der **Wirkungspfade von vier Projekten mit unterschiedlicher Interventionslogik:**

- **Energetische Sanierung Amt Büsum-Wesselburen:** Durch Wärmedämmung und Umstieg auf Pellet-Heizung gibt es eine klare direkte Wirkung für den Klimaschutz, sowohl durch einen geringeren Energieverbrauch als auch durch den Umstieg auf regenerative Energien. Insbesondere die Dämmung wird dem Projektträger Kosten sparen (Kostensparnis durch Pellets wird von der weiteren Entwicklung der Preise für Pellets bzw. Öl abhängen). Da dies das erste Amtsgebäude der näheren Umgebung war, welches einen solchen Umstieg durchführte, sind durch die dabei erzeugte Aufmerksamkeit Multiplikatoreffekte zumindest denkbar.
- **Innovatives energetisches Kreislaufsystem Westhof:** Es erfolgte eine innovative Kombination von Wärme- und Erneuergeerzeugung (das Projekt erhielt den Deutschen Innovationspreis Gartenbau). Im Vergleich zu einer konventionellen Beheizung ergibt sich eine sehr hohe CO₂-Einsparung. Die Wirkungen lässt sich aber nur begrenzt der Förderung zurechnen, da die Förderung nur einen sehr geringen Anteil an der Gesamtinvestition hat. Wesentliche Rahmenbedingungen ist, dass es eine Nachfrage nach Bio-Tomaten gibt und für diesen Bio-Anbau regenerative Energiequellen vorgeschrieben sind.
- **Energieeffiziente Straßenbeleuchtung (LED):** der Einsatz energieeffizienter Leuchtmittel bringt eine klare Energie- und Kostenersparnis. Hier sind Multiplikatoreffekte zu prüfen, je nachdem wie sich Ersparnisse und Lebensdauern der Leuchtmittel etc. in der Praxis zeigen, sollte die weitere Verbreitung gefördert werden. Gegebenenfalls könnte eine investive Förderung über andere Quellen oder Kreditfinanzierungen erfolgen.
- **Klimaschutzinitiative Wilstermarsch:** hier wurden v.a. private Akteure zu Möglichkeiten der energetischen Sanierung von Gebäuden beraten. Somit erfolgte eine indirekte Wirkung, wobei der Projektträger selbst keine Kostenersparnis hat. Der ELER-Anteil betrug ca. 26 Tsd. Euro , bei einer Gesamtinvestition von 75 Tsd. Euro.

Die prognostizierte Einsparungswirkung wird mit 70 t CO₂/Jahr, was auf günstige CO₂-Vermeidungskosten schließen lässt. Es gibt auch Multiplikatoreffekte, es wurde sowohl ein investives Projekt in der Region selbst als auch ein ähnliches Beratungsprojekt in einer anderen AktivRegion angestoßen.

Ausblick: Schwerpunkt Energie/ Klimawandel 2014+

Bei der **Neugestaltung der Förderung der AktivRegionen** für die Förderperiode 2014+ ist eine hohe Bedeutung des Klimaschutzes zu erkennen. Bereits die Befragung der LAG-Mitglieder 2013 zeigte (siehe Bewertungsbericht des Vorjahres), dass dies Thema auch an der Basis einen hohen Stellenwert hat. Im Dialog zwischen MELUR und AktivRegionen wurde einvernehmlich festgelegt, dass ein Kernthema jeder AktivRegion aus dem Schwerpunkt Energie/ Klima herausgearbeitet werden wird (die anderen drei Schwerpunkte sind optional). Positiv zu werten ist, dass es keine zu engen Förderbedingungen wie etwa bei der Health-Check-Förderung gibt, sondern die Ziele der Entwicklungsstrategie maßgebliche Fördergrundlage sind ("Zielorientierung statt Richtlinienorientierung").

Dass die **Förderbedingungen offener** sind, bedeutet aber auch eine gestiegene Verantwortung der AktivRegionen, die Fördergelder wirkungsvoll einzusetzen.

Die vier Projektbeispiele zeigen, dass zur Wirkungsabschätzung **differenzierte Betrachtungen der Interventionslogiken** notwendig sind. Auch sind alternative Fördermöglichkeiten (z.B. <http://www.energetische-stadtsanierung.info>) zu prüfen, und zu überlegen ob eine Mobilisierungsrolle der AktivRegionen als Basis für die Inanspruchnahme weiterer Förderungen sinnvoll ist (Beispiel einer solchen Interventionslogik bietet die Klimaschutzinitiative Wilstermarsch).

Wenn der Projektträger selbst eine Kostenersparnis hat, sollte der **Fördersatz** entsprechend niedriger ausfallen bzw. geprüft werden, ob statt einer Förderung eine Kreditaufnahme zum selben Zweck führen könnte.

Insgesamt sollten die organisatorischen Strukturen und die Projektauswahlkriterien eine Bevorzugung von solchen Projekten gewährleisten, die die idealtypischen **Vorteile des Leader-Ansatzes** nutzen. Eine Übersicht über besonders relevante Aspekte der Mehrwert-Optimierung (vgl. Ausführungen im Leitfaden zur IES-Erstellung 2014+, Pollermann 2014) im Bereich Klimaschutz findet sich in Tabelle 16.

Für eine hohe Gesamtwirkung sind Klimaprojekte mit **günstigen CO₂-Vermeidungskosten** sowie eine Ausnutzung der Stärken des Leader-Ansatzes wesentlich. Dazu sollte auch eine **Integration von Klimaschutzwirkungen in Projekte anderer Bereiche** erfolgen (z.B. Tourismus, Ernährung, Bildung). Neben der Entwicklung von expliziten Klimaprojekten, gilt es Klimaschutz in anderen Projekten mitzudenken.

Tabelle 16: Beispiele für einen Leader-Mehrwert bei Energie/-Klimaschutzprojekten

Möglicher Mehrwert:	Relevante Aspekte:
Ideen generieren	Spezifische Arbeitsgruppen zum Thema Energie/Klimaschutz, Öffentlichkeitsarbeit, LAG-Zusammensetzung (verschiedene Akteure bringen tendenziell mehr Kreativität, Akteure einbeziehen, die Thema Klimaschutz auch in andere Bereiche integrieren können)
Ideen akquirieren	Fördermöglichkeit in Öffentlichkeit bekannt machen, Kontakte mit anderen LAG und Sichtung von Projekten in SH, Deutschland und Europa
Projekte optimieren	Beratung in LAG und Regionalmanagement: kritisches Hinterfragen von Klimawirkungen auch von Projekten der anderen Schwerpunkte/Kernthemen
Projekte stoßen neue Projekte an	Multiplikatoreffekte in der eigenen Region und darüber hinaus (dazu Projekterfolge kommunizieren, Nachahmer finden)
Erfahrungen der Projekte	Erfahrungen über Erfolgskontrollen anderen Akteuren/Regionen zugänglich machen
Überregionale Kooperation	Vernetzungen in SH (und darüber hinaus) nutzen

Quelle: in Anlehnung an {Pollermann, 2014

Im Bereich Klimaschutz ist mit dem Indikator „CO₂ Äquivalente“ sogar eine relativ **klare Messung** möglich. Allerdings ist gerade bei komplexen Lösungsansätzen das bisherige Wissen um die tatsächliche Wirkung oft noch gering bzw. vielleicht zwar gut messbar aber schwer im Vorhinein prognostizierbar. Das sollte nicht dazu führen, Projekte mit komplexen Interventionslogiken oder weniger bekannten Wirkungen in der Projektauswahl schlechter zu stellen. Allerdings ist es dann wesentlich, dass die **Erfassung der Wirkung** in die Projektkonzeption (und die dazu benötigten Mittel) einbezogen wird. Z.B. können Angebote der Daseinsvorsorge durch das Einsparen von Fahrwegen Klimaschutzwirkungen haben, dabei wäre es in solchen Projekten einzuplanen, über eine Nutzerbefragung abschätzbar zu machen, welche Klimaschutzwirkung entsteht.

Die Generierung von **Wissen über die Wirkung neuer Interventionslogiken und die Kommunikation dieses Wissens in andere Regionen** stellt einen wichtigen Leader-Mehrwert dar. Innovative Projekte müssen nicht zwingend im eigenen Prozess erfunden werden, auch der "Import" guter, praktikabler Ideen ist sinnvoll. Eigene Ideen sollten wiederum durch Erfolgskontrollen für einen "Export" aufbereitet werden. So sind auch Kooperationsprojekte vieler/aller LAGn in diesem Bereich möglich. So kann es ein Pilotprojekt in einer Region geben, dies wird evaluiert und in angepasster Form in (allen) anderen AktivRegionen eingesetzt.

3.5 Programmbewertung

Vertiefungsthema 3 - Biodiversität

Das Vertiefungsthema Biodiversität untersucht die Wirkungen des Zukunftsprogramms Ländlicher Raum Schleswig-Holstein 2007 - 2013 (ZPLR) auf die biologische Vielfalt, d. h. auf die Vielfalt innerhalb und zwischen den Tier- und Pflanzenarten sowie die Mannigfaltigkeit der Lebensräume.

Untersuchungsleitende Fragen und zugeordnete Wirkungsindikatoren werden vom *Common Monitoring and Evaluation Framework* der EU-KOM vorgegeben. Eine Bewertungsfrage konzentriert sich auf die Programmstrategie und deren Unterlegung mit geeigneten Maßnahmen, um Biodiversitätsziele zu verwirklichen: „Inwieweit hat das Programm Umweltziele integriert und zur Verwirklichung der Gemeinschaftsprioritäten beigetragen im Hinblick auf die Verpflichtung von Göteborg, den Rückgang der biologischen Vielfalt umzukehren?“ Die andere Frage adressiert die erzielten Wirkungen des Programms auf die biologische Vielfalt, differenziert in unterschiedliche Teilaspekte der Biodiversität: „Inwieweit hat das Programm insbesondere zu den (...) vorrangigen Bereichen zum Schutz und zur Förderung natürlicher Ressourcen und Landschaften in ländlichen Gebieten beigetragen: Biodiversität sowie Schutz und Entwicklung von Agrar- und Forstsystemen mit hohem Naturwert und traditionellen Agrarlandschaften?“ Zur Beantwortung der Fragen soll u. a. auf die Wirkungsindikatoren Feldvögel und *High nature value farmland* (HNV) zurückgegriffen werden.

Die wichtigsten Datengrundlagen zur Beantwortung der Bewertungsfragen sind neben den Monitoringdaten aus dem Jahresbericht (Stand 12/2011), Förderdaten und Ergebnisse maßnahmenspezifischer Wirkungskontrollen, die fortlaufende Erfassung der Feldvogel- (Stand 2011) und HNV-Basisindikatoren (Stand 2012) sowie die Programmdokumente zu verschiedenen Zeitpunkten. Methodisch wird von der EU-KOM ein Bottom-up-Ansatz vorgesehen, in dem die Programmwirkungen ausgehend von den Maßnahmenwirkungen ermittelt werden. Dieser Ansatz ist stark qualitativ geprägt, um die Biodiversitätswirkungen der sehr unterschiedlichen Maßnahmentypen vergleichbar zu machen. Quantitative Analysen können für die Beschreibung der Zusammenhänge zwischen Agrarumweltmaßnahmen und HNV-Vorkommen eingesetzt werden. Nicht für alle Maßnahmen lassen sich Aussagen zur Biodiversitätswirkung treffen, z. B. weil hypothetische Wirkungsketten sehr indirekt sind (z. B. Berufsbildung, Code 111) oder Wirkungen von Einzelprojekten aufgrund der Datenlage kaum zu ermitteln sind (z. B. Dorferneuerung, Code 322). Letztendlich wurden neun Maßnahmen mit ihren Teilmaßnahmen und Fördervarianten in die vertiefte Analyse einbezogen. Allerdings wurde das gesamte Maßnahmenspektrum hinsichtlich seiner Förderausgestaltung geprüft, ob negative Wirkungen von einzelnen Maßnahmen vermieden und positive Kuppelprodukte von Maßnahmen mit anderweitigen Zielen ausgelöst werden, um den Nutzen des Programms in Hinblick auf Biodiversitätsziele zu maximieren.

Positive Biodiversitätswirkungen wurden insbesondere bei Maßnahmen aus dem Schwerpunkt 2 sowie zwei Maßnahmen aus dem Schwerpunkt 3 festgestellt. Von besonderer Bedeutung unter den Agrarumweltmaßnahmen sind der Vertragsnaturschutz und das Halligprogramm, im Forst der Waldumbau und die Erstaufforstung sowie zur Erhaltung des ländlichen Erbes die Naturschutz-, Landschaftspflege- und Gewässerschutzmaßnahmen. Agrarumweltmaßnahmen erzielen auf rd. 27.900 ha hohe positive Wirkungen für Arten- und Lebensräume, mit einem Schwerpunkt im Grünland (7,9 % des Dauergrünlands werden erreicht). Geringe positive Wirkungen auf die biologische Vielfalt werden, überwiegend als Nebenwirkung, von Agrarumweltmaßnahmen auf rd. 31.400 ha (3,2 % der LF) ausgelöst, die vorrangig Wasserschutzziele verfolgen, wie z. B. der Ökolandbau oder zwei der Teilmaßnahmen zur Reduzierung von Stoffeinträgen. Höhere Flächendeckung erreichen die Agrarumweltmaßnahmen in Natura-2000-Gebieten. Dort werden brutto²⁵ 11,7 % der LF und 17,2 % des Grünlands mit positiv wirkenden Maßnahmen erreicht. Darüber hinaus kommt die Natura-2000-Prämie mit 18.100 ha in Natura-2000-Gebieten zum Einsatz. Die forstwirtschaftlichen Maßnahmen erreichen rd. 1,3 % des Privat- und Kommunalwaldes. Im investiven Bereich werden insgesamt 806 Vorhaben mit positiven Biodiversitätswirkungen umgesetzt, darunter 440 Vorhaben zur Fließgewässerrenaturierung und Maßnahmen zur Biotopgestaltung, Moorschutz sowie Managementplanung auf 12.300 ha. Die 366 Vorhaben in der Flurbereinigung können dann positive Wirkungen entfalten, wenn sie der Flächenbereitstellung für den Naturschutz oder für die Wasserwirtschaft dienen. Negative Biodiversitätswirkungen wurden bei den Hochwasser- und Küstenschutzmaßnahmen sowie bei Teilen des Wegebbaus vermutet. Der Anteil der bis Ende 2011 verausgabten öffentlichen Mittel für Maßnahmen mit positiven Biodiversitätswirkungen liegt bei rd. 26 % der insgesamt eingesetzten öffentlichen Mittel, der entsprechende Anteil von Maßnahmen mit negativen Wirkungen liegt bei 39 % der eingesetzten öffentlichen Mittel.

Die Ergebnisse der Wirkungsbewertung, die sich aus den zwei Indikatoren Feldvögel und HNV ableiten lassen, zeigen positive Zusammenhänge zwischen der Umsetzung der Agrarumweltmaßnahmen und der Ausprägung der Wirkungsindikatoren. Die positiven Wirkungen auf HNV-Typen sind überwiegend für Grünlandtypen und assoziierte Landschaftselemente, z. B. Gräben und Knicks, zu erwarten. Vorrangig sind Erhaltungswirkungen zu vermuten, bei Biotop gestaltenden Maßnahmen aus den Schwerpunkten 2 und 3 aber auch die (Neu-) Entwicklung von HNV-Typen. Die statistischen Auswertungen zum HNV-Indikator können das aufgrund sehr geringer Stichprobenzahlen allerdings nicht bestätigen. Die qualitative Einschätzung der Auswirkung der Agrarumweltmaßnahmen auf das Artenset des Feldvogelindikators zeigen, dass der überwiegende Anteil der Maßnahmen ausschließlich positiven Einfluss auf die Indikatorvogelarten hat. Dabei werden allerdings häufig nur Teilhabitate der Arten optimiert, insbesondere sind positive Einflüsse auf die Nahrungsgrundlagen zu erwarten, weitaus seltener auf die Bruthabitate. Dem auf Wiesen- und Watvögel ausgerichteten

²⁵ Es bestehen Förderkombinationen innerhalb der Agrarumweltmaßnahmen sowie zu anderen Schwerpunkt 2-Maßnahmen, die nicht herausgerechnet werden konnten. Die Bruttowerte zeichnen daher ein zu positives Bild.

Vertragsnaturschutz sowie dem Halligprogramm kann hier eine bessere Wirkung zugeschrieben werden, als den meisten anderen Agrarumweltmaßnahmen.

Im Hinblick auf die Bewertungsfragen zeigen die Analysen des Vertiefungsthemas Biodiversität, dass die strategischen Ansätze des ZPLR die Ziele der Göteborg-Verpflichtung aufgreifen und bis auf die Maßnahmenebene herunterbrechen. Dabei erfolgt auch eine Ausrichtung auf das Natura-2000-Netzwerk. Nicht zuletzt aufgrund der Vorgaben der EU-KOM für eine sehr formale, Schwerpunkt orientierte Programmierung, wird eine strategische Verzahnung zwischen den Schwerpunkten im Sinne von gezielt angestrebten Synergien und Komplementärwirkungen nur bedingt erkennbar. Ein Querschnittsziel Biodiversität lässt sich nicht erkennen. Eine besondere Stellung innerhalb der Umsetzungsstrategie nimmt die Förderung von Naturschutz und Landschaftspflege im ländlichen Erbe ein. Mit der Förderung Lokaler Aktionen werden in Gebieten mit besonderem Konflikt- und/oder Handlungspotenzial regionale Vereine unterstützt, die vor Ort Akteure aus Land-, Forstwirtschaft, Naturschutz u. a. in einem offenen, kooperativen Ansatz zusammenbringen. In der Fallstudie im Naturpark Aukrug konnte gezeigt werden, dass in der Praxis die Steuerung und Kombination naturschutzfachlicher Instrumente aus unterschiedlichen Schwerpunkten insbesondere durch den Einsatz der Lokalen Aktion im Zusammenspiel mit den Bewilligungsbehörden erfolgreich gelingt.

Sowohl die Maßnahmen basierte Bottom-up-Analyse als auch die Anwendung der zwei Wirkungsindikatoren Feldvögel und HNV zeigen, dass von den betrachteten Maßnahmen überwiegend positive Wirkungen auf die Biodiversität ausgehen. So haben fast zwei Drittel aller untersuchten (Teil-)Maßnahmen und Fördervarianten geringfügig oder deutlich positive Auswirkungen auf Arten und Lebensräume. Fast alle Agrarumweltmaßnahmen leisten mehr oder weniger starke positive Beiträge zur Erhaltung von Feldvogelpopulationen. Agrarumweltmaßnahmen liegen zu 39 % auf HNV-Flächen, womit Zusammenhänge zwischen Maßnahmen- und HNV-Vorkommen nahegelegt werden. Allerdings lassen sich Korrelationen zwischen Maßnahmen- und HNV-Vorkommen statistisch nicht absichern.

Die flächenhafte Wirkung des Programms auf die Biodiversität, auch hier insbesondere der Maßnahmen aus Schwerpunkt 2, ist sowohl in der Normallandschaft (auf 8,5 % der gesamten LF) als auch in den Schutzgebieten des Natura-2000-Netzes gering einzustufen (auf 11,7 % der LF). Der Anteil der *dark-green*-Wirkungen liegt zwar bei knapp der Hälfte der mit positiven Wirkungen erreichten LF, dennoch sind insgesamt durch das ZPLR nur geringe Beiträge zur Erhaltung der Biodiversität in Schleswig-Holstein zu erwarten, was vorrangig auf die geringe Flächenausdehnung der wichtigen Maßnahmen zurückzuführen ist²⁶. Anhand der

²⁶ Dabei bleiben die Flächen der Stiftung Naturschutz Schleswig-Holstein allerdings unberücksichtigt, die gut 31.000 ha umfassen (Geschäftsbericht 2010/2011), von denen viele auch in Natura-2000-Gebieten liegen und die nicht mit Vertragsnaturschutz gefördert werden können. Dazu kommen umfangreiche Flächen im Landeseigentum, so dass der Anteil von landwirtschaftlichen Flächen mit einer naturverträglichen Nutzung insgesamt deutlich höher liegt.

beiden Wirkungsindikatoren für Flächen mit hohen ökologischen Wertigkeiten (HNV) und Feldvögel ist diese Schlussfolgerung nachvollziehbar. Beide Indikatoren zeigen leicht negative Trends in der Programmlaufzeit. Die geschilderten Zusammenhänge deuten aber auch darauf hin, dass ohne die Umsetzung des ZPLR noch stärkere negative Trends bei den Wirkungsindikatoren zu verzeichnen wären. Die verfehlte Trendumkehr bei den Indikatoren scheint einerseits durch die zu geringe Flächenrelevanz der hochgradig wirksamen Maßnahmen bedingt, andererseits spielen starke externe Wirkungsfaktoren eine erhebliche Rolle bei der Entwicklung der Basisindikatoren.

Bis Ende 2011 wurden 25,9 % der verausgabten öffentlichen Mittel, für Maßnahmen mit positiver Biodiversitätswirkung eingesetzt. Davon fließt der größere Teil mit 18,2 % an den Gesamtkosten oder 98,1 Mio. Euro in Maßnahmen mit anspruchsvolleren Regelungen (*dark-green*-Maßnahmen).

Die wichtigste Empfehlung an das Land Schleswig-Holstein adressiert die finanzielle Ausstattung biodiversitätsrelevanter Maßnahmen aus allen Schwerpunkten, damit die Anteile von *dark-green*-Maßnahmen in Schutzgebieten erhöht werden können. Die Kombination aus fünfjährigen Flächenmaßnahmen, z. T. mit Biotop gestaltenden Maßnahmen und wo erforderlich investiven Maßnahmen sollte fortgesetzt werden. Eine dauerhafte Beratung scheint gut über die Lokalen Aktionen etabliert werden zu können, so dass auch dieses kooperative Konzept ausgebaut werden sollte. *Light-green*-Maßnahmen sollten durch zusätzliche Auflagen für den Biodiversitätsschutz aufgewertet werden. Biodiversitätsziele sollten bei zukünftigen Förderstrategien als Querschnittsziele etabliert und konkurrierende Ziele transparent gemacht werden.

Die Empfehlungen an die EU fokussieren auf die Vorgaben zur Prämienberechnung für Agrarumweltmaßnahmen sowie auf die Verwendung der Wirkungsindikatoren. Prämien für Agrarumweltmaßnahmen sollten sich stärker an den erbrachten Leistungen ausrichten und nicht nur an den zusätzlichen Kosten und Einkommensverlusten der Land- und Forstwirte gemessen werden. Auf diese Weise können insbesondere Maßnahmen mit Synergieeffekten bei mehreren Ressourcen für freiwillige Teilnehmer attraktiver gestaltet werden. Die Anwendbarkeit der HNV- und Feldvogel-Indikatoren als Programm-Wirkungsindikatoren ist methodisch schwierig und nur für einen geringen Teil der Maßnahmen zielführend. Es sollte daher darüber nachgedacht werden, Biodiversitätswirkungen des Programms über zusätzliche EU-weit vergleichbare Indikatoren abzubilden. Ihr Einsatz für die Wirkungsmessung der 1. und 2. Säule der Agrarpolitik zusammen in der nächsten Förderperiode ist zu hinterfragen.

- (1) Bestandsaufnahme: Welche regionalen Entwicklungsprozesse gibt es neben Leader?
- (2) Entstehen Knappheiten und konkurrieren mehrere Prozesse in einer Region um die vorhandenen Ressourcen (Finanzen, insb. öffentliche Mittel, Personen, Planungskapazitäten)?
- (3) Entstehen Knappheiten und Koordinationsdefizite auf der staatlichen Steuerungsebene? Existiert ein Förderprogramm übergreifende Koordinierung regionaler Entwicklungsprozesse?
- (4) Welche Faktoren begünstigen Koordination und Abstimmung?

Bestandsaufnahme: andere Politiken zur Förderung der Regionalentwicklung

Das Gabler Wirtschaftslexikon beschreibt Regionalentwicklung als Bezeichnung für Konzepte und Maßnahmen, welche die wirtschaftliche Entwicklung einer Region unterstützen, weist aber auch darauf hin, dass der Begriff uneinheitlich verwendet wird und sich sowohl auf verschiedene inhaltliche Schwerpunkte als auch auf unterschiedliche räumliche Ebenen beziehen kann (Springer Gabler Verlag, 2012). Inhalt der Regionalentwicklung ist vor allem die Verbesserung der sozioökonomischen Bedingungen und der Abbau räumlicher Disparitäten. Danielzyk und Knieling (2011, 475) heben als Kennzeichen von Regionalentwicklungsansätzen in Abgrenzung zu formalen Planungen (Regionalplänen, Fachplanungen) den informellen Charakter hervor und bezeichnen diese als räumliche Gestaltung durch öffentliche Akteure, die nicht durch Formalität gekennzeichnet ist. Als Prozess ist Regionalentwicklung „ein gerichteter Ablauf von Handlungen. Insgesamt geht es dabei um die ... schrittweise und in dauernder Interaktion mit den relevanten Akteuren stattfindende Lösungssuche innerhalb eines übergeordneten Raumes,“ (Löb, 2000).

In der Bestandsaufnahme für diese Untersuchung liegt der Fokus auf durch Förderprogramme angestoßenen Regionalentwicklungsprozessen. Ausgangspunkt der Recherche sind die Angaben der Leader- und ILE-Regionalmanagements zu anderen Regionalentwicklungsprozessen in „ihrer“ Region. Dabei werden auch bestehende nicht (mehr) geförderte Kooperationen und Prozesse berücksichtigt, soweit sie häufiger genannt und somit für die Leader- und ILE-Regionen relevant sind. Zusammenfassend erfolgte die Erfassung nach den in Tabelle 1 dargestellten Kriterien. Als Zeitraum wurde 2007 bis 2012 gewählt. Zu betrachtende räumliche Einheiten sind vorrangig ländliche Räume, wobei auch Stadt-Umland-Beziehungen relevant sein können.

Tabelle 17: Kriterien für die Erfassung regionaler Entwicklungsprozesse

Zeitlicher Rahmen	2007 bis 2012
Räumlich	vorrangig ländliche Räume, ggf. auch Stadt-Umlandbeziehungen keine kleinräumigen Prozesse z. B. Dorfentwicklungsprozesse oder

	Prozesse, die sich „nur“ auf Kernstädte beziehen
Inhaltliche Kriterien	Vorrangig Förderprogramm induzierte Prozesse Nähe des Politikfelds zu Leader / ILE (z. B. Daseinsvorsorge, Tourismus, Entwicklung von Großschutzgebieten, wirtschaftliche Entwicklung) Relevanz für die Leader- und ILE-Regionalmanagements
sonstige	Systematisierbarkeit/ Vergleichbarkeit zwischen den Ländern Informationsverfügbarkeit

Quelle: Eigene Darstellung.

Abweichend von dem in Tabelle 17 dargestellten Kriterienkatalog wurden Naturparke und Biosphärenreservate erfasst. Obwohl nicht auf einem Förderprogramm basierend, wurden Naturparke und Biosphärenreservate in die kartografische Darstellung einbezogen, da „Regionalentwicklung“ ein wesentliches Ziel dieser Schutzgebiete ist, und sie von den Leader und ILE-Regionalmanagements nach touristischen Kooperationen und INTERREG insgesamt in allen erfassten Bundesländern am dritthäufigsten genannt wurden.

Auch touristische Organisationsstrukturen und Entwicklungsprozesse sind für fast alle Leader-Regionen (ähnlich wie Biosphärenreservate und Naturparke) relevant. Diese werden jedoch nicht abgebildet. Zum einen unterscheiden sich die Strukturen und räumlichen Ebenen zwischen den Bundesländern deutlich. Zum anderen gibt es neben „offiziellen“ regionalen Tourismusorganisationen meistens weitere interkommunale oder subregionale Kooperationen, die Teilräume touristisch entwickeln und vermarkten oder auch konkurrierende und sich überschneidende Zuständigkeiten, so dass eine übersichtliche Darstellung kaum möglich gewesen wäre.²⁸

Nicht berücksichtigt wurden auch großräumige Kooperationen (Metropolregionen) und Programme, die vor allem kommunale und nur vereinzelt interkommunale und regionale Entwicklungsprozesse fördern wie z. B. REFINA, „Kleine Städte und Gemeinden“, sowie sektorale Prozesse wie Gesundheitsregionen und Bildungsregionen, die z. T. unabhängig von Förderprogrammen entstanden sind, z. T. aber auch durch Wettbewerbe induziert wurden.²⁹

Für die kartographische Darstellung wurden die erfassten Prozesse in sechs Gruppen zusammengefasst:

²⁸ (für Niedersachsen vgl. Finanzgruppe Sparkassenverband Niedersachsen, 2011S. 98; für Mecklenburg-Vorpommern vgl. OSV, 2011S. 90; für Schleswig-Holstein vgl. SGVSH, 2011S.78)

²⁹ Vgl. zu Gesundheitsregionen <http://www.bmbf.de/de/12547.php> und <http://www.deutsche-gesundheitsregionen.de>.

- (1) Regionalentwicklungsprozesse im Rahmen des ELER – in Schleswig-Holstein die im Rahmen von Leader geförderten *AktivRegionen*³⁰
- (2) Modellvorhaben des BMELV ((Bioenergieregionen, LandZukunft, in Schleswig-Holstein die *Bioenergieregionen Nordfriesland Nord, Burg-St. Michaelisdonn* sowie die LandZukunft-Region *Kreis Dithmarschen*),
- (3) Modellvorhaben von BMVBS und BBSR (Region schafft Zukunft: Kreis *Nordfriesland*, Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge: *Kreis Schleswig-Flensburg*),
- (4) *Großschutzgebiete (Naturparke, Biosphärenreservate)*
- (5) wirtschaftsnahe und kommunale Kooperationen (In Schleswig-Holstein, neben den Interreg IVa-Gebieten
 - *die in der Karte „Beispiele für Regionalmanagement in Schleswig-Holstein“ (Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein, 2009) aufgeführten Regionalmanagements*
 - *die im Internetauftritt des Landes aufgelisteten³¹ und weitere von den LAGn benannte Stadt-Umland-Kooperationen.)*
- (6) die im Rahmen des Europäischen Fischereifonds (EFF) geförderten Lokalen Aktionsgruppen (FLAGs): *in Schleswig-Holstein elf FLAGs, die als Arbeitsgruppe der jeweiligen AktivRegion organisiert sind.*

Abbildung 12 zeigt die räumliche Verteilung der sechs Gruppen in Schleswig-Holstein. Eine vollständige Übersicht aller Prozesse in den Ländern der 7-Länder-Evaluierung ist im Anhang dargestellt.

³⁰ In Niedersachsen und Hessen auch ILE- bzw. HELER-Regionen.

³¹ http://www.schleswig-holstein.de/STK/DE/Schwerpunkte/Landesplanung/WeitereThemen/Kooperationen/StadtUmland/StadtUmland_node.html. Stand 22.01.2014.

Abbildung 12: ELER-geförderte und andere regionale Entwicklungsprozesse in Schleswig-Holstein 2007 - 2012 (ohne Anspruch auf Vollständigkeit)

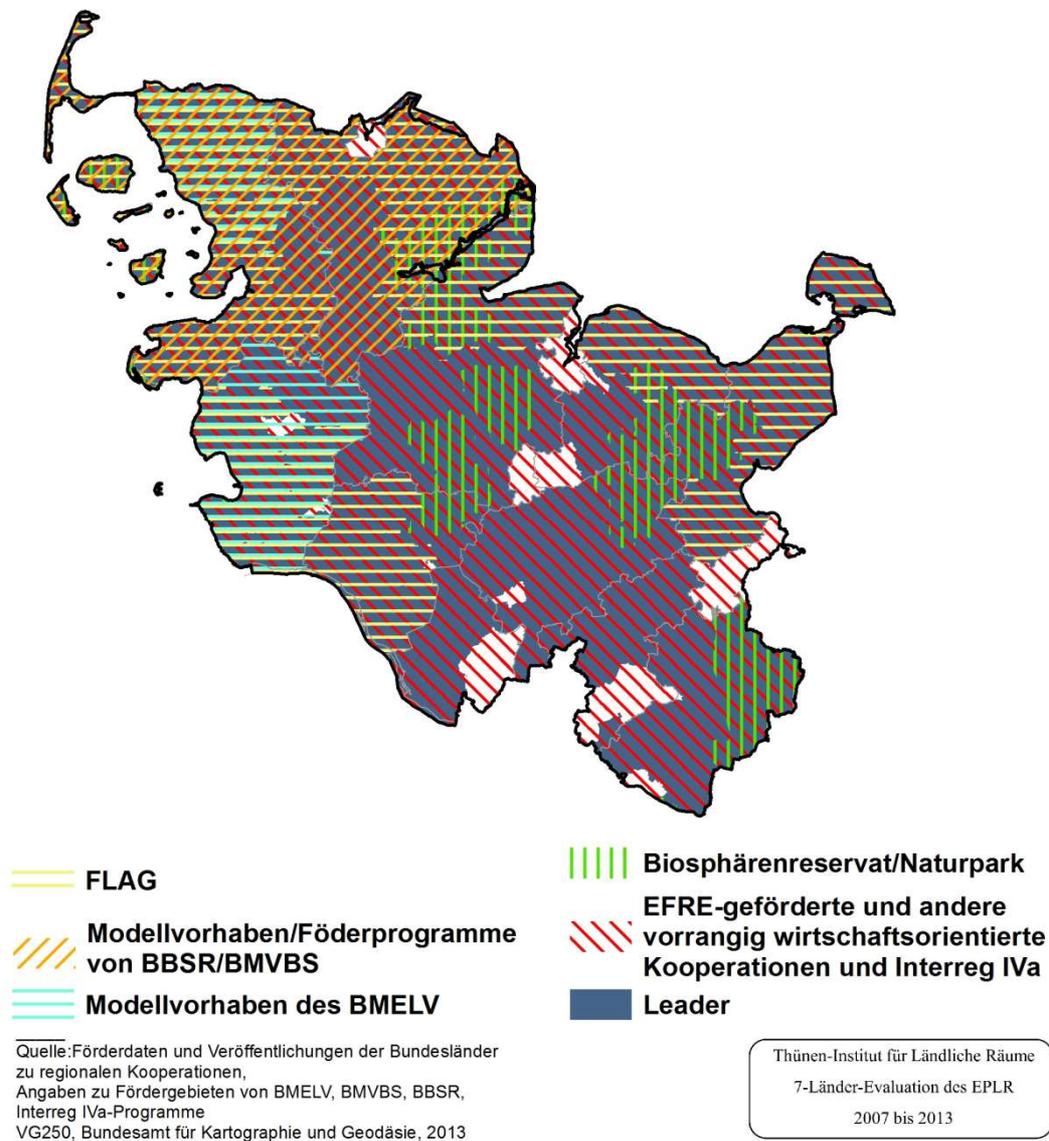
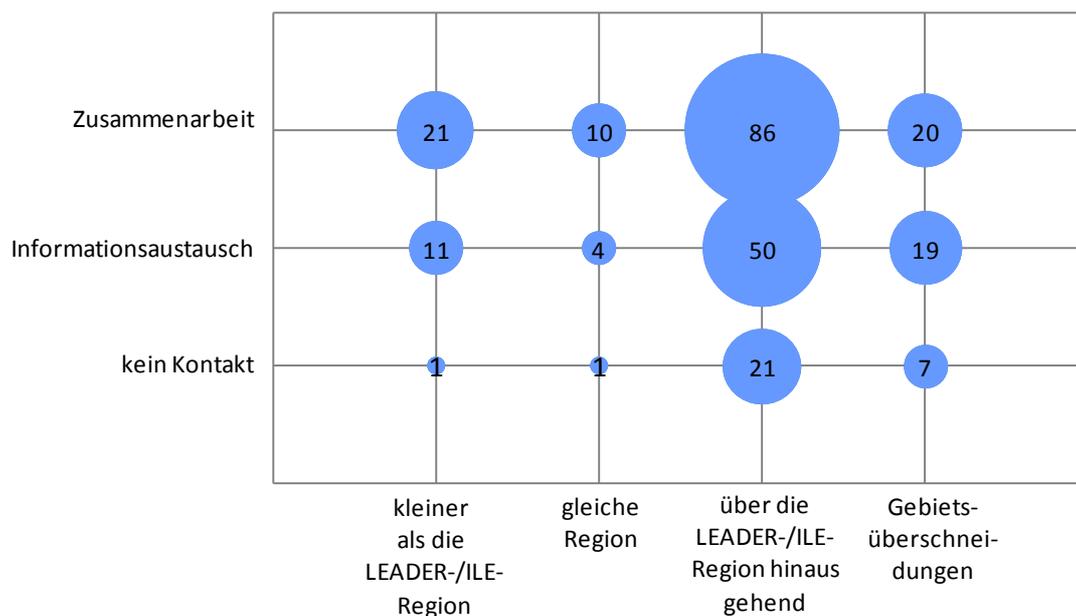


Abbildung 12 zeigt, dass es in den meisten Teilen des Landes zu Überlagerungen von Leader-Regionen und eher wirtschaftsorientierten Kooperationen kommt. Daneben gibt es entlang der Nord- und Ostseeküste Überlagerungen mit den F-LAG, den im Rahmen des EFF geförderten „Lokalen Aktionsgruppen“. Diese sind in SH thematische Arbeitsgruppen der AktivRegionen. Überlagerungen mit weiteren Entwicklungsprozessen gibt es darüber hinaus vor allem in den Kreisen Dithmarschen, Nordfriesland und Schleswig-Flensburg.

In der jährlichen standardisierten Abfrage des Thünen-Instituts zu Strukturen und Aktivitäten wurden die Regionalmanagements gebeten, Angaben zu anderen Regionalentwicklungsprozessen in ihrer Region zu machen^{32,33}. Dabei wurde auch der räumliche Bezug³⁴ und die Art des Kontakts³⁵ erfasst (vgl. Abb. 13). Die Auswertung der Angaben der Regionalmanagements zu „anderen“ Prozessen ergab, über alle Bundesländer der 7-Länder-Evaluierung betrachtet, folgendes Bild. Von neun Regionalmanagements (10 %) wurden keine anderen Regionalentwicklungsprozesse in ihrer Region benannt. Angaben zu anderen Prozessen liegen von 83 Leader- und ILE-Regionen vor (für 2010, MV 2011). Im Durchschnitt wurden pro Region drei andere Regionalentwicklungsprozesse genannt. Die meisten dieser Prozesse (über 60 %) beziehen sich auf Räume, die größer sind als die Leader- bzw. ILE-Regionen (vgl. Abb. 13). Mit rund der Hälfte der anderen Prozesse existiert eine Zusammenarbeit, mit einem weiteren Drittel zumindest ein Informationsaustausch. Lediglich zu 12 % der anderen Prozesse gibt es keinen Kontakt.

Abbildung 13: Welche anderen Regionalentwicklungsprozesse gibt es in Ihrer Region?

Anzahl der von den Regionalmanagements genannten anderen Regionalentwicklungsprozesse nach räumlichem Bezug und Art des Kontakts zu den Leader- und ILE-Regionen (n=82 Regionen aus MV, NI, NRW und SH)



Quelle: (Pollermann, Raue und Schnaut, 2012), Kreisgröße = Anzahl Nennungen.

³² In der jährlichen Abfrage für Hessen sind diese Fragen nicht enthalten. In Mecklenburg-Vorpommern erfolgte die Erfassung nur 2011.

³³ „Welche anderen Regionalentwicklungsprozesse gibt es in Ihrer Region?“ (Bitte tragen Sie hier die Bezeichnung des/der anderen in ihrer Region bestehenden Regionalentwicklungsprozesse ein, soweit diese für ihre Arbeit von Bedeutung sind [länderspezifische Beispiele]. Reine Fördertöpfe (z. B. Konjunkturprogramm) nicht eintragen.

³⁴ „Wie weit entspricht die Regionsabgrenzung der Abgrenzung der Leader/ILE-Region?“

³⁵ „Inwieweit findet ein Austausch mit diesen Prozessen statt?“

Wie funktioniert das Zusammenspiel? Entstehen Knappheiten und konkurrieren mehrere Prozesse in einer Region um die vorhandenen Ressourcen?

Vor dem Hintergrund der in manchen Gebieten relativ hohen „Prozessdichte“ stellt sich die Frage, wie sich die Koexistenz in den Regionen konkret gestaltet. Inwieweit gibt es komplementäre Prozesse und Synergien oder auch Konkurrenzen und Knappheiten durch zu viele, sich überlagernde Prozesse. Knappheiten und Konkurrenzen können dadurch entstehen, dass die verschiedenen Prozesse auf die gleichen Ressourcen zugreifen (wollen), u. a.

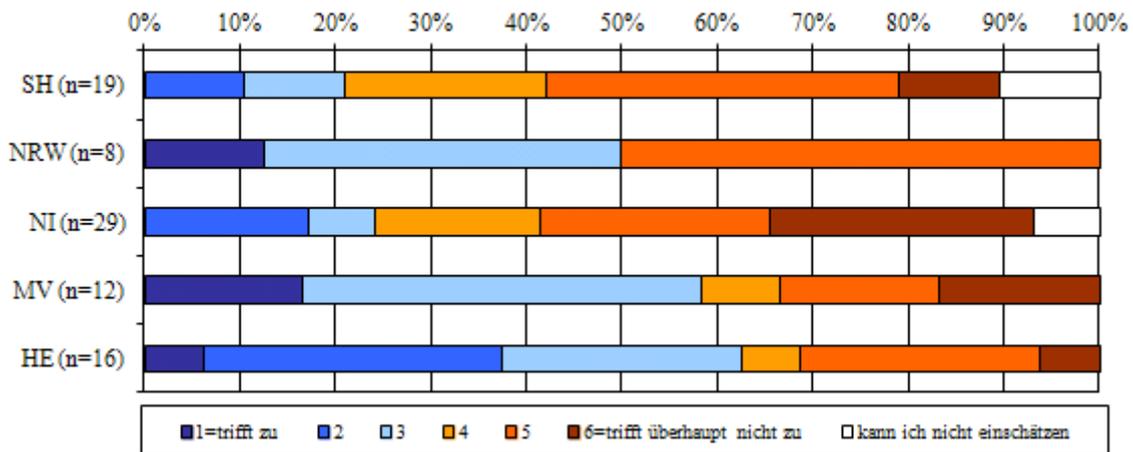
- die Akteure aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft und aus den kommunalen Verwaltungen, die in der Erarbeitung von Entwicklungsstrategien ihre Ideen einbringen und sich (in unterschiedlichem Umfang) auf der Steuerungsebene engagieren sollen,
- Projektideen und Kapazitäten zur Planung und Umsetzung von konkreten Projekten,
- in der Region vorhandene finanzielle Ressourcen zur Umsetzung von konkreten Vorhaben, insbesondere kommunalen (Ko)Finanzierungsmittel.

Für die Gestaltung komplementärer Prozesse oder zur Erzielung von Synergien sind Schnittstellen erforderlich. Diese können sich z. B. auf die Inhalte der Entwicklungsstrategien beziehen, durch persönliche Kontakte oder auch Doppel- bzw. Mehrfachfunktionen einzelner Akteure entstehen oder durch die institutionelle Verankerung oder den Bezug auf ähnliche Räume.

Erste Hinweise wie das Zusammenspiel von Leader- und ILE-Prozessen mit anderen Regionalentwicklungsprozessen funktioniert, können die Einschätzungen der Regionalmanagements liefern.

Diese weisen für Schleswig-Holstein auf eine eher unproblematische Situation hin (vgl. Abb. 14). Bei der Frage „In welchem Umfang treffen die folgenden Aussagen hinsichtlich der Beziehung zu anderen Regionalentwicklungsprozessen in Ihrer Region zu?“ stimmten der Aussage „In der Region gibt es zu viele parallele Regionalentwicklungsprozesse“ in Schleswig-Holstein im Vergleich der Bundesländer relativ wenige Regionalmanagements zu. Ein ähnliches Bild ergibt sich für Niedersachsen. Am Häufigsten scheinen Probleme eines „Zu viel“ an Regionalentwicklung in Hessen zu sein. NRW und MV nehmen quasi eine mittlere Stellung ein.

Abbildung 14: Einschätzung der Regionalmanagements zur Aussage „In der Region gibt es zu viele parallele Regionalentwicklungsprozesse.“



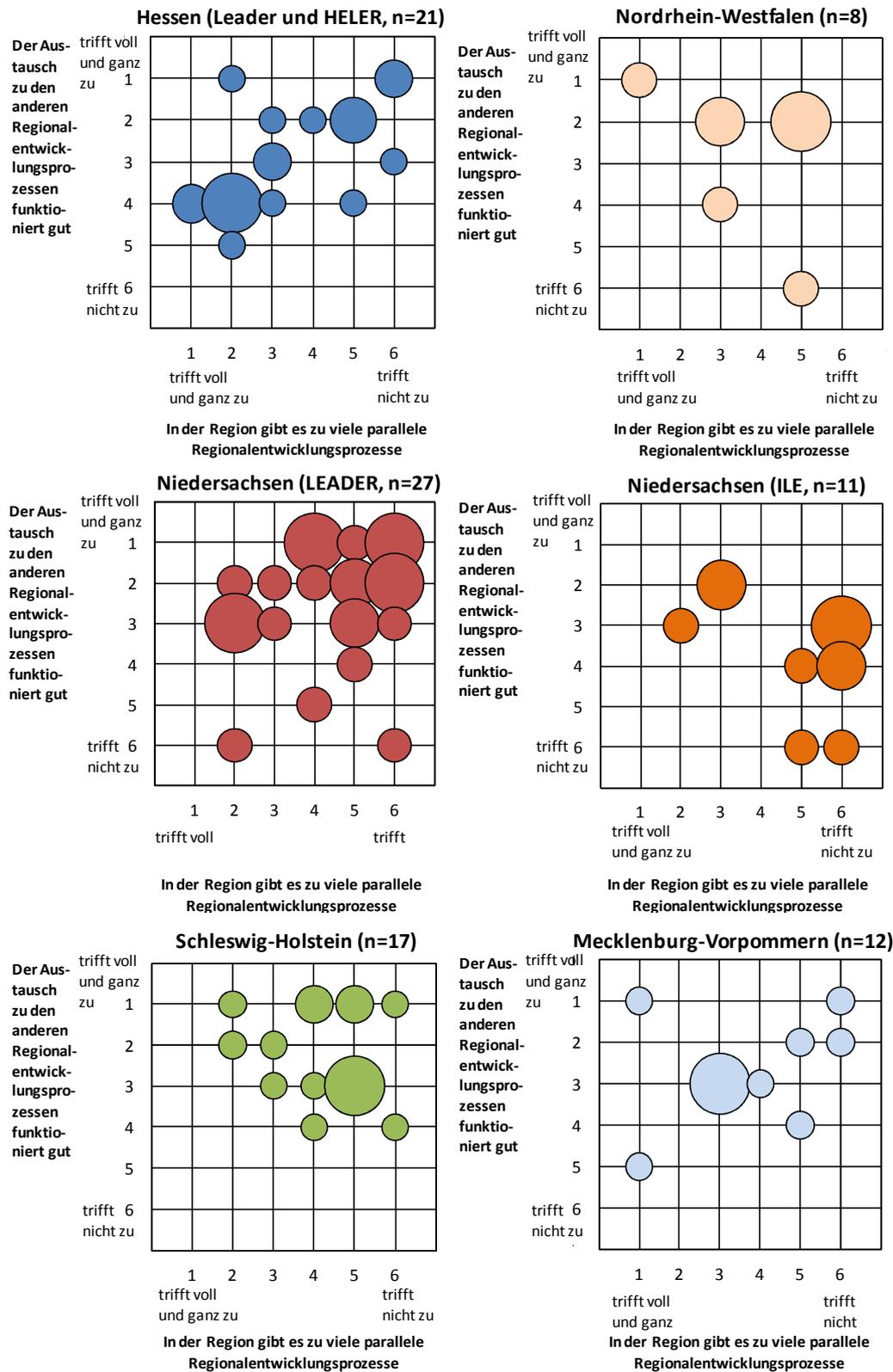
Quelle: Eigene Darstellung. (Pollermann, Raue und Schnaut, 2010)

Wie bereits in Abb. 13 dargestellt findet mit der überwiegenden Zahl anderer Prozesse eine Zusammenarbeit oder zumindest ein Informationsaustausch statt. Abbildung 15 gibt Auskunft darüber wie gut dieser Austausch aus Sicht der Regionalmanagements funktioniert.

Abbildung 15 zeigt jeweils getrennt nach Bundesländern (für Niedersachsen auch getrennt nach Leader- und ILE-Regionen) den Umfang der Zustimmung der Regionalmanagements zu den beiden Aussagen „In der Region gibt es zu viele parallele Regionalentwicklungsprozesse“ und „Der Austausch zwischen Leader (bzw. dem ILE-Prozess) und anderen Regionalentwicklungsprozessen funktioniert gut“ in einer Gegenüberstellung. In den einzelnen Diagrammen kann der obere rechte Quadrant als positiv bzw. wünschenswert (Austausch funktioniert gut und es gibt nicht zu viele Regionalentwicklungsprozesse) und der untere linke Quadrant als negativ (Austausch funktioniert nicht und es gibt zu viele Prozesse) interpretiert werden. Im oberen linken Quadranten finden sich die Regionen, in denen es zwar zu viele Prozesse gibt, der Austausch aber funktioniert, während es in den Regionen im unteren rechten Quadranten nicht zu viele andere Prozesse gibt, der Austausch aber trotzdem nicht gut funktioniert.

Abbildung 15 zeigt, dass der Austausch mit anderen Regionalentwicklungsprozessen in vielen Regionen zu funktionieren scheint (Kreise jeweils in der oberen Hälfte des Diagramms) und dies auch bei „zu vielen“ anderen Prozessen (Kreise im linken oberen Quadranten) gilt. Dies gilt insbesondere für Schleswig-Holstein und die niedersächsischen Leader-Regionen, von denen sich über die Hälfte im rechten oberen Quadranten und insgesamt über 80 % der Nennungen in der oberen Hälfte des Diagramms befinden.

Abbildung 15: Gegenüberstellung der Einschätzung der Regionalmanagements zu anderen Regionalentwicklungsprozessen in ihrer Region



Blasengröße = Anzahl Nennungen in %
 Quelle: Eigene Darstellung. (Pollermann, Raue und Schnaut, 2010)

In verhältnismäßig vielen hessischen Regionalmanagements und niedersächsischen ILE-Regionen scheint der Austausch mit anderen Regionalentwicklungsprozessen nicht ganz so gut zu funktionieren. Hier liegt nur rund die Hälfte aller Nennungen im oberen positiven Bereich. Und ein „zuviel“ an Regionalentwicklungsprozessen korrespondiert in Hessen häufiger als in anderen BL mit einem „schlechten“ Austausch (vgl. Abb. 15).

Für Nordrhein-Westfalen und Mecklenburg-Vorpommern ist das Bild, auch bedingt durch die geringere Anzahl an Regionen, nicht ganz so eindeutig. Allerdings funktioniert auch in NRW der Austausch zu anderen Prozessen überwiegend gut. In Mecklenburg-Vorpommern liegen fünf der zwölf Regionen hinsichtlich beider Aspekte im Mittelfeld. Abbildung 15 legt aber auch nahe, dass es ähnlich wie in Hessen einen Zusammenhang zwischen „zuviel“ an Regionalentwicklungsprozessen mit einem „schlechten“ Austausch und umgekehrt gibt.

Zwischenfazit

Aus der Gegenüberstellung von Bestandsaufnahme, standardisierter Excel-Abfrage und Einschätzungen der Regionalmanagements lassen sich erste Hinweise zur Beantwortung der Fragen „Wie funktioniert das Zusammenspiel? Entstehen Knappheiten und konkurrieren mehrere Prozesse in einer Region um die vorhandenen Ressourcen?“ ableiten. Ein wahrgenommenes „zu viel“ an anderen Regionalentwicklungsprozessen kann als Hinweis auf Knappheiten und/oder Konkurrenz um vorhandene Ressourcen (Geld und Köpfe) interpretiert werden, insbesondere bei schlecht funktionierendem Austausch.

In den meisten der erfassten Leader- und ILE-Regionen scheint es hier keine Probleme zu geben. 20 % der befragten Regionalmanagements nehmen aber durchaus ein „Zuviel“³⁶ an Regionalentwicklungsprozessen in der Region war. Allerdings korrespondiert dieses „Zuviel“ nicht immer mit der Prozessdichte, d. h. für einen funktionierenden Austausch bzw. eine Überlastung müssen andere Faktoren eine Rolle spielen. Um diese Einflussfaktoren zu identifizieren, werden in den nächsten Monaten weitere Erhebungen (Expertengespräche, Fokusgruppen) durchgeführt.

³⁶ Werte 1 und 2 auf der Skala von 1=trifft voll und ganz zu bis 6=trifft nicht zu.

Implementations(kosten)analyse

Die Implementationskosten (IK) der Programmumsetzung für das Jahr 2010 wurden durch die Zahlstelle des Landes SH bei allen relevanten Verwaltungsstellen auf Maßnahmen- und Programmebene erfasst und durch das TI weiter aufbereitet. Zentrale Kennziffer der Auswertungen sind die relativen IK. Diese sind definiert als Prozentwert, der je ausgezahlten Euro Förderung an Aufwand bei der Verwaltung anfällt. Eine an die quantitative Analyse anschließende qualitative Erhebungsphase³⁷ durch das TI diente der Überprüfung der quantitativen Ergebnisse, der Identifizierung von Erklärungsgründen für die Höhe der IK und von Stärken, Schwächen und Optimierungsmöglichkeiten der Implementationsstrukturen und Rahmenbedingungen. Im Folgenden sind wesentliche quantitative Ergebnisse auf Programmebene sowie der Maßnahmengruppen ELER-Investiv, ELER-InVeKoS und die forstliche Förderung im Ländervergleich (Hessen (HE), Niedersachsen/Bremen, (NI/HB) und NRW) zusammengestellt. Die Ergebnisse der qualitativen Analysen für SH sowie Schlussfolgerungen und Empfehlungen sind einem gesonderten Bericht zu entnehmen, der voraussichtlich im Juli/August 2014 vorliegt.

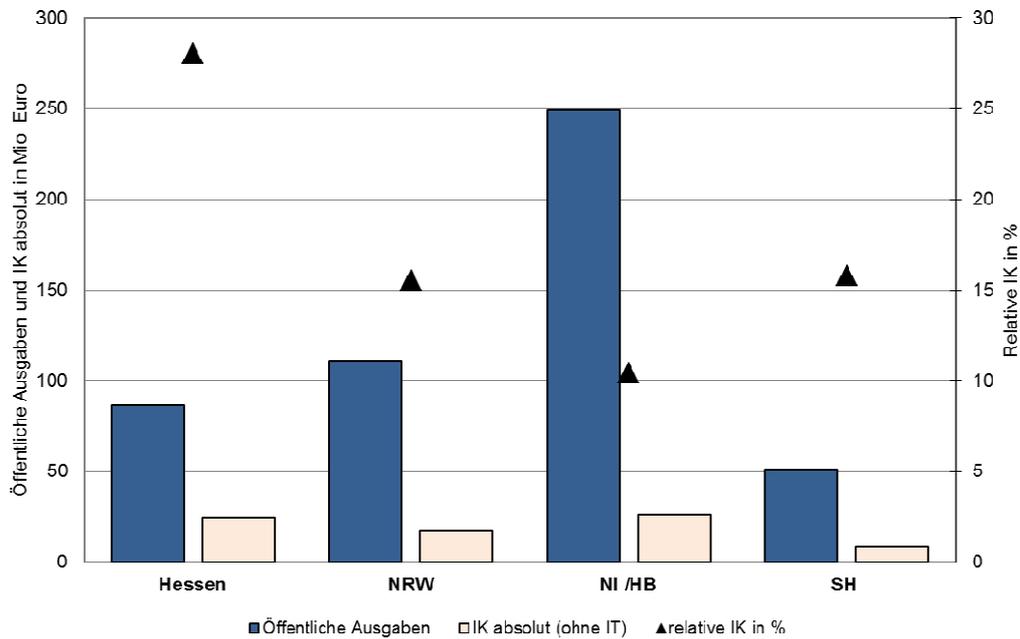
Quantitative Ergebnisse im Ländervergleich: Programmebene

Der Vergleich wesentlicher Eckwerte der Programmumsetzung (Programmvolumina, absolute IK, eingesetzte IK, Kosten des Programmoverheads etc.) lässt eine deutliche Spreizung zwischen den Bundesländern erkennen. Abbildung 16 gibt die absoluten und relative IK der Länder sowie die öffentlichen Ausgaben im Durchschnitt der Jahre 2010 bis 2012 wieder. Hierbei ist festzustellen, dass die absoluten IK nicht mit der Programmgröße bzw. den ausgezahlten Mitteln korrelieren und keine eindeutigen Skaleneffekte erkennbar sind. NRW liegt deutlich über dem Mittelvolumen von Hessen, bleibt aber mit den IK ebenso deutlich darunter. NI/HB zahlt das dreifache Mittelvolumen aus; die absoluten IK liegen aber nur 7 % über denen von Hessen. Zu vermuten wäre zudem gewesen, dass beispielsweise bei einem kleinen Programm wie in SH der Fixkostenanteil viel stärker zu Buche schlagen würde und damit die relativen IK am größten sein müssten. Dies ist aber nicht der Fall. SH liegt – ohne Berücksichtigung der Maßnahme des Küstenschutzes bei gut 15 % relativer IK und damit in etwa auf dem Niveau von NRW (mit Küstenschutz bei nur gut 10 %) und damit im Mittelfeld.

Neben der Programmgröße muss es demzufolge weitere wesentliche Einflussfaktoren auf die Höhe der IK geben.

³⁷ Interviews mit ausgewählten Bewilligungsstellen und Einrichtungen des Programmoverheads (z. B. Zahlstelle und Verwaltungsbehörde).

Abbildung 16: Absolute und relative IK in vier Bundesländern sowie die öffentlichen Ausgaben im Durchschnitt der Jahre 2010 bis 2012*



* ohne die Maßnahme Küstenschutz und die IT-Kosten; in SH beziehen sich die IK auf das Jahr 2010 und die ausgezahlten Mittel auf den Durchschnitt der Jahre 2009 bis 2011

Quelle: Eigene Darstellung.

Erklärungsgründe der Kostenstruktur und Schwachstellen der Umsetzung

Abbildung 17: Faktorenkomplexe Implementationskosten und Umsetzungseffizienz



Abbildung 17 gibt einen Überblick über die Faktorenkomplexe, die die Umsetzung des ZPLR in Bezug auf die Kosten und die Umsetzungseffizienz beeinflussen. Die Größe der Kreise stellt die Relevanz der Faktoren für SH dar. In den anderen Bundesländern fallen die Gewichtungen deutlich anders aus. Die kleineren Kreise treffen nur für bestimmte Maßnahmenbereiche bzw. Einzelaspekte zu. Je größer der Kreis, desto relevanter ist der jeweilige Faktorenkomplex für das Programm bzw. seine Umsetzungsakteure. Beispielhaft wird im Folgenden auf die Bereiche Organisationsstruktur sowie Personalausstattung und –entwicklung eingegangen.

Organisationsstruktur – überwiegend gut aufgestellt

Die Organisation der Umsetzung des ZPLR (Institutionen des Programmoverheads und Bewilligungsstellen) wird überwiegend als gutaufgestellt und funktionsfähig bewertet. Reibungsverluste treten nur an wenigen Stellen auf. Drei Aspekte werden jedoch genannt, an denen Optimierungspotenzial gesehen wird:

- Aus Sicht der Interviewpartner werden im Bereich der AUM die Aufgliederung der Zuständigkeiten auf Ebene der Fachreferate und die Aufteilung der Abwicklung von Maßnahmen auf LLUR und LGSH herausgestellt. Aus Sicht des LLUR treten Schnittstellenprobleme mit der LGSH auf, die in erster Linie für die Abwicklung des Vertragsnaturschutzes zuständig ist, während das Gros der AUM und die Direktzahlungen über das LLUR abgewickelt werden.
- Das ZPLR ist im Bereich der ländlichen Entwicklung inhaltlich breit aufgestellt, viele Vorhaben liegen außerhalb der Kernkompetenzen einer klassischen Agrarverwaltung und bedürfen gesonderter fachlicher Stellungnahmen (z. B. energetische Maßnahmen). Dies erzeugt im Rahmen der Vorhabenbewilligung zusätzliche Schnittstellen, die aber in Teilen unvermeidlich sind. Der überwiegende Teil der geförderten Vorhaben bedarf jedoch einer baufachlichen Stellungnahme, die entweder bei den Kreisen oder der GMSH (Gebäudemanagement SH) eingeholt werden müssen. Für die Qualität und die Bearbeitungsdauer gibt es hierfür keine landesweiten Standards. Verzögerungen im Verfahren sind die Folge, die teilweise für die LLUR zu zusätzlichem Aufwand in Bezug auf den Mittelabfluss bzw. das Mittelmanagement führen. Daher wäre der Aufbau eigener Kapazitäten für die baufachlichen Stellungnahmen beispielsweise im Zentralreferat des LLUR zu überdenken.
- Der dritte Punkt ist der Bedarf nach einer stärkeren Wahrnehmung der Koordinierungs- und „Filterungsfunktion“ der Zentraldezernate im LLUR als Bindeglied zwischen Fachreferaten und regionalen Bewilligungsstellen. Diese sind derzeit hierfür nicht ausreichend personell ausgestattet.

Personalsituation – geringe IK in Teilen durch „Mangel“ eingekauft?

Die personelle Situation zeichnet sich in SH als der zentrale Engpassfaktor für die nachhaltige Sicherstellung einer reibungsfreien Förderabwicklung ab. Dieser Aspekt beinhaltet mehrere Facetten. Insbesondere betroffen ist das LLUR, über das der Großteil der Fördermaßnahmen abgewickelt wird. Überwiegend kommen hier die Befragten zu dem Schluss: *„um kontinuierlich arbeiten zu können, ist eine andere Personalausstattung erforderlich“* (aus den Expertengesprächen = LR, 2013). Konkrete Auswirkungen treten bereits im Bereich der Kontrollen auf. Aufgrund des knappen Personals können VOKs nicht an allen Fällen rechtzeitig durchgeführt werden; dadurch verzögert sich die Auszahlung. Die Personaldecke ist so dünn, dass es schwer bis unmöglich ist, die engen landeseigenen Vorgaben zur Umsetzung des EU-rechtlich geforderten Vier-Augenprinzips umzusetzen. *„Das geht angesichts des knappen Personalbestandes gar nicht. Man muss den nehmen, der gerade*

einsetzbar ist, um das 4-Augen-Prinzip einzuhalten“ (LR, 2013). Auf die Vorgaben zur Kategorisierung des Mitarbeiters (durch Buchstaben) im Aktenvorblatt kann deshalb folglich nicht immer Rücksicht genommen werden.

Der Stellenabbaupfad der Landesverwaltung wird in Teilen der Verwaltung zu einer Überalterung mit dem Risiko eines zukünftigen Verlustes von Erfahrungswissen führen. Eine heute schon zu geringe personelle Ausstattung und eine geringe personelle Kontinuität in der Aufgabenwahrnehmung sind gerade vor dem Hintergrund des komplexen Rechts- und Handlungsrahmens der EU-Förderung ein sehr kritischer Faktor. Neues Personal bedarf langer Einarbeitungszeiten.

Der zunehmenden (quantitativen und qualitativen) personellen Knappheit steht ein zunehmender Aufwand durch den hohen Formalisierungsgrad der Förderabwicklung entgegen. Die Erledigung der Verwaltungsarbeit erfolgt aus Sicht der Befragten dabei zu Lasten der inhaltlichen Arbeit vor Ort. Damit verstärkt sich die allgemeine Tendenz, dass der inhaltliche Bezug, d. h. das „Warum“ von Förderung, immer weiter in den Hintergrund rückt.

4 Ausblick

Die weitere Arbeit des Evaluierungsteams richtet sich nun auf die Erstellung des Ex-post-Berichtes aus. Ein zukünftiger Schwerpunkt sind die dazu zu erstellenden Wirkungsanalysen der einzelnen Maßnahmen und des Gesamtprogrammes. In den nächsten Monaten wird es noch ergänzende Erhebungen geben (z.B. Befragungen zu den Leuchtturmprojekten der AktivRegionen oder der Maßnahme Biomasse und Energie).

Die weitere Darstellung von Ergebnissen der Evaluierung erfolgt auch bereits vor der finalen Ex-post-Bewertung in den sukzessive fertig zu stellenden Berichten der Vertiefungsthemen sowie weiteren Modulberichten.

Die Ergebnisse der Evaluierung hatten bisher insbesondere die Aufgabe Erkenntnisse für die derzeitige Neuprogrammierung zu liefern. In Absprache mit den Verwaltungsbehörden und Fachreferaten und im Rahmen unserer Arbeitskapazitäten können Daten dazu unter spezifischen Fragestellungen aufbereitet werden. Die weiteren Aktivitäten der Evaluierung werden nun weitere Aspekte der Wirkungserfassung und –bewertung vertiefen.

5 Literatur

B.A.U.M. (2011): Integriertes Kommunales Klimaschutzkonzept für die Heide region. Hamburg.

Danielzyk, R. und Knieling, J. (2011): Informelle Planungsansätze. In: ARL, Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): Grundriss der Raumordnung und Raumentwicklung. Hannover. S. 473-498.

Fengler, B. & Pollermann, K. (2010): Halbzeitbewertung ILE/AktivRegionen. Braunschweig.

Finanzgruppe Sparkassenverband Niedersachsen (2011): Tourismusbarometer Niedersachsen - Jahresbericht 2011.

Gemeinde Dahme (2012): Der Deichbau zu Dahme. Was? Wie? Warum? Ein Ostseeheilbad und sein Jahrhundertbauwerk. (Faltblatt). Dahme.

Ghahremani, S. (2011): Kirche und Klimaschutz am Beispiel der evangelischen Landeskirche in Baden. Stuttgart.

Groskreutz, H. (2013): Sachstandsbericht: Küstenschutzmaßnahme „Deichverstärkung vor der Oldenburger-Graben-Niederung (DV Dahme-Rosenfelde und Vogelsang). Bauliche Durchführung der Maßnahme von 2010 bis 2013. (Unveröffentlicht). Kiel.

Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein (2009): Beispiele für Regionalmanagement in Schleswig-Holstein. Stand Februar 2009. Internetseite Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein: http://www.schleswig-holstein.de/IM/DE/Landesplanung/Pdf/karteRegionalmanagement_blob=publicationFile.pdf. Stand 28.2.2012.

LKN (Landesbetrieb für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz Schleswig-Holstein (2014): Küstenschutzmaßnahme Deichverstärkung vor der Oldenburger Grabenniederung, Dahme-Rosenfelde, Vogelsang. Faltblatt von 9/2010. Husum.

LR (=Institut für Ländliche Räume) (2013): Expertengespräche mit Bewilligungsstellen und Steuerungsebenen (Zahlstelle, Bescheinigende Stelle, Verwaltungsbehörde, Fachreferat) der Bundesländer Hessen, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein 2012/2013

MLUR, Ministerium für Landwirtschaft Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein (2009): Entwicklungsprogramm für den ländlichen Raum des Landes Schleswig-Holstein (Deutschland) für den Programmplanungszeitraum 2007-2013 - Zukunftsprogramm Ländlicher Raum (ZPLR). Kiel.

Löb, Stephan (2000): Prozessmanagement als Führungskonzept. Informationen zur Raumentwicklung 2000, H. 5/6, S. 301-310. Internetseite Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR):

OSV, Ostdeutscher Sparkassenverband (2011): Tourismusbarometer - Jahresbericht 2011. Berlin. Internetseite Ostdeutscher Sparkassenverband: www.osv-online.de. Stand 21.1.2014.

Pollermann, K. (2014): Leitfaden zur Erstellung einer Integrierten Entwicklungsstrategie zur Bewerbung als AktivRegion in der ELER Förderperiode 2014 - 2020 in Schleswig-Holstein (Stand 20.3.2014). http://www.schleswig-holstein.de/UmweltLandwirtschaft/DE/NaturschutzForstJagd/17_laendlicheEntwicklung/01_AktivRegion/PDF/Entwurf_Leitfaden_blob=publicationFile.pdf.

Pollermann, K., Raue, P. und Schnaut, G. (2012): Xls-Abfrage. Standardisierte Abfrage zu Eckdaten der regionalen Organisationsstrukturen und Aktivitäten der LAGn in den Bundesländern Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein (96 Leader Regionen), jährliche Erfassung, 2008 bis 2011.

Pollermann, K., Raue, P. und Schnaut, G. (2010): RM-Befragung. Befragung der Regionalmanagements der Leader-Regionen der Bundesländer Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein (Rücklaufquote 93 %, 89 Befragte). 06/2010.

SGVSH, Sparkassen und Giroverband für Schleswig-Holstein (2011): Sparkassen-Tourismusbarometer, Jahresbericht 2011. www.sparkassen-tourismusbarometer-sh.de.

Springer Gabler Verlag (2012): Stichwort Regionalentwicklung. Internetseite <http://wirtschaftslexikon.gabler.de>: <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Archiv/13338/regionalentwicklung-v7.html>. Stand 16.1.2012.